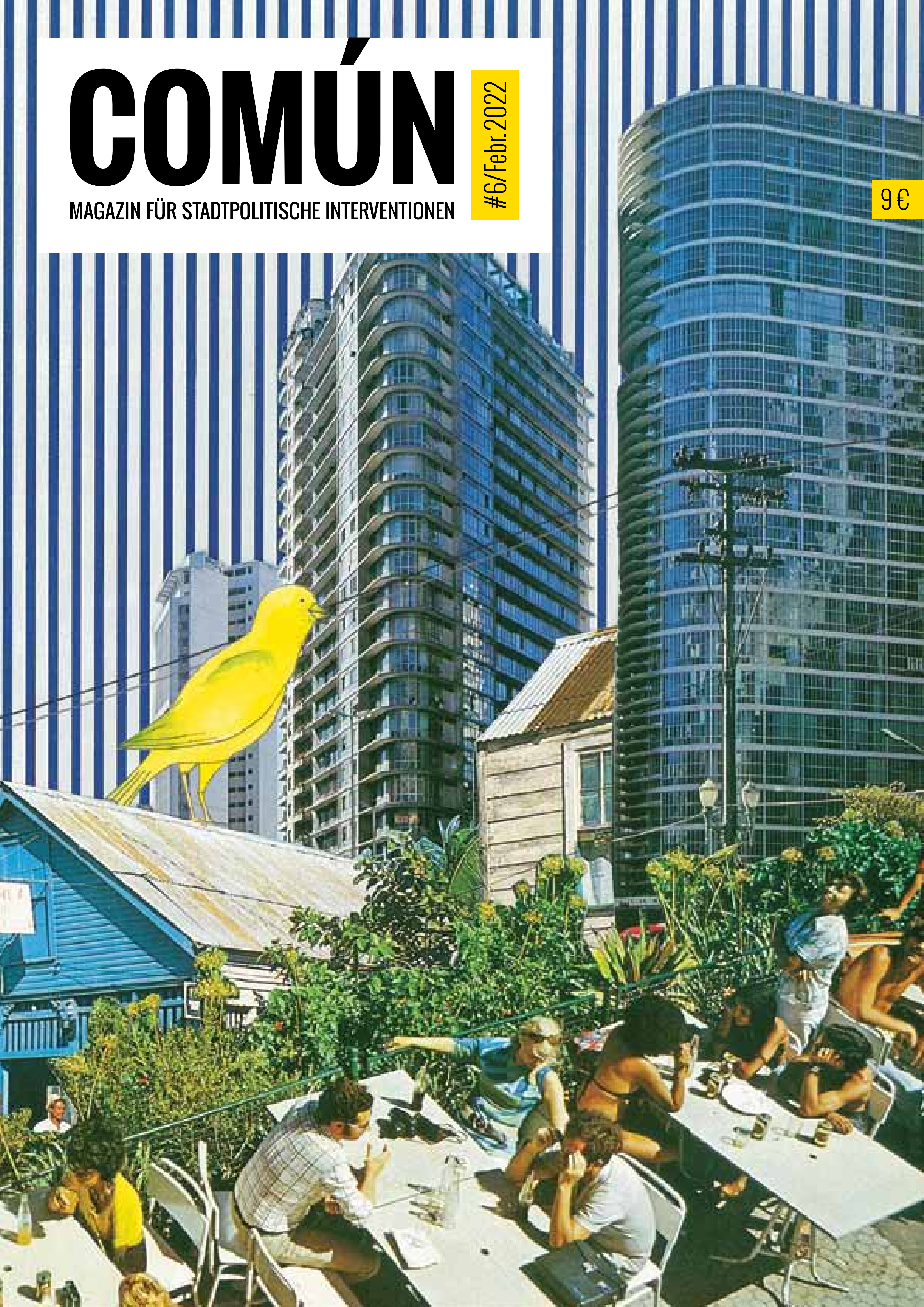

COMÚN
MAGAZIN FÜR STADTPOLITISCHE INTERVENTIONEN
#6/Febr.2022
9 €

EDITORIAL

LIEBE COMÚNITY, HIER KOMMT UNSERE STORY UND WARUM WIR JETZT WIRKLICH SUPPORT BRAUCHEN.

Die besten Ideen entstehen in den Pausen, unter der Dusche, auf langen Zugfahrten, beim Bier, am Küchentisch: Immer dann, wenn der Kopf frei, die Stimmung gut und Machbarkeit nebensächlich ist. Die erste Idee für Común kam als Gedankenblitz im Januar 2018 bei einem einsamen Spaziergang am Main nach einem Recht auf Stadt-Podium in Frankfurt. Sie blieb auch auf der Rückfahrt ins Ruhrgebiet frisch und wurde wenig später an einem Kneipentisch in Bochum ausgebreitet, für gut befunden und weitergesponnen. Ein Plan wurde geschmiedet, die Idee wurde eingepackt und wenige Monate später nach Leipzig mitgenommen und beim 4. Recht auf Stadt-Forum vorgestellt: Dort für gut befunden und weitergesponnen. Die Redaktionsarbeit wurde organisiert, die Crowd für Spenden aktiviert, ein Call ging raus, Support eines Hamburger Vereins stand bereit, Förderung wurde aquiriert. Común #1 entstand und zirkulierte ein Jahr später real und wunderschön auf dem 5. Recht auf Stadt Forum in Hamburg. Genauso hatten wir uns das vorgestellt. Wir feierten den Erfolg. Gleichzeitig dämmerte uns nun auch: So ein Magazin ist ganz schön viel Arbeit. Nicht nur für Redaktion und Layout braucht es unzählige Stunden, Tage und komplette Wochenenden, auch die Beitragsaquise, die Kommunikation, die Orga drumherum, der Vertrieb und die Öffentlichkeitsarbeit müssen organisiert werden. Die Freude über die jeweils neue Ausgabe und der Jubel der COMÚNity gaben uns Auftrieb. Doch nach fünf Ausgaben und mitten in der Pandemie – deren Auswirkungen auch uns erfasste – entschieden wir eine Pause zu machen. Das hier ist schließlich kein Start-up, sondern unbezahltes Engagement. Bei einem sommerlichen Klausurwochenende in Freiburg haben wir dann ganz viel geredet – zwischen Sonne, Essen, Eis, Bier und Stadtspaziergang weniger über Común als geplant. Pausen helfen. Sonntagnachmittag kurz vor dem Abschied der Entschluss: Wir machen weiter.

Nun hat es also auch Común #6 von der Idee in die Wirklichkeit geschafft. Und ja, es hat sich gelohnt, die Ausgabe ist wieder mal grandios. Diesmal sogar mit einem dickeren Schwerpunkt als je zuvor. Wir servieren einmal alles – Recht auf Stadt und sozial-ökologischer Wandel in einer großen gemischten Tüte. Wie immer: Dankeschön an alle, die zu dieser Ausgabe beigetragen haben! Und besonderen Dank an die Rosa-Luxemburg-Stiftung, ohne deren erneute Unterstützung diese Ausgabe nicht hätte realisiert werden können.

Apropos Beitragen & Unterstützen: Die Krise ist nicht überstanden. Wir haben nach wie vor kein festes Vertriebssystem, die Finanzierung ist prekär, die Papierpreise sind enorm gestiegen (deshalb steigt auch der Verkaufspreis), der Workload bringt uns an unsere Grenzen. Común braucht Support! Zum Beispiel so: Spendet an unserer Verein, teilt Social Media-Beiträge, macht Werbung in eurem Umfeld, organisiert Sammelbestellungen, unterstützt durch Handverkauf und Auslage. Dear COMÚNity: We need you!

Viel Spaß beim Lesen und bleibt solidarisch, die Redaktion

INHALT

▸ **Illustration Umschlag: Kathi King.** Sie ist Teil der Común-Redaktion.

Dear COMÚNity, we need your money! Común ist nur möglich durch den Verkauf und eine zusätzliche solidarische Finanzierung. Común braucht eure Unterstützung, damit es weitergehen kann! Wenn ihr Común fördern wollt, überweist eure Spende an: Urbane Intervention e.V., IBAN: DE89 4306 0967 1108 2700 00 (GLS Bank), Verwendungszweck: Spende

WIR SO – IHR SO

Die stadtpolitische Vorstellungsrunde #5

RECHT AUF STADT EBERSWALDE

WER IHR SEID IN 150 WORTEN

»Recht auf Stadt Eberswalde« gründete sich im Jahr 2018 aus dem Unbehagen einer schleichenden Verschärfung sozialer Ungleichheit, die sich unter anderem in der Wohnungsfrage widerspiegelt. Auch wenn es im Stadtgebiet vielleicht noch für jeden Geldbeutel eine Wohnung gibt, in jedem Stadtviertel findet man sie kaum mehr. Das Gespenst der sozialen Segregation und Gentrifizierung hat auch Eberswalde erreicht, nicht zuletzt durch den vermehrten Zuzug solventer Berliner*innen ins „grüne“ Umland.

Wir setzen uns für sozialverträgliche Mieten im ganzen Stadtgebiet ein. Dazu gehört auch, dass der hohe Leerstand von Wohnraum verringert und Zwischennutzungskonzepte ermöglicht werden. Wir fordern eine Reform unseres kommunalen Wohnungsunternehmens und kämpfen für den Erhalt städtischer Grünflächen. Zusammen mit einer Reihe anderer öko-sozialer Initiativen streiten wir für eine zukunftsfähige Stadtpolitik. Allen Eberswalder*innen soll die Möglichkeit gegeben werden, gemeinsam und auf Augenhöhe ein lebenswertes und enkeltaugliches Eberswalde mitzugestalten.

Euer politisches Anliegen in einem Demo-Slogan zusammengefasst: „Lieber ne frische Brise als Beton auf der Wiese!“

Vervollständigt bitte: „Ein anderes Eberswalde ist möglich, ... wenn Politik und Verwaltung das große Potenzial der eigenen Bürgerschaft erkennen und sie bei der Gestaltung der Stadt gleichrangig mitentscheiden lassen.“

▸ **Mehr Infos:** ▹ rechtaufew.de | ▸ **Plakat:** © Recht auf Stadt Eberswalde



WIE WÜRDET IHR EURE PRAXIS VERORTEN ZWISCHEN DEN POLEN...

...Abwehrkämpfe führen oder für eigene Visionen streiten?

Leider stoßen unsere Vorstellungen für ein „Gutes Leben in Eberswalde“ bei den Stadtoberen bis jetzt auf wenig Resonanz. Von Politik und Verwaltung werden wir meist nur als Hindernis wahrgenommen, nicht als Partner. Daher heißt es für uns, hartnäckig weiterstreiten und unsere Bündnisse festigen.

...kreative Aktionsformen oder klassischer Protest?

Beides! Neben klassischer Mietendemo, Unterschriftensammlungen, regelmäßigen Teilnahmen an Stadtverordnetenversammlungen, Stellungnahmen zu Bebauungsvorhaben und Grünflächenkonzepten schätzen wir auch kreative Aktionsformen und zivilen Ungehorsam, falls notwendig.

...eher mit oder eher gegen die Politik?

Die Eberswalder Stadtpolitik wird leider immer noch „top-down“ betrieben. Unsere Forderungen und Angebote an die Stadt werden bis dato geflissentlich ignoriert. Die meisten Stadtverordneten setzen sich wenig mit unseren Anliegen und Lösungsansätzen auseinander, sondern gehen den Weg des geringsten Widerstandes.

...Diskussion oder Aktion?

Solide inhaltliche Arbeit und multiperspektivische Aufbereitung von Themen sind unabdingbar – nur so werden wir ernstgenommen. Letztlich entscheiden aber die konkreten Aktionen vor Ort über Sieg oder Niederlage. Wir möchten eine Gruppe sein, in der sich Menschen auf unterschiedlichste Weise engagieren können – ob eher rational-diskutierend oder aktivistisch-protestierend.

...Fester Kreis oder wachsendes Bündnis?

Wir wären gern beides! Ein wachsendes, zivilgesellschaftliches Bündnis aus unterschiedlichen Initiativen und Bürger*innen, koordiniert von einem festen Kreis, fordert sich sein Recht auf Mitbestimmung ein.

...solidarische Unterstützung oder politische Organisierung?

Derzeit sind unsere Möglichkeiten politischer Einflussnahme noch begrenzt. Unser Ziel: In gegenseitiger Unterstützung mit den anderen Initiativen des öko-sozialen Netzwerks bestehende Räume des solidarischen Handelns zu sichern und neue Räume entstehen zu lassen.

...von der Politik einfordern oder Selbermachen?

Am Ende geht es nur zusammen und woanders geht es doch auch. Wir geben die Hoffnung nicht auf, dass eine gemeinsame Stadtpolitik möglich ist. Eberswalde hat weitere Initiativen (Tauschring, Repaircafé, Transition-Netzwerk...), die zeigen, wie man selbstwirksam werden kann.

RECHT AUF STADT JENA



WER IHR SEID IN 150 WORTEN

»Recht auf Stadt Jena« gibt es seit Sommer 2014. Ursprünglich entstanden ist die Gruppe damals nach einer Nachttanzdemo für den Erhalt soziokultureller Räume. Wir haben uns dann aber immer stärker in Richtung Wohnungs- und Mietenpolitik orientiert, was bis heute unser zentrales Themenfeld ist. Zusammen mit anderen Gruppen aus der Region haben wir in den vergangenen Jahren immer wieder Aktionen wie die „Thüringer Mietparade" oder die „Stadt-für-Alle-Messe" (anlässlich der Jenaer Immobilienmesse) organisiert.

Nach verschiedenen Versuchen, in Jena ein klassisches, breit aufgestelltes „Recht auf Stadt"-Bündnis zu initiieren, haben wir vor einigen Jahren unseren „Miettreff" gestartet, zu dem wir seitdem monatlich einladen. Dort unterstützen wir Leute bei Stress mit Vermieter*innen und Hausverwaltungen, was vom gemeinsamen Briefeschreiben bis hin zu Prozessbegleitungen oder Protest und Öffentlichkeitsarbeit reichen kann. Einige von uns sind nebenbei auch noch in anderen Mieter*innen- und Nachbarschaftsinitiativen aktiv und/oder arbeiten auch in der aktivistischen Forschung zu stadtpolitischen Themen.

Euer politisches Anliegen in einem Demo-Slogan zusammengefasst: „Stadt für alle statt für Profite!"

Vervollständigt bitte: „Ein anderes Jena ist möglich, ... wenn im Juni 2022 aus zahlreichen Städten aktivistische Gruppen und Nachbarschaftsinitiativen zum »Recht auf Stadt Forum« nach Jena strömen und gemeinsam mit den lokalen Initiativen hier Pläne für die urbane Revolution schmieden."

▸ **Mehr Infos:** ▹ rechtaufstadtjena.noblogs.org
▸ **Foto:** © Recht auf Stadt Jena

WIE WÜRDET IHR EURE PRAXIS VERORTEN ZWISCHEN DEN POLEN...

...Abwehrkämpfe führen oder für eigene Visionen streiten?

Bei unserem Miettreff treffen wir uns als solidarisches Netzwerk, um Angriffe von Vermieter*innenseite abzuwehren, dagegen Widerstand zu leisten und unsere Rechte zu verteidigen. Aber bei so mancher Aktion in den letzten Jahren haben wir auch politische Ziele auf die Straße getragen.

...kreative Aktionsformen oder klassischer Protest?

Langweilig wird es mit uns nicht: Bei Mietparaden, Stadt-für-Alle-Messen und Lärmkundgebung ging es auf jeden Fall über klassischen Protest hinaus. Kreative Aktionskünstler*innen sind wir aber nicht.

...eher mit oder eher gegen die Politik?

Wir wären gerne mit der Politik, wenn sie sich nicht systematisch gegen Mieter*innen und die Bedürfnisse der Stadtbewohner*innen stellen würde.

...Diskussion oder Aktion?

Es gibt Phasen, in denen wir eher aktionsorientiert sind und Phasen, wo die Diskussion im Vordergrund steht.

...Fester Kreis oder wachsendes Bündnis?

Unsere Kerngruppe ist schon lange ein fester Kreis. Noch mehr Mitstreiter*innen bei unserem Miettreff und ein kontinuierlich wachsendes Bündnis wären aber schön.

...solidarische Unterstützung oder politische Organisierung?

Was wir beim Miettreff machen ist in erster Linie solidarische Unterstützung. Aber das Ziel ist es natürlich eine grundlegende stadtpolitische Veränderung durch Organisierung zu erreichen!

...von der Politik einfordern oder Selbermachen?

Was wir tun, zielt eher darauf ab, konkrete Forderungen aufzustellen und politische Entscheidungsträger*innen in die Pflicht zu nehmen. Aber Selbermachen ist auch wichtig: Zum Beispiel Solidarität zwischen Mieter*innen und in der Nachbarschaft aufbauen.

DER BÜRGERMEISTER DES WILLKOMMENSDORFS

Domenico „Mimmo“ Lucano, unermüdlicher Streiter für ein solidarisches Zusammenleben mit Geflüchteten im kalabrischen Riace, wurde Ende September 2021 zu 13 Jahren Haft verurteilt

ELISABETH VOSS





„Da wir wenigstens mit irgendeinem Hoffnungsschimmer aufhören wollten, haben wir ein Segelschiff erfunden, das vor unserer Küste landet und uns neue Einwohner*innen bringt" erzählt Domenico Lucano in einem Gespräch mit der römischen Journalistin Esther Koppel über ein Theaterstück, das er als Student gemeinsam mit einem Freund über sein aussterbendes Heimatdorf geschrieben hat. Sein Traum ging in Erfüllung: Das Schiff erreicht am 1. Juli 1998 den Strand von Riace. An Bord: 184 kurdische Geflüchtete. Lucano kümmert sich mit Freund*innen in einem solchen Ausmaß um sie, dass seine Familie oft zu kurz kommt. Um Wohnraum für sie zu schaffen, nimmt er Kontakte zu ausgewanderten Riacesi auf. Viele überlassen ihm ihre leerstehenden Häuser für die Geflüchteten. Dies ist der Beginn des Willkommensdorfs Riace.

Zu den Armen und Benachteiligten fühlte sich Domenico Lucano, genannt Mimmo, schon immer hingezogen. Als Angehöriger der Mittelschicht – sein Vater war Lehrer, so wie er selbst später auch – ist er sich frühzeitig seiner Privilegien bewusst, beispielsweise beim Fußballspiel mit proletarischen Jugendlichen. Aktiv sein ist ihm wichtiger als die Streitereien zwischen politischen Gruppen. Früh schließt er sich der Gruppe »Lotta Continua« an, in der sich Arbeiter*innen und Studierende als Teil der außerparlamentarischen Linken organisierten. Er ist inspiriert von anarchistischen, antipsychiatrischen und befreiungstheologischen Ideen.

1958 geboren, wächst Mimmo in Riace auf. Den jungen Erwachsenen zieht es nach Rom und Turin, wo er mit seiner Frau und den drei gemeinsamen Kindern lebt. In den 1990ern kehrt die Familie nach Riace zurück. Er engagiert sich politisch, kandidiert 1995 mit der „Bürgerliste Freies Riace", und scheitert. 1999 kommt er mit drei Mitstreitern in den Gemeinderat. Mit dem Wahlerfolg der Liste „Ein anderes Riace ist möglich", deren Name von den Weltsozialforen inspiriert war[1], wird er 2004 zum Bürgermeister und gewinnt auch die beiden folgenden Wahlen.

SOLIDARISCHES VORBILD RIACE

Mit Mimmo Lucano als Bürgermeister erblüht das „Modell Riace", das Willkommensdorf, und wird weltweit bekannt. Zuvor hatte er bereits den Verein »Città Futura« (Stadt der Zukunft) gegründet. Tausende Geflüchtete finden in Riace ein neues Zuhause, wenn auch meist nur vorübergehend. Mit Fördermitteln werden Arbeitsplätze für Einheimische und Neuankommende geschaffen, bescheidener Wohlstand entsteht. Das gefällt nicht allen. Zu den Gegnern des weltoffenen Riace zählen die Rechten – und die Mafia. Aus den neuen Betrieben und Projekten fließen keine Schutzgelder, Riace positioniert sich klar gegen die kalabrische 'Ndrangheta. Das bleibt nicht ohne Folgen: Lucanos Hunde werden vergiftet, Schüsse durchschlagen die Seitentür eines Restaurants des Willkommensprojekts.

Mimmo Lucano ist ein Unbeugsamer, einer, dem Menschen mehr bedeuten als Bürokratie, und der sich für jede*n einsetzt. Einmal tritt er in den Hungerstreik, als die Gelder aus Rom wieder zu lange auf sich warten lassen. Zur Überbrückung führt er eine Regionalwährung ein. Die Regierung weiß die Aufnahmebereitschaft zu schätzen und schickt immer mehr Geflüchtete nach Riace. Der Bürgermeister sagt nie Nein und findet Wege, auch diejenigen zu versorgen, für die es keine Gelder gibt.

Als anschauliches Gegenmodell zur Abschottungspolitik der EU findet Riace weltweit Beachtung. 2010 wird Lucano mit dem dritten Platz des »World-Mayor-Awards« als einer der besten Bürgermeister weltweit geehrt. Das US-amerikanische Magazin »Fortune« nahm ihn 2016 in die Liste der „World's 50 Greatest Leaders" auf – zusammen mit Angela Merkel und Papst Franziskus. 2017 bekommt er den Dresdner Friedenspreis.



REAKTIONÄRE POLITISCHE EINFLÜSSE

Doch dann ändern sich die politischen Kräfteverhältnisse. Schon 2016 gab es einen Wechsel in der Regionalregierung von Reggio Calabria. Mit dem Wahlsieg der reaktionären, nationalistischen Partei »Lega« 2018 wird deren Vorsitzender Matteo Salvini Innenminister. Seit 2016 wurde Riace mit Inspektionen drangsaliert, Lucano wurde überwacht und 2017 zusammen mit 26 weiteren Riacesi der Beihilfe zur illegalen Einreise und Unterschlagung von Fördergeldern angeklagt. 2018 wird er seines Amtes enthoben und aus Riace verbannt. Die meisten Geflüchteten müssen Riace verlassen. Nach elf Monaten darf Mimmo Lucano zurückkehren. Er baut die Willkommensprojekte wieder auf. Doch dann der Schock: Am 30. September 2021 wird Lucano zu 13 Jahren und zwei Monaten Gefängnis verurteilt – fast doppelt so viel wie die Staatsanwaltschaft gefordert hatte. Dieses Gerichtsverfahren ist eindeutig politisch motiviert – Solidarität mit Geflüchteten wird kriminalisiert. Weit über Italien hinaus sorgt das Urteil für Entsetzen. Mimmo Lucano ist noch auf freiem Fuß und wird Widerspruch einlegen.

▸ **Elisabeth Voß** ist Betriebswirtin und freie Journalistin/Autorin, engagiert sich stadtpolitisch und vernetzend; publiziert und hält Vorträge zu solidarischem Wirtschaften, Genossenschaften, Selbstorganisation und Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft; berät Kollektivbetriebe und Hausprojekte: ▹ elisabeth-voss.de

▸ **Weiterlesen**
▹ **Lucano, Mimmo (2021):** „Das Dorf des Willkommens". Aus dem Italienischen von Elvira Bittner, rüffer & rub, Zürich.
▹ **Voß, Elisabeth (2019):** „Eine Zukunft für Riace – Wegen der solidarischen Aufnahme von Flüchtlingen wird das kalabrische Dorf vom Staat kriminalisiert", in „Neues Deutschland", 09.09.2019.
▹ **Koppel, Esther (2016):** „Den Blick aufs Meer gerichtet – auf der Suche nach der Utopie", Interview mit Domenico Lucano in: Anna Tüne (Hrsg.): „Jenseits von Lampedusa – willkommen in Kalabrien", Topographien der Menschlichkeit 2, AJZ-Druck und Verlag GmbH, Bielefeld.
▹ **riace.solioeko.de**

▸ **Fotos:** Elisabeth Voß | Foto Domenico Lucano, Wikimedia Commons

▸ **Anmerkungen**
1 Das erste Weltsozialforum fand 2001 im brasilianischen Porto Alegre statt. Vertreter*innen sozialer Bewegungen, Projekte und progressive Politiker*innen kommen seither anfangs jährlich, später seltener, zusammen mit der Überzeugung: „Eine andere Welt ist möglich" und dem Anliegen: „people before profits": ▹ weltsozialforum.org







BIS SPÄTI

Ein fotografischer Nachruf auf eine Freiburger Institution des Nachtlebens

TEXT: JANIKA KUGE | FOTOS: SÉVÉRINE KPOTI

Freiburg liegt im äußersten Südwesten der BRD. „Spätis" mussten erst durch findige Reisende importiert werden. Als 2018 der erste und einzige „Späti" der Stadt, der »Bis Späti«, im Stühlinger-Kiez eröffnete, wurde er schnell zum szenigen Treffpunkt weit über das Viertel hinaus.

Leider wurde er auch schnell zum Lärmproblem für einige Anwohner*innen. Den Konflikt zwischen Nachtleben und gewissen Vorstellungen von Ruhe und Ordnung lösten Verbote der Stadt kompromisslos und unkreativ. Ein Gerichtsverfahren sah das Recht bei einem Hausbesitzer des nahegelegenen Lederle-Platzes, der durch die Feiernden den Wert seiner Immobilie gefährdet sah. Auch kreative Proteste und ein spontaner Rave mit Straßenblockade, an dem tausende Menschen teilnahmen, konnten die Situation nicht beeinflussen.

Seit dem Sommer 2020 ist der Kiez und die Stadt wieder um einen Kulturort, einen Treffpunkt und einen Freiraum ärmer. Diese Bilder aus den Tagen rund um seine Eröffnung sind ein Nachruf.

▸ **Sévérine Kpoti** ist Freiburger Foto-Künstlerin und engagierte Alternativkultur- und Nachtlebengestalterin. Der Schwerpunkt ihrer Arbeiten liegt auf der Dokumentation sozialer und gesellschaftlicher Strukturen und Subkulturen. Zugleich stellt sie deren Normen infrage und reflektiert in ihrer künstlerischen Bearbeitung die Gesellschaft, in der sie lebt. Ihre eigene Intersektionalität motiviert sie dazu ihre Fotografie in einem politischen Kontext zu stellen.

▸ **Janika Kuge** ist Teil der Común Redaktion



CORNERN

Verwahrlosung des öffentlichen Raums oder eine neue Form von „Reclaim the Streets“? Am Trinken auf Straßen und Plätzen, neuerdings „Cornern“ genannt, scheiden sich seit einigen Jahren die Geister. Dabei ist es eine Praxis von Kommunikation und Selbstermächtigung, die eine lange Geschichte hat.

NIELS BOEING



Kaum war der fast siebenmonatige Lockdown vorüber, kehrten sie zurück: die „Cornerer". In der Hamburger Schanze waren es am letzten Mai-Wochenende Tausende, die sich auf der Straße, in kleinen Parks, an Kiosken trafen und tranken – sie „cornerten", wie es seit einigen Jahren auch hierzulande genannt wird. Dass das enge Beieinanderstehen während einer Pandemie eine schlaue Idee ist, kann man aus guten Gründen bezweifeln. Verständlich war es aber allemal, dass vor allem junge Leute nach Monaten des Zuhauseabhängens und der Ausgangssperren raus wollten in den öffentlichen Raum, in die urbane Gemengelage. Die Stadt Hamburg hatte kein Verständnis und ließ die Schanze mit mehreren Hundertschaften räumen.



Kurze Zeit später richtete der Senat über 30 sogenannte Hotspots im Hamburger Stadtgebiet ein, in denen fortan das öffentliche Trinken ab 14 Uhr untersagt war, später sogar zusätzlich das „Mitführen" von alkoholischen Getränken. Inzwischen sind die Verbote an diesen Hotspots durch eigens aufgestellte Verbotsschilder institutionalisiert.

Man sollte sich jedoch nicht täuschen: Die neuen Prohibitionszonen sind keine Ad-hoc-Idee der Pandemiepolitik. Tatsächlich hatten die Hamburger Bürgerschaftsfraktionen von SPD und Grünen 2018 in einem Antrag genau solche Zonen bereits als mögliche Lösung des „Corner-Problems" benannt, über das seinerzeit heftig debattiert wurde. In der Debatte konnte man den Eindruck gewinnen, „Cornern" sei ein neues Phänomen, das in den 2010er Jahren über viele Städte, nicht nur Hamburg, hereingebrochen war. Einige sahen darin eine Verwahrlosung des öffentlichen Raums, manche eine neue Variante von „Reclaim the Streets", wieder andere das Ergebnis einer sich ausweitenden Prekarisierung, die nur den Griff zum billigen Dosenbier vom Kiosk übrig lasse. Keine dieser Deutungen ist ganz falsch, aber sie greifen zu kurz. „Cornern" ist mitnichten ein neues Phänomen aus dem frühen 21. Jahrhundert, doch zugleich ist es in seiner jüngsten Ausprägung auch eine Erscheinung des neoliberalen Urbanismus der vergangenen drei Jahrzehnte.

„DIE CORNER BOYS SIND GRUPPEN VON JUNGEN MÄNNERN, DIE IHRE SOZIALEN AKTIVITÄTEN AUF KONKRETE STRASSENECKEN KONZENTRIEREN."
Kyle Whyte: »Street Corner Society«, 1943

Der Erste, der das regelmäßige Sichtreffen an Straßenecken wissenschaftlich untersuchte, war der US-Soziologe Kyle Whyte. Er betrieb Ende der 1930er Jahre über vier Jahre Feldforschung im Bostoner North End, einem Quartier mit überwiegend italienischstämmigen Migrant*innen. „Die Corner Boys sind Gruppen von jungen Männern, die ihre sozialen Aktivitäten auf konkrete Straßenecken konzentrieren", schrieb Whyte 1943 in seinem Buch »Street Corner Society«. Diese jungen Männer gehörten zur untersten sozialen Schicht, waren häufig arbeitslos oder nur unregelmäßig beschäftigt und bildeten Gangs, in denen auch Jobs vermittelt wurden. Whyte zeigte, dass es sich nicht einfach um orientierungslose junge Leute handelte, sondern um eine eigenständige selbstbewusste Formation. Vom Bostoner North End führt eine Linie zur beginnenden Hiphop-Culture im New York City der 1970er Jahre. An Straßenecken in der Bronx versammelten die ersten Soundsystems ihr Publikum für Cuts und Samples, nutzten so den öffentlichen Raum als Bühne, als Floor.

Das öffentliche Trinken in Straßen wiederum hat seine eigene Geschichte. Bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden im Ruhrgebiet und im Bergischen Land die sogenannten Wasserhallen. Sie versorgten die Arbeiter*innen zunächst mit Mineralwasser, später auch mit Bier. Nach der Schicht „anne Bude gehen" wurde zu einem Bestandteil des Feierabends. Auch in Köln, Frankfurt, Berlin und anderen Gegenden nördlich des Mains etablierten sich Büdchen, Trinkhallen und Kioske als Orte gemeinsamen Trinkens. Das war nicht unbedingt Ausdruck von Renitenz, sondern einer eigenen proletarischen Kultur, die mit dem Ideal eines bürgerlichen, gesitteten Lebens nichts gemein hatte. Eine renitente Haltung gesellte sich zum öffentlichen Trinken ab Mitte der 1960er, als sich „Gammler" etwa in Westberlin an der Gedächtniskirche zum Bier trafen und desillusionierte junge Leute anzogen, wie etwa das spätere RAF-Mitglied Bommi Baumann, der diese Zusammenkünfte in seiner Autobiografie festgehalten hat. Noch einmal zehn Jahr später verwandelte die neue Punk-Kultur das öffentliche Trinken in eine bewusste Provokation der Vertreter*innen bürgerlicher Normen.

„Soziologisch gesehen ist Trinken zuallererst eine Praxis von Kommunikation", schreiben die Soziologen Daniel Briggs, Ivan Gololobov und Aimar Ventsel, die das Trinken Jugendlicher im öffentlichen Raum in Großbritannien, Russland und Ostdeutschland untersucht haben. Dass es speziell in West- und Nordeuropa seit den 1980ern schichtübergreifend populärer wurde, hat auch mit dem sich damals ausweitenden Mittelmeertourismus zu tun. Gemeinsames, allerdings maßvolles Trinken auf Plätzen gehört zwischen Portugal und Griechenland seit langem zur Alltagskultur. Die jungen Reisenden mediterranisierten gewissermaßen die eigenen west- und nordeuropäischen Trinktraditionen, indem sie Plätze und Straßenecken mit dem Bier in der Hand

◂ **„Hard Cornern"** im Hamburger Schanzenviertel während des G20-Gipfels im Juli 2017
Illustration: Rainer Midlaszewski auf Basis eines Fotos von Olaf Sobczak

zu bevölkern begannen – ohne jedoch das Maßvolle des „Mediterranean Drinking Style“, wie es in der Stadtgeographie heißt, zu übernehmen.

Diese Entwicklung fällt zusammen mit einer einschneidenden Veränderung des Urbanismus seit den späten 1980ern. „Viele Städte erfinden sich als Konsumorte neu“, stellen die britischen Geograph*innen Mark Jayne, Sarah Holloway und Gill Valentine fest. Der Alkoholkonsum wird nun Teil einer „Entertainment Economy“, die in den 1970ern vernachlässigte Innenstädte wiederbeleben soll. Dieses Stadtentwicklungsprogramm ist von Anfang an widersprüchlich: Auf der einen Seite werden die Ladenschlusszeiten dereguliert, was Alkohol auch abseits der Gastronomie bis spät in die Nacht verfügbar macht – und das „Cornern“ fördert. Andererseits beginnt der neoliberale Urbanismus den öffentlichen Raum zu „domestizieren“, so Jayne, Holloway und Gill. Die Leute dürfen sich amüsieren und auch volllaufen lassen, aber nur in den ausgewiesenen Locations der „Entertainment Economy“. Von der bürgerlichen Norm abweichendes Verhalten wie Grölen und öffentlicher Sex wird nicht geduldet. Vor allem in Großbritannien folgen Zonen mit Trinkverbot und Platzverweise. Der deutschsprachige Raum hinkt hier zunächst hinterher, nur vereinzelt gibt es eine Regulierung, etwa in den von den angelsächsischen Ländern übernommenen „Business Improvement Districts“, Geschäftszonen, in denen der öffentliche Raum teilprivatisiert ist.

In Hamburg-St. Pauli spitzt sich der Konflikt zwischen einem zum Mainstream gewordenen „Cornern“ und der neoliberal geprägten „Entertainment Economy“ besonders zu. Auf der einen Seite wird die Reeperbahn seit Beginn der 2010er Jahre als „Europas größtes Vergnügungsviertel“ vermarktet, das bald jährlich 25 bis 30 Millionen Besucher*innen anzieht. 2015 wird sie gar zum „Business Improvement District“ erklärt. Auf der anderen Seite wird das „Cornern“ zum Massenphänomen: Tausende zieht es nicht in die Systemgastronomie und ein vollvermarktetes Kiez-Disneyland, sondern in das nächtliche Abenteuer auf Plätzen und Straßenkreuzungen in angrenzenden Quartieren. Das über soziale Medien organisierte Schwarmverhalten beim Ausgehen verstärkt dies noch.



Prohibitionszone im Hamburger Schanzenviertel

Der Konflikt eskaliert schließlich im Juli 2017, wenige Tage vor dem Hamburger G20-Gipfel. Aktivist*innen haben zum „Hard Cornern“ aufgerufen. An zahlreichen Plätzen verwandelt sich das „Cornern“ in einen politischen Protest auch gegen die fortschreitende Zonierung der Innenstädte, die im G20-Sicherheitskonzept der Hamburger Polizei in einem flächendeckenden Versammlungsverbot gipfelt. Weil anders als etwa in britischen Städten das Trinken im öffentlichen Raum noch nicht verboten ist, übernimmt das „Cornern“ nun die Funktion der politischen Versammlung. Die Polizei beantwortet das „Hard Cornern“ mit dem Einsatz von Wasserwerfern.

Das „Cornern“ wird zwar nach dem G20-Gipfel nicht verboten, die Auseinandersetzung darüber ebbt aber nicht ab. Anfang 2018 gerät die Trinkhallentradition in die Kritik. Die Kioske gelten nun als diejenigen, die die Ordnung im öffentlichen Raum gefährden. In einer medialen Kampagne fordern Kiezgastronom*innen die Politik auf, Kiosken den abendlichen Verkauf von Alkohol zu untersagen. Dabei schrecken einige auch nicht vor rassistisch grundierten Bildern zurück. Kioske würden sich „wie Kakerlaken“ vermehren, sagt ein Clubbetreiber der Lokalpresse. Eine Aussage, die angesichts der Tatsache, dass Kioske heutzutage in vielen Städten ein migrantisch geprägtes Gewerbe sind, inakzeptabel ist.

Aber auch die Verteidiger*innen der „Corner-Kultur“ liegen daneben, wenn sie im öffentlichen Trinken ausschließlich einen stillen Protest marginalisierter Menschen sehen. Wie eine Feldstudie der Fachhochschule in der Akademie der Polizei Hamburg 2018 zeigt, lässt sich der soziale Hintergrund des „Corner-Publikums“ nicht verallgemeinern. Vor allem am Neuen Pferdemarkt in St. Pauli, der in Hamburg längst synonym mit der „Corner“ ist, haben fast 90 Prozent der Befragten Abitur oder einen Hochschulabschluss. Billige Getränke am Kiosk sind auch nicht der wesentliche Grund für das „Cornern“. Die Hälfte aller an den drei untersuchten Orten Befragten – neben Neuem Pferdemarkt noch die Straße Hamburger Berg in St. Pauli und der Hansaplatz in St. Georg – nennt „Freunde treffen“ als Hauptmotiv.

Die Pandemie hat dem nun (vorläufig) ein Ende gesetzt. Die Recht-auf-Stadt-Bewegung sollte alles dafür tun, dass der domestizierte öffentliche Raum in der Post-Pandemie-Stadt wieder zurückgewonnen wird. Man muss das „Cornern“ nicht feiern, aber man sollte dem neoliberalen Urbanismus die Kriminalisierung des öffentlichen Trinkens nicht durchgehen lassen. Es ist eine kulturelle Praxis mit einer langen Geschichte, die den sozialen Zusammenhalt der Stadtgesellschaft fördern kann – wenn denn die „Cornerer“ die Lektion des „Mediterranean Drinking Style“ zu Ende lernen.

▸ **Niels Boeing** ist Journalist, Buchautor und Aktivist im Hamburger Netzwerk Recht auf Stadt. Er lebt in St. Pauli, wo er schon Ende der 1990er an der Ecke Beim Grünen Jäger/Neuer Pferdemarkt „gecornert“ hat. 2020 hat er das »barkombinat Hamburg« mitgegründet.

▸ **Weiterlesen**

▹ **Daniel Briggs, Ivan Gololobov und Aimar Ventsel:** Ethnographic Research Among Drinking Youth Cultures: Reflections from Observing Participants, Folklore Vol. 61, S. 157–176, 2015

▹ **Ulrike Burgwinkel:** Eine kleine Sozialgeschichte der Trinkhalle, Deutschlandfunk, 15.09.2016

▹ **Jakob Demant und Sara Landolt:** Youth Drinking in Public Places: The Production of Drinking Spaces in and Outside Nightlife Areas, Urban Studies 15 (1), S. 170–184, 2014

▹ **Mark Jayne, Sarah Holloway und Gill Valentine:** Drunk and disorderly: alcohol, urban life and public space, Progress in Human Geography 30 (4) S. 451–468, 2006

▹ **Stefanie Kemme und Anabel Taefi:** Cornern in Hamburg 2018: eine Untersuchung zu Alkoholkonsum im öffentlichen Raum, Fachhochschule in der Akademie der Polizei Hamburg, 2018

▹ **Amy Pennay, Elizabeth Manton und Michael Savic:** Geographies of Exclusion: Street drinking, gentrification and contests over public space, International Journal of Drug Policy 25 (6), S. 1084–1093, 2014

▹ **Kyle Whyte:** Street Corner Society, 1943

EIN HÄUSCHEN MIT GARTEN

Im Streit um das Einfamilienhaus lassen sich über die Wohnungsfrage hinaus Stadtpolitik, Klimapolitik und Geschlechtergerechtigkeit miteinander verknüpfen.

RAINER MIDLASZEWSKI



„Hach, das könnte schön sein, ein Häuschen mit Garten …", sang der Schauspieler und Kabarettist Wolfgang Neuss 1958 als Räuber in der Filmkomödie „Das Wirtshaus im Spessart". Auch der Räuber träumte vom Kleinbürger*innenglück des Einfamilienhauses. Das Häuschen mit Garten, in dem das erstrebenswerte Lebensmodell Kleinfamilie sein Zuhause finden sollte, war der Inbegriff eines bescheidenen Wohlstandes im „Wirtschaftswunder" der Nachkriegszeit. Bis heute ist das Glücksversprechen des Einfamilienhauses ungebrochen. Und nicht nur das: Es ist aktueller denn je!

Als der Grünen-Politiker Anton Hofreiter Anfang 2021 in einem Interview die Entscheidung eines Hamburger Bezirks begrüßte, Einfamilienhäuser aus Bebauungsplänen auszuschließen, löste das eine emotional aufgeladene Debatte quer durch alle Parteien aus. Um im beginnenden Bundestagswahlkampf nicht als Verbotspartei wahrgenommen zu werden, relativierten die Grünen die Kritik Hofreiters am Eigenheim. Dabei ist schon lange unumstritten, dass der Bau von Einfamilienhäusern unter ökologischen und städtebaulichen Aspekten ein No-Go ist.

ÖKOLOGISCHER UNSINN UND VERRÄUMLICHTE GESCHLECHTERORDNUNG

Der Wärmeverlust eines freistehenden Eigenheims und der Materialverbrauch beim Bau sind gegenüber dem Geschosswohnungsbau enorm. Rund 40 Prozent der weltweit emittierten Treibhausgase entstehen durch den Bau und Betrieb von Gebäuden. Hinzu kommt der überproportionale Flächenverbrauch von Einfamilienhäusern in Relation zu der Anzahl an Menschen, die Nutzen davon haben. Die Flächenversiegelung und die Zersiedelung der Landschaft durch

Einfamilienhaussiedlungen gehen oft einher mit ihrer schlechten Anbindung an den ÖPNV und fehlender Infrastruktur. Das macht ein Auto notwendig und induziert Verkehr.

Rund zwei Drittel aller Wohngebäude in Deutschland sind Einfamilienhäuser. Und ihre Anzahl steigt. Auch wenn laut Daten des Statistischen Bundesamtes der Anteil der neu gebauten Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern seit 2005 sinkt, wurden im Jahr 2020 für 109.000 Wohnungen in diesen Gebäudetypen Baugenehmigungen erteilt. Das sind 38 Prozent aller in diesem Jahr genehmigten Wohnungen. Der dafür notwendige Flächenverbrauch entspricht in etwa der Ausdehnung einer mittleren Großstadt.

Die monofunktionale Raumaufteilung von Einfamilienhäusern – großes Wohnzimmer mit Küchenanschluss, Elternschlafzimmer und Kinderzimmer – qualifiziert sie nur als Zuhause für die typische Kleinfamilie und nur für einen bestimmten Lebensabschnitt. Sind die Kinder am Ende der Familienphase aus dem Haus, verliert diese Wohnform ihre Funktion. Die Eltern bleiben in einer viel zu großen Wohnung zurück. Auch der Glaube, nach Tilgung aller Kredite im Alter mietfrei wohnen zu können, ist trügerisch. Die individuelle Bindung an einen privaten Immobilienbesitz bleibt immer eine Belastung. Für den Fall, dass einmal das Dach oder die Heizung erneuert werden müssen, sind finanzielle Rücklagen unumgänglich.

Die aus den 1950er und 1960er Jahren stammenden Werbebilder von der treusorgenden Hausfrau und Mutter, die gemeinsam mit den Kindern die Rückkehr des Familienvaters von der Arbeit erwartet und schon mal einen Kuchen gebacken hat, erscheinen uns wie aus einer weit entfernten Vergangenheit. Doch die „Rama-Frühstücksfamilien“, die uns heute aus den Werbeprospekten von Baugesellschaften oder Bausparkassen anlächeln, stehen ungebrochen für das gleiche Ideal der Kleinfamilie und die damit verbundene Wohnform Einfamilienhaus, deren Ordnung sich in Architektur und Stadtplanung einschreibt. Auch wenn sich die Zahl der erwerbstätigen Frauen erhöht hat, bleibt das Modell Familienernährer und Hausfrau aktuell. Die Teilzeitquote bei Frauen mit minderjährigen Kindern im Haushalt lag im Jahr 2019 bei 66,2 Prozent, bei Männern bei 6,4 Prozent.

VOM BIEDERMEIER ZUR SUBURBIA

Die Kleinfamilie und das Einfamilienhaus entstehen zusammen mit der kapitalistischen Produktionsweise. Ende des 18., Anfang des 19. Jahrhunderts verlagert sich mit der beginnenden Industrialisierung die häusliche Produktion – etwa im Handwerk – in Manufakturen und Fabriken. Es findet eine Trennung von Arbeiten und Wohnen statt. Erwerbs- und Hausarbeit werden zu getrennten Bereichen: zu einem öffentlichen und einem privaten.

So entstehen zusammen mit den schnell wachsenden Industrien ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch die ersten Einfamilienhäuser – nämlich in Form von Werks- oder Zechensiedlungen. In diese Zeit fällt auch eine ideelle Aufwertung der Familie. Konservative Sozialreformer*innen und Industrielle übertragen das bürgerliche Modell der Kleinfamilie als erwünschter Lebensweise auf die entstehende Arbeiter*innenklasse: die Frauen als treusorgende Hausfrauen, die Männer als aktive Familienernährer und das „traute Heim“ als emotionaler Mittelpunkt des Familienlebens.

Dennoch dauert es rund 70 bis 80 Jahre, von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis in die 1930er Jahre, bis sich die Kernfamilie als allgemeines gesellschaftliches Lebensmodell durchsetzt. Besonders die Familienpolitik der Nazis fördert dieses Lebensmodell. Nicht nur durch eine ideologische Aufladung der Mutterrolle, sondern auch mit konkreten sozialpolitischen Maßnahmen, wie zum Beispiel den Ehestandsdarlehen oder der Einführung des Kindergeldes 1936.

Die endlosen Einfamilienhaussiedlungen, die zersiedelten monotonen Vorstädte, die wir heute kennen, entstehen jedoch erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Das städtebauliche Leitbild der Nachkriegsmoderne, die funktionsgetrennte und autogerechte Stadt, ordnet den städtischen Raum neu, indem es Arbeiten, Wohnen, Bildung, Konsum und Freizeit voneinander trennt.

Der Traum vom Eigenheim ist heute angesichts der explodierenden Grundstücks- und Immobilienpreise nur für eine Schicht mit hohen Einkommen realisierbar. Genau um diese einkommensstarken Familien konkurrieren die Städte und bemühen sich, Bauland für Einfamilienhäuser bereitzustellen. Der oben genannte Hamburger Bezirk ist da eher die Ausnahme. Staatliche Förderprogramme, wie zum Beispiel das Baukindergeld, unterstützen den Erwerb von Wohneigentum und im Steuerrecht begünstigt das Ehegattensplitting die traditionelle Verteilung der Rollen von männlichem Familienernährer und dazuverdienender Hausfrau. Auch deshalb ist das Lebensmodell Kleinfamilie im Einfamilienhaus selbst im Jahr 2022 noch attraktiv. Und trotz einer heute großen Diversifizierung von Lebensweisen bleibt das klassische Familienmodell hegemonial und mit ihm die Übertragung des Großteils der Sorgearbeit auf die Frauen.



DAS WOHNEN ORGANISIERT DAS LEBEN: ALTERNATIVEN

Es lohnt sich also, danach zu fragen, wie architektonische Entwürfe und städtebauliche Planung von Wohnungen und Wohnbauten daran beteiligt sind, die ungerechte Verteilung von Sorgearbeit zu organisieren, und was konkrete Alternativen dazu sein könnten. In vielen Wohnprojekten oder Baugruppen, die von einem eher akademischen, mittelständischen Milieu initiiert werden, spielt diese Frage nur selten eine Rolle. Auch sie fokussieren sich zumeist auf das klassische Familienmodell. Ein interessantes Gegenbeispiel ist die Züricher »Wohngenossenschaft Kalkbreite« (siehe Común #4: „Wir machen jetzt einfach mal"). Dort gibt es zum Beispiel Clusterwohnungen oder einen Großhaushalt – einen Zusammenschluss von Wohnungen, der über eine gemeinsame Küche mit angestellten Köch*innen verfügt. Auch eine Kindertagesstätte befindet sich im Haus.

Die Vorstellung in einem Großhaushalt zu leben ist für viele vermutlich eine große Herausforderung. Auch sehr radikale Konzepte von Vergemeinschaftung, mit denen zum Beispiel die israelischen Kollektivsiedlungen der Kibbuz-Bewegung in den 1950er und 1960er Jahren experimentierten, sind heute kaum noch denkbar. In einigen Kibbuzen wurden die Kinder in eigenen Kinderhäusern außerhalb der Familien betreut und die Familienstrukturen damit tendenziell aufgelöst.

Ein anders Konzept stellt das sogenannte Einküchenhaus dar, das Anfang des 20. Jahrhunderts von der Sozialdemokratin Lily Braun entwickelt wurde, um die Frauen von der Hausarbeit zu befreien. Innerhalb eines Mehrparteienhauses sollte eine zentrale Großküche mit bezahltem Personal alle Bewohner*innen versorgen und die Küche in jeder Wohnung ersetzen. Auch Services für die Kinderbetreuung und das Wäschewaschen waren vorgesehen. Das Konzept, die Hausarbeit als zu bezahlende Dienstleistung innerhalb eines Mehrparteienwohnhauses zu organisieren, wurde in Form einzelner privatwirtschaftlicher Modellprojekte zum Beispiel in Berlin oder Stockholm tatsächlich realisiert. Die Mehrheit der Sozialdemokrat*innen stand der Idee jedoch ablehnend gegenüber. So etwas wie eine Haushaltsgenossenschaft könne erst in einem Sozialismus der Zukunft umgesetzt werden.

Dass Haushaltsgemeinschaften auch im Hier und Jetzt möglich sind, zeigen Projekte wie die bereits oben beschriebene »Wohngenossenschaft Kalkbreite«. Ihre Finanzierung und die besondere Zusammensetzung ihrer Bewohner*innenschaft – eher akademisch, mittelständisch und nachhaltig konsumierend – sind als Gelingensbedingungen jedoch sehr voraussetzungsvoll. Auch für viele Milieus offene Alternativen könnten im Geschosswohnungsbau mit flexiblen Wohnungsgrundrissen bestehen, der mit Gemeinschaftsflächen und sozialer Infrastruktur – zum Beispiel einer Kindertagesstätte und eine Stadtteilkantine – kombiniert wird und im besten Falle eine funktionierende Nachbar*innenschaft initiiert.

Diese Alternativen zum Einfamilienhaus sind weder revolutionär noch utopisch, sondern ganz pragmatische Angebote, die aktuell zum Beispiel im geförderten Wohnungsbau in Wien schon umgesetzt werden oder im Bestand vieler Städte realisiert werden könnten.

Dennoch, die Kritik an der Hegemonie des Modells Kleinfamilie und seiner Raumwerdung als Einfamilienhaus bleibt trotz aller städtebaulichen, klima- und geschlechterpolitischen Argumente schwierig, weil sie persönliche Lebensentwürfe in Frage stellt und einer seit über 150 Jahren etablierten sozialen und architektonischen Praxis widerspricht. Zugleich bietet jedoch die Einmischung in die Auseinandersetzung um das Einfamilienhaus die interessante Möglichkeit, die Themen Stadtpolitik, Klimapolitik und Geschlechtergerechtigkeit produktiv miteinander zu verknüpfen.

▸ **Rainer Midlaszewski** ist Teil der Común-Redaktion und im Bochumer Netzwerk »Stadt für Alle« aktiv. Der Text basiert auf Recherchen und Vortragsmanuskripten, die im Kontext des Netzwerks entstanden. Beteiligt waren Doris Betsch, Kirsten Heining, Lina Heimrath, Susan Kowalski und Rebecca Sirsch.

▸ **Weiterlesen**

▹ **sub\urban**, Zeitschrift für kritische Stadtforschung 2017, 5, 3, Themenschwerpunkt: Stadt der Reproduktion, ▹ zeitschrift-suburban.de

▹ **Einküchenhaus – Reformmodell städtischer Wohnbebauung**, umfangreicher und gut recherchierter Artikel auf ▹ Wikipedia

▹ **Común #4**, 2020, »Wir machen jetzt einfach mal« – Von »bolo'bolo« zu »Neustart Schweiz« – Haushaltsgemeinschaften als kollaborative Commons

▹ **Arch+ Nr. 244**, 2021, Wien – Das Ende des Wohnbaus (als Typologie)

▸ **Foto und Illustration:** Rainer Midlaszewski



EINMAL ALLES BITTE!
SOZIAL-ÖKOLOGISCHER WANDEL UND RECHT AUF STADT

Die Klimawende muss genau hier stattfinden. Hier heißt: In den Städten und Gemeinden. Der Zeitpunkt ist auch klar: Jetzt. Kaum jemand würde das bestreiten und trotzdem passiert reell: wenig. Dafür beschwören weltweit immer mehr Städte mit Smart City-Konzepten das Narrativ, dass alles zusammen geht – Wachstum, Technologie, Klimawende. Die Klimafrage wirkt dabei oft seltsam abgekoppelt von sozialen Fragen, von Daseinsvorsorge, der Sicherung von Grundbedürfnissen und vom Gemeinwohl. Mit der Pandemie kam ein Schlagwort auch in die öffentliche Debatte: Resilienz. Wie schaffen wir es Städte krisensicherer zu machen, Nah- und Grundversorgung, Mobilität und Teilhabe in Krisenzeiten zu sichern? Eins ist klar: Es braucht dafür einen tiefgreifenden sozial-ökologischen Wandel. Und es braucht gute Beispiele.

In diesem Schwerpunkt geht es darum zu zeigen, was sich in den Städten ändern muss und wie das gehen kann. Was verbirgt sich hinter der Idee der „Postwachstumsstadt“, wie kann sie aussehen und welche Strategien braucht es dafür? Und am Beispiel Wien: Wie kann hier ein anderes Narrativ zur Smart City gesetzt werden? Wie könnte Ernährungversorgung lokal organisiert werden und warum ist dafür ein breites Netzwerk notwendig (Beispiel Leipzig)? Wie sieht eine gerechte Bodenpolitik aus und welche praktischen Ansätze gibt es dafür? Warum ist energetische Modernisierung zur CO_2-Reduktion notwendig und wie kann sie sozial gerecht umgesetzt werden? Wie kann sozial-ökologische Transformation im Kleinen aussehen, etwa bei der Umsetzung eines Wohnprojekts? Warum könnte gerade beim Thema Radverkehr der zunehmende Druck von unten die Verkehrswende voranbringen?

Klimawende & Recht auf Stadt müssen zusammengedacht werden – darum geht es in diesem Heft.



ONE STRUGGLE, ONE FIGHT?

Strategische Überlegungen zu einem wachstumskritischen Recht auf Stadt

ANTON BROKOW-LOGA

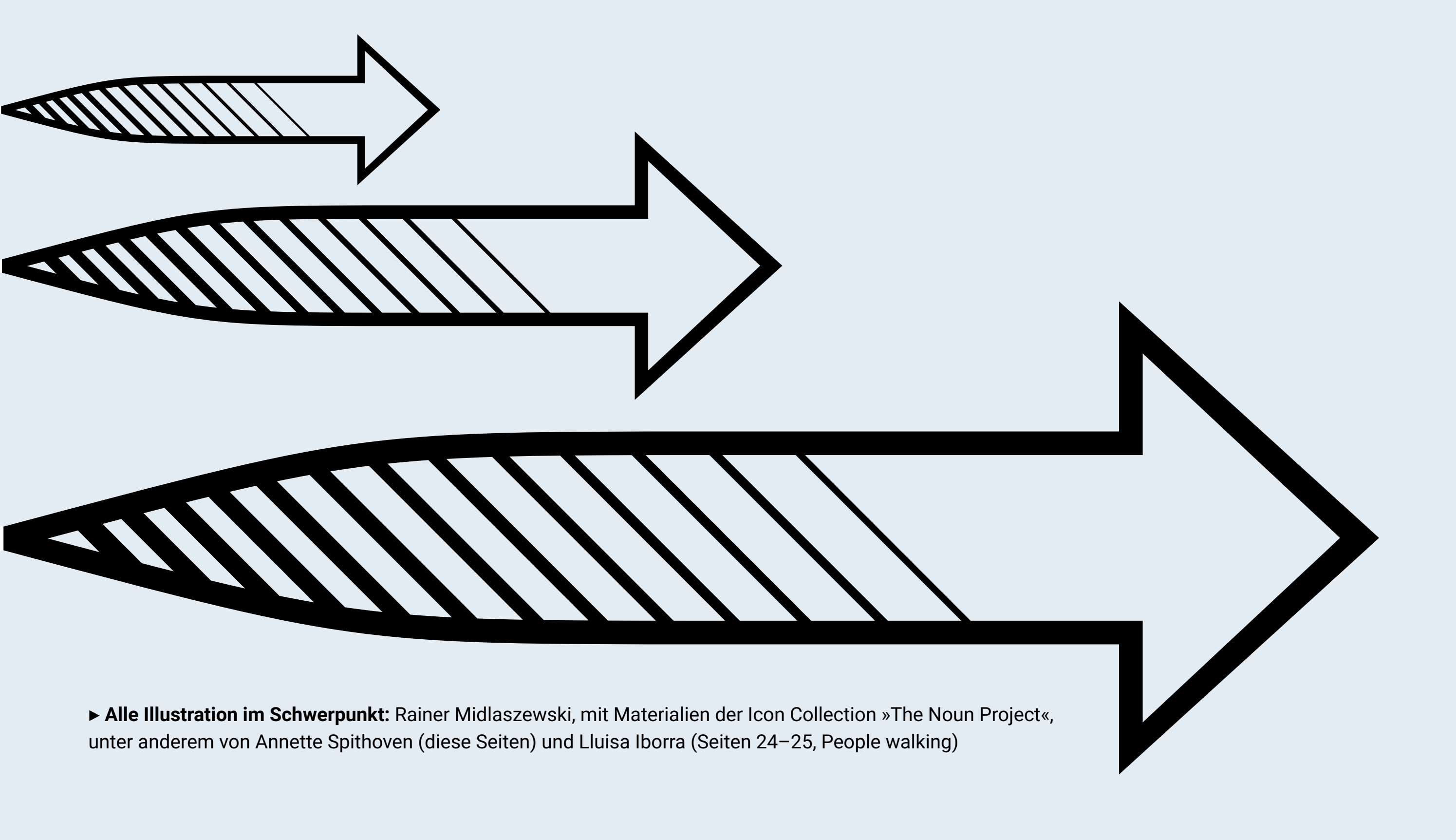
Die Klimabewegung hat seit drei Jahren Millionen von Menschen rund um den Globus mobilisiert. Dabei ist nur zu offensichtlich, dass die bislang von Regierungen präsentierten „Lösungen" der schieren Größe des Problems nicht gerecht werden. Für die Transformation wird Städten von vielen Seiten eine entscheidende Bedeutung zugeschrieben. Auch wenn es nicht gleich ein *Recht auf Stadt for Future* sein muss, erstaunt es dennoch, dass die Debatte um Klimagerechtigkeit in der hiesigen stadtpolitischen Bewegung bislang noch recht wenig Raum bekommt.

Dabei sollte der Griff nach dem Recht auf Stadt nicht abseits, sondern im Mittelpunkt der sozial-ökologischen Transformation stehen. Dieser Beitrag plädiert für eine kritische und selbstbewusste Positionierung der Recht auf Stadt Bewegung in der „Klimafrage": Das Thema darf weder ignoriert noch anderen überlassen oder neben sozialpolitischen Belangen bagatellisiert werden. Stattdessen lautet der Vorschlag, ganz bewusst den Schulterschluss mit jenen Teilen der Bewegungen für Postwachstum und Klimagerechtigkeit zu suchen, die sich antikapitalistisch, queerfeministisch und antirassistisch verstehen.

Dafür braucht es zuvorderst gute Praxis und funktionierende Mobilisierungen, von denen in dieser Ausgabe viel zu lesen sein wird. Doch für den langen Atem ist Theorie und Debatte mindestens ebenso wichtig, da dadurch strategisch sinnvolle Kriterien für die Transformation gesucht und beibehalten werden können. Denn in der Tat gibt es zahlreiche Ansätze der Nachhaltigkeits- und Klimapolitik, die zu Recht aus stadtpolitischen Kontexten heraus dafür kritisiert werden, entweder de-politisierend und herrschaftsblind, technizistisch und marktkonform oder neokolonial und ausbeuterisch zu sein. Nachhaltigkeit kann nicht einfachso an Forderungen an ein Recht auf Stadt „angehängt" werden. Um nicht Gefahr zu laufen, sich hier in Sackgassen zu verrennen, ist eine radikale Auseinandersetzung mit Zusammenhängen von Klimakrise, sozialer Ungerechtigkeit und der Art und Weise, wie wir Städte planen, (um-)bauen und in ihnen leben, vonnöten.

SOZIAL-ÖKOLOGISCHE WIDERSPRÜCHE?

Zunächst heißt es, Konflikte genau zu betrachten: Landauf, landab werden in stadtpolitischen Diskussionen immer wieder ganz bestimmte Widersprüche politisiert, wodurch sozial- und wohnungspolitische Forderungen gegen klimapolitische Ansätze ausgespielt werden – und vice versa. Lokale Konflikte entbrennen zum Beispiel dort, wo die Stadtverwaltungen pauschal x-tausend Wohneinheiten pro Jahr neu bauen wollen, um der Wohnungskrise zu begegnen. Klar geht dies zulasten von innerstädtischen Freiräumen, wertvollem Boden auf der „grünen Wiese" (siehe Beitrag von Rolf Novy-Huy) oder dem verbleibenden CO_2-Budget, weshalb hier medial schnell ein Konflikt zwischen Sozialem und Ökologie herbeiphantasiert wird. Doch bei genauerem Hinschauen wird deutlich, dass der Widerspruch nur ein scheinbarer ist:



▸ **Alle Illustration im Schwerpunkt:** Rainer Midlaszewski, mit Materialien der Icon Collection »The Noun Project«, unter anderem von Annette Spithoven (diese Seiten) und Lluisa Iborra (Seiten 24–25, People walking)

Die Wohnungsnot maßgeblich über noch mehr (renditeorientierten) Neubau lösen zu wollen, verschleiert die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Debatte darüber, wie inmitten der Klimakrise ausreichender und angemessener Wohnraum für alle organisiert werden kann.

Ein Entweder-Oder-Spiel ist auch häufig bei energetischen Sanierungen in Bestandsgebäuden zu beobachten: Eine deutlich erhöhte Sanierungsquote ist für die Einhaltung des 1,5 Grad-Pfades geradezu unabdingbar. Doch die dadurch in Gang gesetzte Aufwertung wird stellenweise instrumentalisiert, um noch höhere Profite zu erzeugen oder ärmere Bevölkerungsgruppen aus bestimmten Stadtvierteln gezielt auszuschließen. Eine mancherorts sichtbare „grüne Gentrifizierung" (siehe Beitrag von Greta Pallaver) ist letztlich jedoch Effizienz- und Wachstumslogik im grünen Gewand, die soziale Ungerechtigkeit reproduziert. Dabei sind Lösungen für die Kombination aus konsequentem Mieter*innenschutz und klimaneutralem Wohnen möglich und machbar – sie sind allerdings nicht auf der gesellschaftspolitischen Agenda, weil Profitinteressen davon berührt wären. Anstatt sich von diesen Interessen gegeneinander ausspielen zu lassen, braucht es einen klaren Blick auf die Gewalt des Wirtschaftswachstums als eine der Wurzeln des sozial-ökologischen Kollapses.



POSTWACHSTUMSSTADT UND GEGEN-HEGEMONIE

Der Begriff Postwachstumsstadt knüpft an die internationale Debatte zu „Degrowth" bzw. „Postwachstum" an, die bereits 1972 mit den „Grenzen des Wachstums" des Club of Rome begann – und sich mit jeder Wirtschaftskrise zu verstärken scheint. Diese Debatte dreht sich um Fragen der sozial und ökologisch gerechten Transformation der Gesellschaft jenseits einer Fixierung auf kapitalistisches Wachstum. Im Französischen wird übrigens der Begriff „Décroissance" verwendet, der die beabsichtigte Intervention gut versinnbildlicht: Er bezeichnet den Rückgang eines Flusses in sein ursprüngliches Flussbett nach einer zerstörerischen Flut. Postwachstum als grundlegende Kritik an der Fixierung am Wirtschaftswachstum speist sich aus unterschiedlichen Strömungen der Gesellschaftskritik – Ökologie, Feminismus, Antikolonialismus, Antikapitalismus, um nur einige zu nennen. Insofern steht „Postwachstumsstadt" für eine intersektionale Kritik an einer wachstumsfixierten Stadtpolitik: Da uns planetare Grenzen gesetzt sind und die Stadtgesellschaften von Ungleichheiten zerrissen werden, müssen wir der Illusion grenzenlosen Wirtschaftswachstums schnellstmöglich entgegentreten.

Entgegen einiger Missverständnisse drückt der Begriff Postwachstumsstadt jedoch nicht *beschreibend* aus, wie es sich in schrumpfenden Gesellschaften oder Städten lebt. Es geht hierbei auch explizit nicht darum, *Verzicht für alle*, ungeachtet sozialer Ungerechtigkeiten und Privilegien, zu fordern. Stattdessen betont die Postwachstumsstadt-Perspektive eine *postkapitalistische* Vision: Es geht um die Repolitisierung und Demokratisierung von stadtgesellschaftlichen Institutionen, von Macht- und Eigentumsverhältnissen. Das omnipräsente Kalkül des ökonomischen Profits – „Rechnet es sich?" – muss dabei zurückgedrängt werden. Die damit assoziierte unternehmerische Stadtpolitik zu überwinden, heißt, den lokalen Staat nicht als einen homogenen Akteur zu sehen, sondern als Terrain der sozialen Kämpfe.

Das bedeutet auch, nicht allein gegen Personen, Unternehmen oder Verwaltungen zu arbeiten, sondern gleichzeitig die dahinterliegende *Hegemonie* des Wirtschaftswachstums aufzudecken und anzugreifen. Hegemonie meint dabei die Herstellung von Ideen und Normalitäten, an die viele Menschen in der Gesellschaft glauben. Die Durchsetzung der Idee, dass eine Stadt ein „konkurrenzfähiges" wachstumsfixiertes Unternehmen sein muss, beruht weniger auf Zwang und Gewalt (auch wenn dies durchaus wichtige Herrschaftsmittel sein können), sondern vielmehr auf der stillschweigenden Zustimmung eines breiten Teils der Gesellschaft. Letztlich wirkt diese Hegemonie deshalb so stabil, weil sie auf unterschiedliche Arten abgesichert ist: Über physische Infrastrukturen, wie Straßen, Parkplätze oder kommerzorientierte Fußgängerzonen; über *mentale Infrastrukturen*[1], wie Vorstellungen von „Freiheit" oder „Entwicklung" und über politisch-rechtliche Infrastrukturen, wie Straßenverkehrsordnung, Bauordnung oder Gemeindefinanzierung.

Für das Problem ursächlich sind also weder individuelle Handlungen noch ominöse „Eliten“ noch ein über allen Dingen stehendes System allein. Vielmehr haben wir es mit der Hegemonie einer zerstörerischen imperialen Lebensweise zu tun. Im Kern müssen daher auch die Kämpfe für eine sozial-ökologische Transformation in der Stadt *gegen-hegemonial* geführt werden, das heißt mittelfristig sowohl materielle als auch politische und mentale Infrastrukturen verändern. Dafür können drei strategische Überlegungen hilfreich sein.

DREI STRATEGISCHE ÜBERLEGUNGEN

Erstens: Niemand muss alles alleine machen. Was sich erst einmal banal anhört, kann ein Schlüssel zu funktionierender Bündnispolitik sein, die durch heterogene Konstellationen auch Widersprüche aushalten kann. Denn erfolgreiche Transformationsbewegungen beinhalten meist die Kombination verschiedener *strategischer Logiken der Transformation*:[2] Einerseits können disruptive und konfliktorientierte Gruppen mit Protesten und Blockaden auf den Bruch mit bestehenden Machtverhältnissen hinarbeiten und Diskurslinien verschieben. Andererseits zeigen Initiativen, wie Hausprojekte, Wagenplätze oder Stadtteilläden, dass in den Rissen und Nischen kapitalistischer Städte schon heute neue Beziehungsweisen möglich und machbar sind. Letztlich ermöglichen symbiotische Politikformen durch kritische Mitwirkung an Beteiligungsprozessen, Lobbyarbeit, politische Praxis in Stadträten oder Bezirksverordnetenversammlungen die politisch-rechtliche Absicherung der von sozialen Bewegungen erstrittenen Erfolge – und die Abwehr neoliberaler oder rassistischer Rollbacks. Diese Logiken der Transformation müssen nicht darauf überprüft werden, welche von ihnen nun richtiger oder erfolgreicher sei. Stattdessen braucht es gemeinsame Orte und Plattformen für strategischen und vertrauensvollen Austausch zwischen Menschen, die ganz unterschiedliche Vorstellungen davon haben können, was „Politik“ eigentlich einschließt. Im Endeffekt kann dieser strategische Pluralismus dazu führen Transformationsarbeit koordiniert zu betreiben und die eigenen begrenzten Kräfte wirkungsvoller einzusetzen.

Die zweite strategische Überlegung lautet, dass Kämpfe für ein Recht auf Stadt nicht nur lokal geführt, sondern auch *translokal* in Bewegung gebracht werden müssen. Im Grunde braucht es emanzipatorische Politikansätze, die mit voller Absicht von einer Stadt in die nächste getrieben werden. Positive Beispiele aus den letzten Jahren waren Beschlüsse zum „Sicheren Hafen“ und zum Klimanotstand in hunderten deutschen Kommunen, aber auch die Einführung von Konzeptvergabeverfahren in vielen Großstädten, die zum Beispiel immer mehr neue Hausprojekte ermöglichen. An sich ist diese Überlegung jedoch nicht neu und gründet letztlich auch auf den Strategien, die in entgegengesetzte Richtung seit Jahrzehnten verfolgt werden: Sowohl „Gefahrengebiete“ als auch „Private-Public-Partnerships“ gründen auf translokalem Erfahrungsaustausch der Akteur*innen eines Urbanismus mit autoritärem bis neoliberalem Antlitz. Für stadtpolitische und wachstumskritische Bewegungen ist vor diesem Hintergrund das kritische Voneinander-Lernen, Aufeinander-Beziehen und Gestalten von Lernprozessen über den eigenen Wirkungskreis hinaus von großer Bedeutung. Dabei darf nicht vergessen werden, dass keine Stadt der anderen gleicht: Solidarische Netzwerke ticken überall anders und auch neoliberale Interessensgruppen unterscheiden sich deutlich. Hier wird also Übersetzungsarbeit dringend gebraucht.

Die Welt gerät aus den Fugen, doch eine sinngebende gesellschaftliche Erzählung dazu fehlt: Wie viel Filme beschreiben das Ende der Welt und wie wenige das Ende des Kapitalismus? Die dritte strategische Überlegung handelt daher von der Notwendigkeit, langfristige Visionsarbeit zu betreiben. Dafür braucht es die Verbindung aus konkreten Utopien, widerständiger Praxis und solidarischen Lebensweisen. Die Bilder und Erzählungen, die das gegenwärtige Vakuum zu füllen vermögen, müssen ein gutes Leben für alle, das nicht auf Kosten anderer Menschen oder des Planeten geht, in ihren Mittelpunkt stellen. Um überzeugend, mitreißend und erstrebenswert zu sein, muss diese Erzählung bei den alltäglichen Sorgen, Nöten und Hoffnungen der Stadtbewohner*innen ansetzen: Wieviele Freiheiten gewinnen wir, wenn Wohnen als Gemeingut organisiert ist und wir für die Miete viel weniger (lohn-)arbeiten müssen? Wie verwirklichen wir eine gesunde und günstige Ernährung aus dem unmittelbaren Umfeld? Unnötig zu ergänzen: Natürlich brauchen diese neuen Erzählungen dringend ein – möglichst kitschfreies – Happy End.

EINE EINLADUNG INMITTEN DER SPANNUNGSFELDER

Diese Überlegungen enden hier gewiss nicht. Ganz im Gegenteil gibt es im Spektrum zwischen Recht auf Stadt, Klimagerechtigkeit und städtischen Postwachstumspolitiken noch viel auszuloten. Immerhin kommen hier einige Spannungsfelder zusammen: Wie können Netzwerke organisiert werden, die lokale Kämpfe planetar vernetzen, wenn das Ganze schon bundesweit kein leichtes Unterfangen ist? Erfolgreiche „Stadt für alle“-Kämpfe leben von zugespitzten Kampagnen – führen 1,5 Grad kompatible Szenarien dann nicht leicht zu Überkomplexität und Überforderung? Wie weit kommen soziale Bewegungen mit gewaltfreier Mobilisierung und in welchen Kontexten kann friedliche Sabotage ein adäquates Mittel sein? Und nicht zuletzt: Auf welche Weise kann Raumnahmen von völkischen Rechten, die wachstumskritische Argumente kapern, begegnet werden? Dieser Text soll als Einladung verstanden werden, diese und weitere Fragen konkret zu beraten. Letztlich braucht es Rat und Tat, damit das Recht auf Stadt auch das Recht auf Leben auf einem bewohnbaren Planeten einschließt.

▸ **Anton Brokow-Loga** ist Aktivist und Stadtforscher. Im Mai 2020 hat er mit dem »Kollektiv Raumstation« das erste digitale »Recht auf Stadt Forum« realisiert. Er lebt in Weimar und ist dort parteiloser Stadtrat. An der Bauhaus-Universität Weimar beschäftigt er sich vor allem mit städtischen Transformationsprozessen. Zuletzt erschienenes Buch: Stadtpolitik für alle. Städte zwischen Pandemie und Transformation (2021, Graswurzelrevolution).

▸ **Weiterlesen: Brokow-Loga/Eckardt (Hrsg.) 2020:** „Postwachstumsstadt. Konturen einer solidarischen Stadtpolitik“, auch online hier: ▹ postwachstumsstadt.de

▸ **Anmerkungen**

1 Ein Begriff, den der Sozialpsychologe Harald Welzer (2011) geprägt hat, um unbewusste Denkstrukturen und kulturelle Praktiken zu beschreiben.

2 In Anlehnung an die Elemente einer Theorie der Transformation von Erik Olin Wright: Wege aus dem Kapitalismus (2017).

ALLE MACHT DEN ZWEIRÄDERN!

Radentscheide und das Revival des Bürgerbegehrens

KRISTIN SCHWIERZ



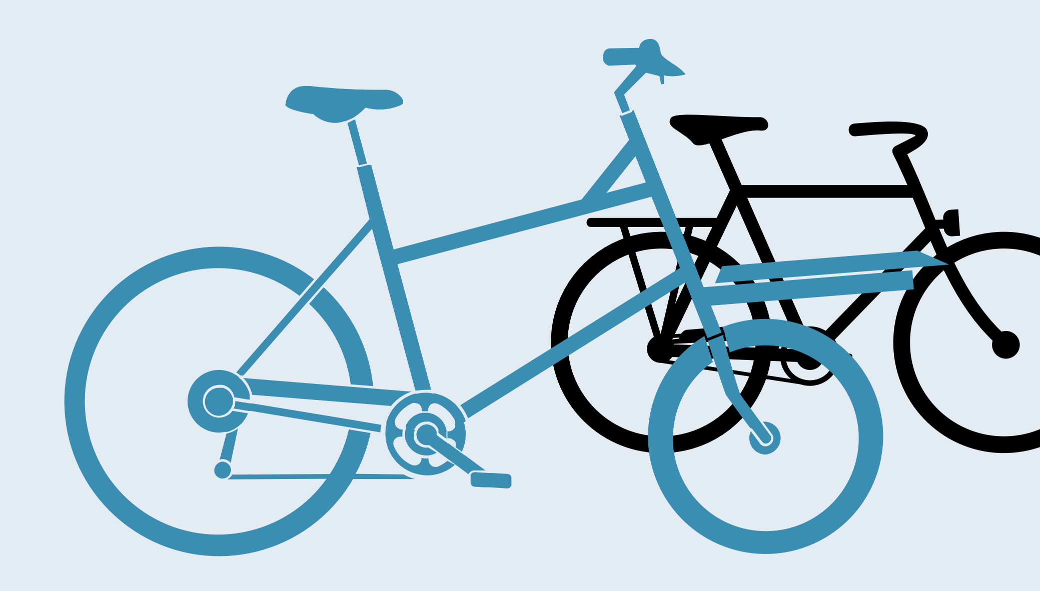
Tritt man in Karlsruhe aus dem Bahnhofsgebäude erscheint rechts ein großes Fahrradparkhaus, vorne die Straßenbahn und – eine autofreie Straße. Essener Hauptbahnhof: Rechts ein meist dicht befahrener Kreisverkehr, der zur Autobahn führt, überall hörbar die vorbeiführende A40, irgendwo vorne ein paar lieblos aufgestellte Fahrradständer. Zwei westdeutsche Großstädte – zwei Verkehrsrealitäten: Im „Fahrradklima-Test 2020" des »Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs« (ADFC) thront Karlsruhe im Ranking der Städte zwischen 200.000–500.000 Einwohner*innen auf Platz 1, Essen belegt bei den Städten ab 500.000 Einwohner*innen Platz 12 von 14. Auf der offiziellen Homepage bezeichnet sich Karlsruhe selbst als „Fahrradstadt" – mit rund 25 Prozent Radverkehr in der Verteilung des Verkehrsaufkommens („Modal Split") sicher nicht völlig zu Unrecht. Auf der Homepage der Stadt Essen rühmt man sich mit 300 Kilometern innerstädtischen Radwegen, zwei Drittel davon kombinierte Fuß- und Radwege oder Fahrradstraßen. Dafür zählt die Stadt rund 1.600 innerstädtische Straßenkilometer. Der Anteil des Radverkehrs am Modal Split: Sieben Prozent.

Es gibt viele Gründe dafür, warum es hier innerhalb Deutschlands ganz unterschiedliche Entwicklungen gibt. Ein ganz maßgeblicher „harter" Grund ist der betonierte Wahn der autogerechten Stadt, der zum Beispiel im Ruhrgebiet besonders brutal umgesetzt wurde. Der Beton steckt dort und anderswo aber auch noch vielfach in den Köpfen. Das Problem ist also ganz klar auch der politische (Un-)Willen der kommunal Verantwortlichen, die die Verkehrswende verschleppen oder blockieren. Und hier passiert gerade etwas Spannendes: In vielen Städten sind die Bewohner*innen nämlich längst weiter. In den letzten Jahren wurde mit den kommunalen „Radentscheiden" vielerorts das Mittel der direkten Demokratie neu entdeckt, um „von unten" politische Entscheidungen zu erwirken – das Bürgerbegehren erlebt einen Boom. Das ist die wirklich gute Nachricht, dazu später mehr.

Es liegt auf der Hand: Ohne Verkehrswende keine Klimawende. Denn die schlechte Nachricht ist: Nach wie vor ist der Autoverkehr, laut Umweltbundesamt, der drittgrößte Verursacher von Treibhausgasemissionen in Deutschland.

In den letzten 25 Jahren sind die CO_2-Werte beim Verkehr demzufolge kaum gesunken. Der sogenannte „motorisierte Individualverkehr“ nahm zwischen 1991 und 2019 um etwa 28,5 Prozent zu. Sein Anteil am Verkehrsaufkommen macht 74 Prozent aus, der Umweltverbund (Fuß-, Rad- und Öffentlicher Nahverkehr) kommt zusammen auf 20,5 Prozent. Die gesundheitsschädlichen Lärmbelastungen in den Städten sind enorm und übersteigen bei Weitem die Zielwerte der Weltgesundheitsorganisation – auch hier muss man nicht lange suchen, das Umweltbundesamt stellt genug Daten bereit.

Dazu kommt ein weiteres großes Problem: Der ungerechte Flächenverbrauch. Ein Parkplatz misst laut »Verkehrsclub Deutschland« (VCD) rund 12 Quadratmeter. Ein PKW steht durchschnittlich 23 Stunden am Tag herum. Das online verfügbare Factsheet „Urbaner Verkehr der Zukunft: sauber und platzsparend“ (2016) des österreichischen Vereins »VCÖ« hat den Flächenverbrauch der verschiedenen Verkehrsmittel einmal beispielhaft ins Verhältnis gesetzt: Wenn 50 Personen auf beliebiger Strecke bewegt werden, benötigten sie demnach in einem durchschnittlich besetzten Pkw (rund 1,3 Personen) zusammen 2.375 Quadratmeter, auf dem Rad 580 Quadratmeter, zu Fuß 50 Quadratmeter. Innerhalb der Städte und Ballungsgebiete werden häufig kurze Strecken von durchschnittlich fünf Kilometern mit dem Auto gefahren, die genauso gut mit dem Rad zurückgelegt werden können.



DIE GUTE NACHRICHT: DER RADVERKEHR IST NICHT AUFZUHALTEN

Dass alles auch anders geht, wenn es die entsprechende flächendeckende Infrastruktur gibt, zeigen die häufig als Referenz herangezogenen Städtebeispiele: Der Anteil des Radverkehrs liegt in Kopenhagen, nach eigenen Angaben der Stadt, bei 28 Prozent, 49 Prozent der Bewohner*innen legen Alltagswege mit dem Rad zurück; in Amsterdam liegt der Radanteil bei 30 und in Münster sogar bei 39 Prozent. Der dänisch-kanadische Stadtplaner Mikael Colville-Andersen zeichnet in seinem sehr lesenswerten Buch „Copenhagenize“ (dt. Ausgabe 2020) detailliert nach, dass die Entwicklung Kopenhagens zur Fahrradstadt einer klaren politischen und planerischen Strategie folgte, die Anfang der 2000er Jahre dem Ausbau des Radverkehrs in der Stadtplanung Priorität gab. Nicht nur hohe öffentliche Investitionen, sondern auch ein transformatives Design waren Grundlage für den Ausbau. Letzteres ist der Grund dafür, warum Kopenhagen weltweit als beispielhaft gilt.

Das Beispiel läutet auch schon die Wende in der Erzählung ein: Denn Fakt ist, dass der Radverkehr in vielen Städten erheblich zunimmt. Vor allem die Corona-Pandemie hat dieser Entwicklung Auftrieb gegeben. Einige Städte haben die Zahlen anhand der Ergebnisse von lokalen Zählstellen ausgewertet. Zwei Beispiele: In Berlin hat der Radverkehr, nach eigenen Angaben, in 2020 im Vergleich zum Vorjahr um 14 Prozent zugenommen, in Köln waren es laut städtischer Homepage 11 Prozent. Die Ergebnisse des offiziellen „Fahrrad-Monitors 2021“ zeigen: 41 Prozent der 14-69-jährigen (vor allem in Großstädten) wollen mehr Rad fahren, 57 Prozent der Befragten fordern von der Politik mehr Radwege zu bauen.

Der Wille bei den Stadtbewohner*innen ist also da. Und sie wollen mehr als nur mit der Pedale abstimmen.

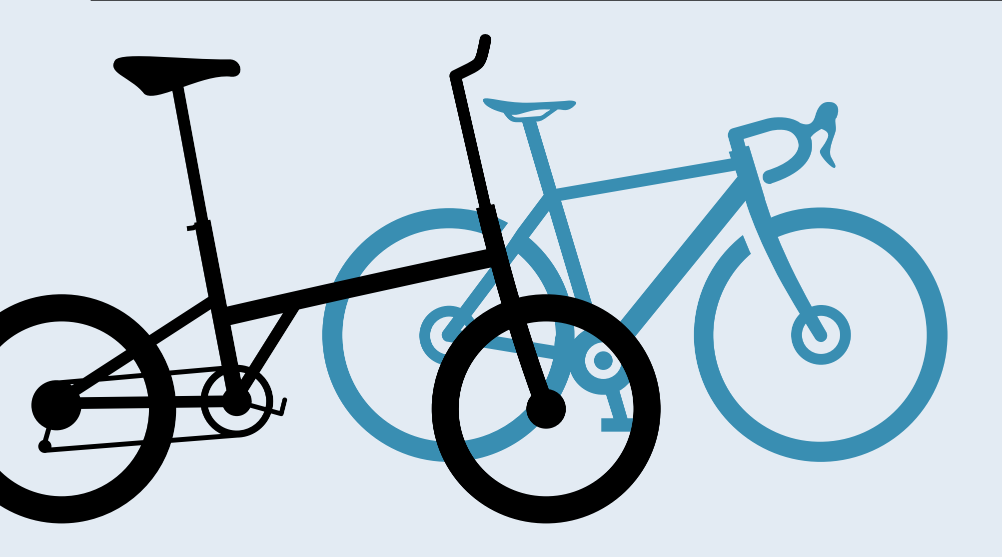
DIE NOCH BESSERE NACHRICHT: DER POLITISCHE DRUCK VON UNTEN WÄCHST

Politische Lobbyarbeit für des Ausbau des Radverkehrs gibt es schon seit Jahrzehnten: Auf Verbandsebene machen der »ADFC« (über 200.000 Mitglieder) und der »VCD« (55.000 Mitglieder) seit vielen Jahren Druck auf verschiedenen Ebenen und betreiben Aufklärungsarbeit. Die weltweite Bewegung der »Critical Mass«, die sich 1992 in San Francisco gegründet hat und bei der sich Radfahrer*innen scheinbar unorganisiert treffen, um durch ihre schiere „Masse“ auf ihre Rechte aufmerksam zu machen, hat inzwischen in zahlreichen deutschen Städten Ableger. Zum Teil sind es jeweils hunderte oder auch schonmal tausende Radfahrer*innen, die an der monatlich stattfindenden Aktion teilnehmen. Dazu kommt eine unüberschaubare Anzahl lokaler politischer Initiativen, Selbsthilfewerkstätten, Communities usw. in großen und kleineren Städten überall im Land.

Eine neue Entwicklung der letzten Jahre gibt dem Druck von unten nun neuen Auftrieb und dem Anliegen einer fahrradgerechten Stadt eine deutlich breitere Basis: Volksinitiativen auf Landesebene und Radentscheide in den Städten nutzen das Mittel der direkten Demokratie und mobilisieren Menschen, die sich sonst politisch eher nicht einmischen, aber sich als Stadtbewohner*innen und Betroffene sehr wohl eine Verkehrswende wünschen.

Den Auftakt machte 2016 der »Volksentscheid Fahrrad« in Berlin, bei dem innerhalb weniger Monate mehr als 100.000 Unterschriften gesammelt wurden. Gemeinsam mit anderen Akteuren verhandelte die Initiative mit dem Senat ein Radgesetz, das im Juni 2018 als Teil des Berliner Mobilitätsgesetzes verabschiedet wurde. Daraus hervorgegangen ist der Verein »Changing Cities«, der bundesweit Radentscheide unterstützt und vernetzt.

In NRW hatte der Kölner Verein »RADKOMM« 2017 die Volksinitiative „Aufbruch Fahrrad“ gestartet, mit dem Ziel den Anteil des Radverkehrs landesweit von acht auf 25 Prozent bis 2025 zu erhöhen. Die Unterschriftenkampagne wurde von rund 210.000 Menschen unterstützt. Im Dezember 2019 stimmte der nordrhein-westfälische Landtag der Volksinitiative in allen Punkten zu, 2021 wurde das Fahrrad- und



Mobilitätsgesetz beschlossen, das Ende Januar 2022 in Kraft trat. Und auch wenn das Gesetz von der Initiative selbst als völlig unzureichend kritisiert wird, feiert sie die Kampagne zu Recht als bisher erfolgreichste Volksinitiative in NRW.

Der Trend zur direkten Demokratie hat seither stetig zugenommen: Seit 2018 haben sich mindestens 50 Radentscheid-Initiativen quer durch die Republik gegründet. Der Verein »Mehr Demokratie« resümiert in seinem letzten „Bürgerbegehrensbericht", dass 2019 bundesweit soviele Bürgerbegehren (konkret: 358) eingeleitet wurden, wie seit vielen Jahren nicht mehr und führt dabei als einen Grund die Radentscheide auf. Bamberg, Kassel, Darmstadt, Stuttgart und Frankfurt a.M. waren 2018 die Vorreiter. Seitdem wurden in mindestens 24 Städten politische Entscheidungen erwirkt, in mindestens sechs Städten steht nach der Abgabe der Unterschriften ein politischer Beschluss an, die restlichen Initiativen sind noch in der Sammelphase oder gerade erst gestartet. Dazu gab es eine weitere landesweite Initiative in Brandenburg („Verkehrswende jetzt!"), die Anfang letzten Jahres 25.000 Unterschriften eingereicht und in einem Kompromiss ein Mobilitätsgesetz erreicht hat.

Die meisten Radentscheid-Initiativen gibt es in kleineren Großstädten, wie Jena, Lübeck oder Koblenz, aber auch Mittelstädte wie zum Beispiel Groß-Gerau, Weimar und Rosenheim sind dabei. Zudem wurde in zehn der 14 deutschen Großstädte über 500.000 Einwohner*innen ein solches Bürgerbegehren gestartet. Vernetzt sind die Radentscheide und Volksinitiativen im Bündnis »BundesRad«.

DIREKTE DEMOKRATIE ALS SCHLÜSSEL ZUM ERFOLG?

Die formulierten Forderungen oder Ziele der Radentscheide ähneln sich meist in zentralen Punkten: Ausbau des Radverkehrs auf den Hauptverkehrsstraßen, sichere Kreuzungen, sichere Fahrradabstellplätze, Schulradwege, Trennung von Fuß- und Radverkehr – und das alles innerhalb eines gesteckten Zeitrahmens. Auch die Organisationsformen sind ähnlich: In der Regel sind es offene Initiativen mit basisdemokratischen Entscheidungsstrukturen, die neben dem Aktivenkreis – zumindest in Großstädten – eine Unterstützerstruktur in der Stadtgesellschaft haben.

Den Ablauf von Bürgerbegehren regeln die jeweiligen Landesgesetze. Je nach Größe der Stadt/Gemeinde variiert das Quorum an benötigten Unterschriften zwischen drei und zehn Prozent der wahlberechtigten Stadtbevölkerung. Alle Radentscheide, bei denen die Unterschriftensammlung abgeschlossen ist, erreichten das Quorum ohne Probleme, viele von ihnen sogar mit weit mehr als den erforderlichen Unterschriften. Wird das Bürgerbegehren nach der Abgabe der Unterschriften für zulässig erklärt, kann ein Bürgerentscheid – eine Abstimmung an der Wahlurne – durchgeführt werden. Fast alle Radentscheid-Initiativen erwirkten aber einen positiven Beschluss im Stadtrat, in der Bürgerschaft oder der Stadtverordnetenversammlung. Bei den abgeschlossenen Verfahren wurde in rund der Hälfte der Fälle das komplette Anliegen des Bürgerbegehrens durch die Mehrheitsfraktionen beschlossen und in der anderen Hälfte wurde ein Kompromiss zwischen Initiative und Politik ausgehandelt.

Als initiierende Bürgerbegehren zielen die Radentscheide darauf ab, Einfluss auf die Politik zu nehmen, also verbindliche Beschlüsse zu erwirken, die konkrete Maßnahmen zur Folge haben. Ob das gelingt, kann nur im Einzelfall betrachtet werden, die Initiativen selbst dokumentieren den jeweiligen weiteren Verlauf nach dem Beschluss leider nicht alle vollständig. Hier zwei Beispiele aus NRW, wo bereits acht Bürgerbegehren durchgeführt wurden (Aachen, Bonn, Essen, Bielefeld, Detmold, Marl, Bochum, Kaarst) und eines gerade startet (Mönchengladbach): In Aachen wurden nach der Einreichung von mehr als 38.000 (!) Unterschriften die Ziele des Radentscheids im November 2019 mit überwältigender Ratsmehrheit beschlossen. Es wurde Personal eingestellt, Pilotprojekte wurden umgesetzt, Vergabeverfahren angestoßen. Die Initiative jedoch resümiert nach zwei Jahren auf ihrem Blog: „Ernüchterung, Unzufriedenheit und Zweifel am Willen zur Umsetzung". Denn das planerische Gesamtkonzept fehlt immer noch. In der Autostadt Essen wurden dem CDU-Oberbürgermeister im August 2020 mehr als 23.000 Unterschriften übergeben, wenig später nahm eine Ratsmehrheit den Radentscheid an, 2021 wurde eine Umsetzungsstrategie beschlossen, 28 Planstellen sollen ausgeschrieben werden. Am letzten Jahresrückblick auf dem Blog der sehr aktiven Radentscheid-Initiative kann man aber ablesen, wieviel Lobbyarbeit und Aktionismus es braucht: Bezirksgruppen, Arbeitskreise, Politikgespräche, Pressearbeit, Bürger*innenbeteiligung, Rad-Demos und mehr.

Ob also nach dem offiziellen Beschluss (so er denn erzielt wird) die Maßnahmen auch wirklich umgesetzt werden oder nicht, hängt immer noch vom Handlungswillen der Verantwortlichen in Politik und Verwaltung ab. Weiterer Druck von unten ist dauerhaft notwendig, damit sich etwas bewegt. Das ist eine große Herausforderung für Initiativen, die sich in der Regel nicht für eine gesamte Legislaturperiode, sondern für eine begrenze Kampagne aufgestellt haben – nicht alle werden das schaffen. Die Radentscheide und Volksinitiativen haben aber bereits jetzt etwas bewirkt: Hundertausende Menschen wurde in den letzten Jahren mobilisiert, die Politik steht an vielen Orten unter erheblichem Erwartungsdruck. Kurz: Es gibt jetzt jede Menge kritischer Masse...

▸ **Kristin Schwierz** ist Común-Redakteurin und hätte – selbst überzeugte Radfahrerin – bis vor einigen Jahren nie gedacht, dass sie mal zur Radaktivistin wird. Seit 2020 engagiert sie sich beim RadEntscheid Bochum.

▸ **Weiterlesen**
▹ changing-cities.org
▹ bundesrad.org

DAS WOHNPROJEKT »ALLMENDE«

Wie beim Thema Wohnen die sozialökologische Transformation mitgedacht werden kann

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT DES ALLMENDE E.V.

In Freiburg und Umgebung ist der Wohnraum knapp und mit einer der teuersten Deutschlands. Als Mietshäuser-Syndikats-Projekt »Allmende« realisieren wir dort trotzdem und gerade deshalb ein sozial und ökologisch wegweisendes Wohnprojekt für 74 Menschen.

Die Suche nach einem geeigneten Bestandsobjekt blieb lange erfolglos. Schließlich war es unter anderem die gute autofreie Anbindung nach Freiburg, die für ein Grundstück in der Gemeinde Gundelfingen entscheidungsgebend war. Anfang Dezember hat unsere stetig wachsende Gruppe aus derzeit 26 Erwachsenen und 15 Kindern es gekauft. 2022 startet die Bebauung. Dort wollen wir zeigen, wie es geht für alle einen ökologischen und sozial verträglichen Lebensraum zu schaffen.

Wir sind überzeugt, dass wir mit »Allmende« einen wichtigen Beitrag zur notwendigen sozialökologischen Transformation – Ökologie im Bau, geringer Flächenverbrauch pro Person, Mehrgenerationalität, Gemeinschaft – leisten und unser Konzept beispielhaft sein kann.

Seit mehreren Jahren arbeiten wir als Gruppe an dem Konzept für »Allmende«. Ein Binnenvertrag sichert, dass bestimmte Standards (Wohnungstauschkonzept, nachhaltige Bauweise etc.) von vornherein gesetzt sind. Alle darauf aufbauenden Entscheidungen werden gemeinsam getroffen. Dafür nutzen wir verschiedene Werkzeuge (z.B. digitale Konsensierungstools), um bei wachsender Gruppengröße effektiv und gleichberechtigt arbeiten zu können.

Insbesondere die folgenden Punkte sind uns dabei wichtig:

1. ÖKOLOGIE IM BAU UND SHARING-KONZEPTE

»Allmende« wird mit einem sehr hohen ökologischen Standard gebaut. Konkret bedeutet das unter anderem: Es wird ein Holzbau mit Energieeffizienzstandard KfW 40 Plus. Unseren Energiebedarf decken wir komplett mit regenerativen Energien. Dach- und Fassadenbegrünung wirken sich positiv auf die bioklimatischen Bedingungen und die lokale Biodiversität aus.

Darüber hinaus möchten wir durch Sharing-Konzepte Ressourcen schonen und Dinge gemeinschaftlich nutzen. Dazu gehören Fahrzeuge genauso wie Haushaltsgegenstände, Werkzeuge und auch Wohnraum. Eine Foodcoop ist eingeplant, die auch für Menschen aus dem Quartier offen sein soll. Gemeinschaftlich sollen hier regional und saisonal, sowie ökologisch und fair produzierte Lebensmittel verpackungsarm bezogen werden.

2. PLATZ FÜR AUSTAUSCH UND BEGEGNUNG BEI GERINGEM FLÄCHENVERBRAUCH

Wir planen einen Mix aus verschiedenen Gemeinschaftsräumen und wollen damit viele „erweiterte Wohnfunktionen" abdecken, die nicht jede*r in der eigenen Wohnung braucht. So sind etwa ein großer Gemeinschaftsraum mit Küche und separatem Esszimmer, ein ruhiger Gemeinschaftsraum, ein Bewegungs- und Veranstaltungsraum sowie gemeinschaftlich genutzte Gäste- und Arbeitszimmer geplant. Auf jedem Stockwerk wird es ein Wannenbad geben, eines davon rollstuhlgerecht. So können in den Wohnungen flächensparende Duschbäder eingebaut werden, ohne dass mensch gänzlich auf eine Badewanne verzichten muss.

Unsere Gemeinschaftsflächen führen nicht zu einem größeren individuellen Flächenverbrauch. Jede Wohnung entspricht von der Größe her dem Sozialwohnungsstandard und gibt von dieser Größe noch mal knapp 20 Prozent der Wohnfläche an die Gemeinschaftsräume „ab" – liegt damit also 20 Prozent unter dem Sozialwohnungsstandard. Konkret bedeutet das rund 50 Quadratmeter für eine Zweipersonenwohnung und circa 92 für eine fünfköpfige Familie. Werden alle Gemeinschaftsräume mitgerechnet, vergrößert sich die nutzbare Fläche auf mehrere hundert Quadratmeter. Beim individuellen Flächenverbrauch liegen wir somit knapp unter 30 Quadratmeter pro Person. Im Vergleich dazu lag die durchschnittliche Pro-Kopf-Wohnfläche in Deutschland im Jahr 2020 bei über 47 Quadratmeter – Tendenz steigend.

Unser Wohnungstauschkonzept sieht vor, dass Menschen die Wohnung wechseln, wenn sich ihr Bedarf verändert. Beispielsweise zieht ein Paar nach dem Auszug seiner Kinder in eine Zweipersonenwohnung und gibt so Raum für Mehrpersonen-Konstellationen frei. So bleibt der Wohnraum für eine beständige Zahl an Menschen und die Mehrgenerationalität des Projekts erhalten.

In unserer Vision dient die individuelle Wohnfläche als persönlicher Rückzugsraum, während ein großer Teil des Lebens in den gemeinsam genutzten Bereichen stattfindet. So möchten wir uns im Alltag gegenseitig unterstützen, füreinander da sein und zum Beispiel an mehreren Tagen in der Woche gemeinsam essen.

3. SOZIALE MISCHUNG

Gut 60 Prozent der Wohnfläche wird sozialer Wohnungsbau sein, ist also insbesondere für soziale Gruppen vorgesehen, die ihren Wohnungsbedarf nicht am freien Wohnungsmarkt decken können. Vier Wohnungen werden für Menschen vorbehalten, die auf einer Wohnungssuchenden-Liste der Gemeinde stehen, dies sind meist Menschen mit Fluchterfahrung. Weitere drei Wohnungen sind rollstuhlgerecht. Für die sozial geförderten Wohnungen ist die maximale Größe pro Person gesetzlich vorgegeben. Auch die frei finanzierten Wohnungen werden diese Größe nicht überschreiten. Bei der Anzahl der Wohnungstypen – von der Ein- bis zur Fünfzimmerwohnung – haben wir uns an dem Ziel eines ausgeglichenen Generationenverhältnisses ausgerichtet.

FINANZIERUNG

»Allmende« wird teilweise über einen Bankkredit, sowie Förderkredite der KfW- und L-Bank finanziert. Eigene finanzielle Mittel sind explizit keine Voraussetzung, um Bewohner*in zu werden. Gleichwohl brauchen wir natürlich „Eigenkapital" für Grundstückskauf und Hausbau. Zu diesem Zweck sammeln wir Direktkredite in Form von Nachrangdarlehen. Dies sind Gelder, die Privatpersonen, Gruppen oder Firmen an »Allmende« unter festen Konditionen (Zinssatz, Laufzeit etc.) verleihen. Gut zwei Drittel des nötigen Eigenkapitals von voraussichtlich 2,3 Millionen Euro konnten wir bisher in Form von Direktkrediten einwerben. Wir freuen uns über alle, die sich entscheiden Geld bei diesem zukunftsweisenden Projekt anzulegen.

▸ **Allmende e.V.:** ▹ allmende-gufi.de

DIE 15-MINUTEN-STADT IN PARIS

Ein kritischer Blick hinter die Kulissen

MARCO CREMASCHI

Der Traum von der 15-Minuten-Stadt war schon in voller Blüte noch bevor es es überhaupt Einschätzungen und Debatten dazu gab. Der Impuls wurde zunächst durch den Lockdown gegeben, der das Bedürfnis nach Nachbarschaft neu aufbrachte, während er gleichzeitig die Spaltung verstärkte zwischen denen, die von zu Hause arbeiten konnten (festgesetzt auf einen 1-Kilometer-Umkreis, einen 15-Minuten-Radius) und den Beschäftigten in Logistik und Versand, die sich sozusagen frei bewegen durften, um die zuhause Festgesetzten zu versorgen.

Nach vorne gebracht wurde der Traum dann von Anne Hidalgo in ihrer Kommunalwahlkampagne 2020 in Paris [bei der sie erneut für Amt der Bürgermeisterin kandidierte – und wiedergewählt wurde; Anm. der Redaktion]; aufgegriffen wurde er alsbald vom Club der C40-Städte[1] und prompt adaptiert von Montreal, Mailand, New York und anderen Städten.

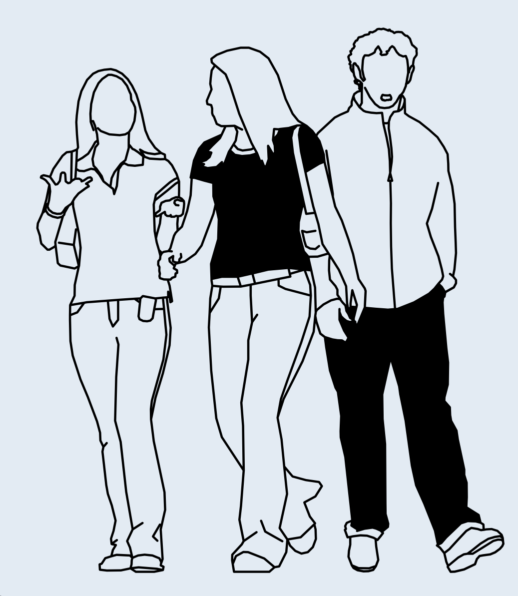
Einer der positiven und couragierten Aspekte ist die Verteidigung einer verdichteten, kompakten Stadt. Nichts wirklich Neues, möchte man meinen. Die Stadt Portland im US-Bundesstaat Oregon hatte bereits in den 2000er Jahren die Ideen von „ganzheitlichen Lebensräumen" und „kurzen Wegen" von der US-amerikanischen Bewegung des „New Urbanism" aufgenommen und als „20-Minuten-Viertel" lanciert, womit die Ideen von Jane Jacobs [New Yorker Stadt- und Architekturkritikerin; Anm. der Red.] aufgegriffen und generalisiert wurden, die sie bereits in den 1960er Jahren entwickelt hatte.

Um diesen erfolgreichen und doch vagen Traum zu verstehen, müssen wir tief unter dem medialen Diskurs schürfen, der nur unscharf vermittelt, worum es bei dem Modell eigentlich geht. Erst kürzlich veröffentlichte der französisch-kolumbianische Forscher Carlos Moreno – ein Verehrer der Smart Cities – das Manifest „Droit de Cité", wenige Jahre nachdem er das Motto der 15-Minuten-Stadt verkündet hatte. (Moreno 2016; 2020) Der abgewandelte Titel ist ein Augenzwinkern in Richtung von Henri Lefebvres Buch „Das Recht auf Stadt," welches nach der späten Übersetzung ins Englische erneut an Einfluss gewonnen hatte. Allerdings fing Lefebvre in den 1970ern den Geist der Revolte gegen das Versagen der industriellen Moderne ein und verteidigte dagegen die Autonomie des alltäglichen Lebens und die Kontrolle über das eigene Schicksal. Sich die Stadt zurückzuerobern ist für Lefebvre gleichbedeutend damit, die Kontrolle über die kollektiven Lebensbedingungen zu übernehmen.

Moreno ist hingegen kein Marxist und macht die Umkehrrechnung: Nähe vervielfacht die Möglichkeiten des Individuums. Die Stadt würde so den Zugang zu ihren wesentlichen Funktionen durch kurze Wege sichern. Die Stadt als Infrastruktur macht es möglich zu leben, zu arbeiten und Zugang zu Nahrungsmitteln, zu Gesundheitsversorgung, Bildung und persönliche Weiterentwicklung zu haben (als hätten Staat und Markt hier keinen Einfluss). Auf bloße Infrastruktur reduziert, ist die Stadt der Funktionalisten weder politisches Subjekt, noch Arena der Leidenschaften, noch Schauplatz von Konflikten. Ein „bohemian dream", meint P. Veltz (2021), aber ein reaktionärer, wenn man ihn mit dem Lefebvres vergleicht.

Eine einigermaßen dichte und trotzdem diverse Stadt, nicht so homogen wie die Schlafstadt und die Geschäftsbezirke des Urbanen Modernismus, würde kurze Wege in kleinen Räumen ermöglichen. Jede funktionale Festlegung riskiert Unvollständigkeit, weil es nicht den allgemeinen Stadtbürger gibt, sondern unterschiedliche Stadtbewohner*innen (die, nebenbei gesagt, nicht alle Bürger*innen sind), denen teilweise Rechte verweigert werden und deren Ansprüche sich auch einander entgegenstehen. Die Stadt der 15 Minuten hingegen spricht von Individuen und Konsument*innen auf einem freien Markt, einer wandelbaren Arena, die leicht auch gegensätzlichen ideologischen Einstellungen Platz bietet. Reduziert ein solcher Ansatz die Stadt nicht zu einer Dienstleistungsplattform?

Das alles ist sehr vage; darüberhinaus ist Nahversorgung alles andere als universell. In Paris und anderen europäischen





Städten sind die materiellen Bedingungen für Nahversorgung bereits wieder vorhanden; in den Peripherien der Metropolen und den meisten Vororten sind sie so unvorstellbar wie im globalen Süden oder der US-amerikanischen städtischen Zersiedelung. In Paris hat sich seit der Ankündigung der Bürgermeisterin wenig getan: Neue Fahrradwege und Schulgärten sind nicht gerade entscheidende Maßnahmen, der Vorschlag regelmäßiger Polizeipatroullien noch weniger. Wissenschaftliche Arbeiten weisen auf den neoliberalen Charakter des 15-Minuten-Modells hin und befürchten, es könne Gentrifizierung das Feld bereiten. Sie kritisieren zudem den Fokus auf kompakte und prosperierende Städte im globalen Norden.

Überdies ist das Angebot geeigneter Arbeitsplätze ein kritischer Faktor. Der gesunde Menschenverstand sagt uns, dass die Chancen auf einen passenden Job sich vergrößern, je weiter man sich von zu Hause wegbewegt, nicht das Gegenteil. Zugleich ist es für viele Menschen fast unmöglich einen Job in ihrem Stadtviertel zu finden.

Seltsamerweise widerspricht Moreno dem größten Projekt, dem sich Paris derzeit widmet: nämlich einem der teuersten öffentlichen Bauvorhaben des Kontinents, welches das U-Bahnnetz der Metropole verdoppeln wird und das verspricht, ferne Vororte anzuschließen und die Bewohner*innen der Metropolregion so näher an einen breiteren Arbeitsmarkt zu bringen.

Tatsächlich verändern die neuen Technologien den Rhythmus der Stadt und Ubiquität ist der neue Trend. Doch digitale Trends sind nicht homogen: Bessere Logistik kann Verkehr reduzieren, selbstfahrende Transportmittel können ihn vergrößern. Welche Auswirkungen das Zusammenspiel divergierender Entwicklungen haben wird, ist alles andere als sicher. Die Beschwörung einer logistischen und zahlenmäßigen Neugestaltung, die so tiefgreifend ist , dass Nahversorgung und öffentliche Dienstleistungen per Fahrrad oder zu Fuß erreichbar sind, ist kein kleines Versprechen. Bislang hat die Stadt wenig dazu beigetragen, der Logistikexpansion etwas entgegenzusetzen während sie Mobilität in traditioneller Weise über Metro- und sonstigen öffentlichen Nahverkehr bearbeitet. Sie plant zudem ein Label, welches lokalen Handel, Produzent*innen und Landwirt*innen begünstigen soll – wieder lediglich eine Politik der Anreize.

DIE STADT DER 15 MINUTEN IST DAS VAGE UND IRREFÜHRENDE VERSPRECHEN, DASS DER DIGITALE WANDEL UNS IN RICHTUNG EINER MENSCHLICHEREN STADT FÜHREN KÖNNE.

Digitalität erscheint als libertäre Ideologie, ein spontaner, harmonischer Verknüpfungspunkt zwischen der fröhlichen Multitude der Hacker und den ländlichen Möchtegerns. Nichts dürfte ferner der Realität sein, in der die GAFA (Mega-Firmen wie Google, Amazon, Facebook und Apple) über Märkte bestimmen, die in schwindelerregendem Tempo wachsen und Produkte und Szenarien für unsere Zukunft herstellen. Wie diese Antreiber virtueller Welten mit der langsamen Stadt der kurzen Wege zusammenpassen sollen, bleibt ein Mysterium. Für den Moment ist Googles Alphabet in Toronto beim ersten Versuch ein eigenes Viertel zu bauen ja noch gescheitert. Es ist noch sogar noch viel ungewisser, wie kompatibel die GAFA mit einer gerechten, demokratischen Stadt sind, in der das soziale Miteinander im Stadtteil zur gemeinschaftlichen Selbstverwaltung führt, so wie im 15-Minuten-Modell erhofft.

Die Stadt der 15 Minuten ist das vage und irreführende Versprechen, dass der digitale Wandel uns in Richtung einer menschlicheren Stadt führen könne. Während es unkritisch den digitalen Wandel feiert, ignoriert es die ernsten Gefahren, die von den IT-Unternehmen ausgehen. Seine mediale und weitverbreitete Attraktivität ist jedoch merklich. Das ist kaum überraschend: Policy-Modelle sind höchst mobil, tauchen schnell in den Programmen von Bürgermeister*innen auf, nur um genauso schnell wieder zu verschwinden. Verblüffender ist ihre Anziehungskraft auf Aktivist*innen, die wahrscheinlich die Betonung auf die Nachbarschaft schätzen. Tatsächlich sind eine nicht-aggressive Umgebung und die Fähigkeit Veränderungen mit zu bewirken, Teil eines Rechts auf Stadt. Jedoch kann der Fokus auf Nähe auch in eine Sackgasse führen – wenn öffentliche Dienstleistungen vermehrt auf ein erweitertes Netzwerk[2] angewiesen sind und der ökologische Wandel die Wiederbelebung einer eher regionalen Herangehensweise an städtische Probleme nahelegt.



▸ **Marco Cremaschi** ist Experte für Stadtpolitik, er arbeitet als Professor an der Urban School der Hochschule »Sciences Po« und ist Fellow am »Institut Convergences Migration« in Paris.

▸ **Übersetzung aus dem Englischen:** Kathi King und Kristin Schwierz

▸ **Anmerkungen**

1 Die »Cities Climate Leadership Group« (C40) ist ein globales Netzwerk von über 80 Großstädten, die städtische Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele des Pariser Abkommens entwickeln. [Anm. der Red.]

2 Zum Beispiel zeigt sich in der Corona-Krise die Abhängigkeit lokaler Gesundheitsdienste von wissenschaftlicher Forschung und dem Austausch zwischen Expert*innen. Sogar die Aufnahme von Geflüchteten und der ökologische Wandel ist abhängig von globalen Netzwerken. Der lokale Maßstab mag eine Antwort auf alltägliche Bedürfnisse bieten, aber ist angewiesen auf solche erweiterten Netzwerke: Die Balance zwischen beiden ist ein politisches Problem, das nicht mit Technologie und Innovationen alleine angegangen werden kann.



ENERGETISCHE SANIERUNG OHNE VERDRÄNGUNG

Warum Klimaschutz und Recht auf Wohnen zusammengehören

GRETA PALLAVER

„Experten warnen vor Mietpreisexplosion wegen Klimaschutz" (Focus Online (26.10.2019), „Verdämmt in alle Ewigkeit"(Spiegel, 1.12.2014): Die Schlagzeilen zum Thema energetische Gebäudesanierung sind selten positiv, häufig jedoch werden dabei Mieter*innenschutz und Klimaschutz gegeneinander aufgestellt. Das liegt am besonderen Schnittpunkt zwischen Klimaschutz und Wohnungspolitik, den das Thema einnimmt.

Energetische Sanierungen sind Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz eines Gebäudes sowie zur Umstellung der Energieversorgung, zum Beispiel durch den Austausch von Heizungsanlagen. Notwendig sind diese Maßnahmen, weil der Gebäudebereich in Deutschland für ein Drittel der energiebedingten CO2-Emissionen sowie für rund 35 Prozent des Endenergieverbrauchs (vor allem Raumwärme und Warmwasserbereitung) verantwortlich ist. Die energetische Gebäudesanierung ist daher eine wichtige Stellschraube, um den Energieverbrauch zu senken. Zugleich ist sie eine notwendige Voraussetzung für die Wärmewende – also den Ausstieg aus Kohle und Gas in der Wärmeversorgung. Der Anteil der erneuerbaren Wärme ist noch sehr gering und lag 2020 bei 15,6 Prozent. Um auf erneuerbare Wärme umzustellen, braucht es technische Umstellungen und somit Baumaßnahmen an den Gebäuden.

Bis 2050 soll Deutschland einen nahezu emissionsfreien Gebäudebestand erreichen, um auf dem Pfad zum 1.5 Grad Ziel des Pariser Klimaabkommens zu bleiben. Davon sind wir jedoch sehr weit entfernt, im Gegenteil: Auf EU-Ebene hat Deutschland seine Verpflichtungen zur Senkung von Emissionen im Gebäudesektor bis 2020 verfehlt und muss nun Emissionseinheiten von anderen EU-Staaten abkaufen.

Zugleich sind in Deutschland je nach Berechnungen zwischen 7,7 und 25,1 Prozent der Haushalte von Energiearmut betroffen. Mit steigenden Energiepreisen dürften es diesen Winter noch mehr werden. Dabei handelt es sich fast ausschließlich um Menschen, die zur Miete wohnen. Ein sanierter Gebäudebestand kann vor Energiearmut und vor den steigenden Energiepreisen schützen, gerade auch in Hinblick auf die CO2-Steuer im Gebäudebereich, die laut aktueller Gesetzeslage ungerechterweise vollständig von den Mieter*innen zu zahlen ist.

PROBLEME BEI DER UMSETZUNG ENERGETISCHER SANIERUNG

Die Umsetzung der energetischen Gebäudesanierung erfolgt in vielen Fällen jedoch weder klima- noch sozial gerecht. Abgesehen davon, dass die Sanierungsrate zu gering ist – sie stagniert seit Jahren um die 1 Prozent – hat sich im Kontext von Mietwohnungen die energetische Sanierung zu einem Instrument entwickelt, das für höhere Mieteinnahmen ausgenutzt werden kann, statt für den Klimaschutz eingesetzt zu werden. Dies geht auf die aktuellen Rahmenbedingungen im Mietrecht zurück.

- Der Paragraph 559 des Bürgerlichen Gesetzbuches sieht vor, dass jährlich bis zu acht Prozent (bis Dezember 2018 waren es noch 11 Prozent) der anfallenden Kosten für Modernisierungen, zu denen energetische Sanierungen gehören, auf die Miete umgelegt werden dürfen. Die daraus resultierende Mieterhöhung sieht keine zeitliche Begrenzung vor. Selbst wenn die baulichen Maßnahmen längst abbezahlt sind, bleibt die Miete auf dieser Höhe erhalten.



- Die Höhe der Umlage orientiert sich nicht an der Effizienz der Sanierungsmaßnahmen – also etwa an den tatsächlichen Energieeinsparungen, die durch die Sanierung erreicht werden – sondern lediglich an den Kosten der baulichen Maßnahmen. Das bedeutet, dass selbst bei schlecht gemachten Maßnahmen, die kaum Energieeinsparungen bringen, die volle Umlage bezahlt werden muss. In vielen Fällen stehen die Mieterhöhungen in keinem Verhältnis zu den eingesparten Nebenkosten bzw. der eingesparten Energie. Das ist nicht in allen Ländern so: In den Niederlanden orientiert sich die Umlage mittels eines Punktesystems an der Energieeinsparung einer Sanierung.

  Dazu kommt, dass Instandsetzungsmaßnahmen, die von den Eigentümer*innen zu finanzieren sind, oft in einem Zug mit Modernisierungsmaßnahmen umgelegt werden.

- Die Sanierungsmaßnahmen müssen nach ihrer Durchführung nicht geprüft oder kontrolliert werden. Wie viel durch energetische Sanierungsmaßnahmen eingespart wird, spielt streng genommen also keine Rolle. Eine Kontrolle und Prüfung der Sanierung gibt es lediglich, wenn öffentliche Fördermittel in Anspruch genommen werden. Allerdings ist der Anreiz Fördergelder zu beantragen, gering. Denn die Antragsstellung ist aufwändig und bürokratisch, während die Renditeerwartung durch die Modernisierungsumlage höher ist.

Diese mietrechtlichen Rahmenbedingungen eröffnen die Möglichkeit, dass besonders teuer, aber oberflächlich oder schlecht saniert wird. Es werden also falsche Anreize gesetzt, die nicht dem Klimaschutz dienen, sondern der Profitmaximierung. Die Folgen: steigende Mieten, finanzielle Last, Verdrängung. Gerade Haushalte mit einem geringeren Einkommen sind auch jene mit einem niedrigeren Energiekonsum. Sie können sich in vielen Fällen die Miete nach einer Sanierung nicht leisten und müssen umziehen oder mehr bezahlen, als sie an Energie einsparen. Proportional werden also einkommensschwache Haushalte benachteiligt, obwohl sie am wenigsten für die Energieemissionen verantwortlich sind.

KLIMAGERECHTIGKEIT UND RECHT AUF WOHNEN GEHÖREN ZUSAMMEN

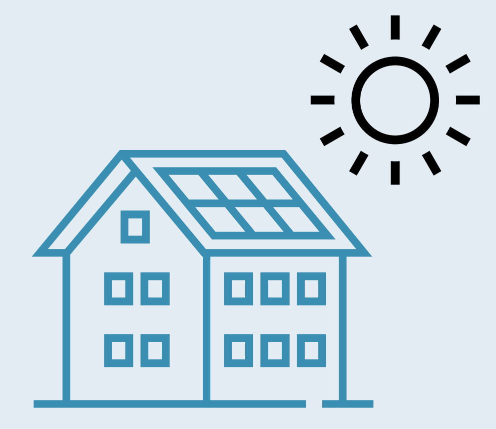
Klimaschutz und Mieter*innenschutz werden vor allem von der Wohnungswirtschaft gern gegeneinander ausgespielt. Klimaschutz wird als Treiber von Baukosten dargestellt oder als Argument vorgezogen, um höhere Mieten zu rechtfertigen. Auf der anderen Seite wird Schutz für Mieter*innen mit falschen Klimaschutz-Argumenten kritisiert. So wurde beispielsweise der 2020 in Berlin eingeführte und mittlerweile wieder gekippte Mietendeckel als Bremse für den Klimaschutz dargestellt. Ohne höhere Mieten gäbe es kein Geld für Investitionen in das Klima, so das Narrativ. Dabei geben Wohnungskonzerne den Großteil ihrer Einnahmen für den Zukauf neuer Anlagen aus statt für die Instandsetzung und Modernisierung ihres Bestandes.

Es ist also wichtig, diesen Diskurs zu enttarnen. Nicht die energetische Sanierung ist verantwortlich für die Wohnungskrise oder die Mietenexplosion. Der Verdrängungsmotor ist die Wohnungspolitik und ein System, in dem Wohnraum als Ware gehandelt wird. Instrumente, die dem Klimaschutz dienen sollen, werden in diesem System ausgenutzt. Doch klimagerechtes Wohnen darf kein Luxus sein, sondern Bedingung für angemessenen Wohnraum und eine solidarische Stadt, gerade auch in Hinblick auf Energiearmut.

GUTE BEISPIELE

Hannover, Hintere Schöneworth: Die Wohnungsgenossenschaft WOGE Nordstadt e.G. in Hannover wurde in den 1980er-Jahren mit dem Ziel gegründet, eine Alternative zu den traditionellen Trägern von Sanierung und Modernisierung zu werden und preiswerten Wohnraum zu erhalten. 2016 wurden die Sanierungsarbeiten an der Hinteren Schöneworth 23 abgeschlossen. Neben einer Gaseinsparung von circa 52,7 Prozent konnten monatlich 0,74 Euro pro Quadratmeter je Wohnfläche Heizkosten eingespart werden. Die Nettokaltmiete betrug durchschnittlich 4,83 Euro pro Quadratmeter und wurde nach der Modernisierung nicht erhöht. Dabei kam der Genossenschaft ein Kredit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sowie ein Zuschuss vom proKlima-Altbauförderprogramm zu Hilfe.

Gießen, Eichgärtenallee 110: Die kommunale Wohnbau Gießen GmbH sanierte zwischen 2015 und 2018 drei in den 1960er-Jahren gebaute Hochhäuser mit 144 Wohnungen nahezu auf Passivhaus-



standard. Die Endenergie konnte von 254 Kilowattstunden pro Quadratmeter im Jahr 2006 auf 24 Kilowattstunden pro Quadratmeter im Jahr 2017 reduziert werden. Die Heizkosten wurden mindestens halbiert. Die Mieter*innen wurden durch Absprachen, Abfragen und bei Versammlungen in die Bauarbeiten miteinbezogen. Eine Ombudsstelle wurde eingerichtet zur Vermittlung zwischen Mieter*innen, Bauarbeiter*innen und Wohnbau Gießen GmbH.

Die Kosten wurden zu 5,7 Prozent auf die Miete umgelegt, allerdings wurde die Warmmiete von anfänglichen 6,05 Euro auf 6,30 Euro gedeckelt und blieb somit annähernd warmmietenneutral. Die Kostendeckelung war durch öffentliche Zuschüsse von der KfW und dem Land Hessen möglich.

Die Beispiele zeigen, dass sozial gerechte Sanierungen möglich sind, wenn sie von immobilienwirtschaftlichen Mechanismen entkoppelt werden. Die Änderungen der aktuellen Rahmenbedingungen, allen voran die Abschaffung der Modernisierungsumlage und die Koppelung an die tatsächlichen Energieeinsparungen, sind erste Schritte in diese Richtung. Doch darüberhinaus braucht es eine Veränderung hin zu einem System, in dem weder Wohnraum noch Klimaschutz als Ware gehandelt werden. Eine sozial-ökologische Transformation erfolgt klima- und sozial gerecht und stellt die sozialräumlichen Dimensionen von umwelt- und stadtpolitischen Instrumenten in den Mittelpunkt. Deshalb gehören Klimaschutz und Recht auf Wohnen zusammengedacht.

▸ **Greta Pallaver** ist in klima- und wohnungspolitischen Kontexten aktiv. Dieser Beitrag ist eine gekürzte und aktualisierte Version der 2019 erschienenen Broschüre „Sanierung ohne Verdrängung. Energetische Gebäudesanierung zwischen Klimakrise und Recht auf Wohnen" aus der Reihe „Analysen" der RosaLuxemburg Stiftung.

SOLIDARISCHE POSTWACHSTUMSSTADT WIEN

Ein Gegenentwurf für sozial-ökologische Stadtpolitik

PEDRAM DERSCH, MAX HOLLWEG UND LISETTE VON MALTZAHN (GRUPPE »DEGROWTH VIENNA«)

Wien ist international bekannt für historische sozialpolitische Errungenschaften. Trotz umfassender neoliberaler Umwälzungen in europäischen Städten, insbesondere durch die Privatisierung vormals öffentlicher Güter, behielt Wien sozial und ökologisch bedeutende Infrastrukturen (Wohnraum, Energieversorgung, Mobilität, Gesundheit, Fürsorge u.a.) zu großen Teilen in kommunalem Besitz oder unter kommunalem Einfluss. Doch auch in der von 1,9 Millionen Menschen bewohnten österreichischen Hauptstadt spitzen sich die Klimakrise und sozialpolitische Verteilungskämpfe zu. Die seit Jahrzehnten regierende Sozialdemokratie reagiert im Angesicht der Vielfachkrisen passiv und negiert den wesentlichen Zusammenhang klima- und sozialpolitischer Interventionen.[1] Trotz des vergleichsweise großen kommunalen Einflussbereichs werden kaum Privilegien von Kapital- und Industrie eingeschränkt – die vermeintlichen Fortschritte sind ambivalent. So gab es von 2010 bis 2020 unter grüner Regierungsbeteiligung mühevoll erkämpfte Restrukturierungen des öffentlichen Raums (Fußgängerzonen, Rad- und Fußwege) und eine neue Widmungskategorie für geförderten Wohnbau, die den Einfluss von Marktprinzipien einschränkt. Gleichzeitig wurde jedoch an neuen Mega-Straßenprojekten festgehalten. Mit der seit Ende 2020 regierenden Koalition von SPÖ und der neoliberalen Partei NEOS startete die Stadt zudem eine PR-Kampagne mit dem Titel „Klimamusterstadt“, in der versucht wird, umweltzerstörerische Projekte wie den Lobautunnel grün zu waschen. Ähnliche Entwicklungen sehen wir im Bereich Wohnen. Trotz der oft gepriesenen Politik des sozialen Wohnbaus in Wien – rund 50 Prozent der Wiener*innen wohnen in sozialem Wohnbau[2] – stiegen die Mietpreise im privaten Sektor zwischen 2008 und 2016 um mehr als 53 Prozent,[3] während Haushaltseinkommen nur einen Zuwachs von 22 Prozent verzeichneten. Bei aktuellen wohnungspolitischen Interventionen zeigt sich die Stadt ebenso kaum handlungsfähig, unter anderem nachdem NEOS bei einem SPÖ-Vorstoß eine lange geforderte Leerstandsabgabe als „schweren Eingriff in Eigentumsrechte“ ablehnte.[4] Zugleich setzt die Stadtver-



waltung seit mehreren Jahren konzeptuell auf eine „Scheinlösung“ (wie Anton Brokow-Loga in Común #5 formulierte) – die Smart City – und entwickelte eine Rahmenstrategie, die in ihrer Problembetrachtung hoch relevante Themen wie Grenzen des Wachstums, ökonomische Machtverhältnisse oder globale Klimagerechtigkeit nicht aufgreift. Diese Rahmenstrategie ist zudem sehr breit gefasst und eignet sich unterschiedliche hochpolitische historische Errungenschaften (Gemeindewohnungen u.a.) an, die hier als „smart“ bezeichnet werden und damit sozial-ökologische Stadtentwicklung als apolitische technische Frage erscheinen lassen.

Die Stadt Wien bleibt insgesamt dem Paradigma des Grünen Wachstums verhaftet. Die Ungleichverteilung von Ressourcen, Vermögen und Macht wird nicht problematisiert, Profitinteressen bleiben der Bewahrung natürlicher und sozialer Lebensgrundlagen übergeordnet. Die Utopie einer solidarischen Postwachstumsstadt hingegen kann entlang folgender drei Ziele gezeichnet werden:[5] 1. Globale ökologische Gerechtigkeit, die keine Kosten in Raum und Zeit externalisiert, 2. Ein gutes Leben für alle, im Sinne von sozialer Gerechtigkeit, Demokratie und Selbstbestimmung, 3. Wachstumsunabhängigkeit und damit eine Gesellschaft, die nicht auf Wirtschaftswachstum angewiesen ist, um zentrale Strukturen und ihre Funktionen zu reproduzieren.

KÄMPFE VERBINDEN: GEMEINSAM GEGEN DAS WACHSTUMSPARADIGMA

Um dieser Utopie näher zu kommen, braucht es einen Paradigmenwechsel in der Stadtpolitik, der einen Bruch mit technokratischen Stadtentwicklungsparadigmen bedeutet. Ein solcher Paradigmenwechsel basiert entscheidend auf Aktionen und Handlungen Sozialer Bewegungen und zivilgesellschaftlicher Akteur*innen. Es gibt viel zu tun, die Krisen sind vielfältig und wurden insbesondere durch die Pandemie verschärft. Hier braucht es Strategien, die einander bestärken und ergänzen. Die Vision einer solidarischen Postwachstumsstadt verdeutlicht die Verbindung zentraler Kämpfe und macht es möglich, verschiedene Strategien zueinander in Beziehung zu setzen. Stehen soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit als die Maxime für Stadtpolitik an erster Stelle, erscheint die Utopie einer guten Stadt für alle erreichbar.

Am Beispiel des Kampfes für eine Transformation des Mobilitätssystems der Klimagerechtigkeitsbewegung im weiteren Sinne lässt sich zeigen, wie für das Erreichen des gemeinsamen Zieles – einer Stadt mit weniger Flächen für den motorisierten Individualverkehr und mehr autofreiem öffentlichen Raum, Fahrradinfrastukturen und leistbaren und zugänglichen öffentlichen Verkehrsmitteln für alle – unterschiedliche Strategien und demokratische Handwerkszeuge angewandt werden. Die Initiative »Platz für Wien« versuchte durch Petitionen, umfangreiche Informationsverbreitung und mit konkreten Reformvorschlägen eine verkehrssichere und klimagerechte Stadtplanung zu erstreiten. Allein durch ihre Präsenz im öffentlichen Raum und die vielen Unterschriftensammler*innen erreichten sie eine breite Sichtbarkeit, ihre Forderungen schafften es teilweise



sogar in das Koalitionspapier der neuen Stadtregierung. Doch in ihrer Gesamtheit wurden die Forderungen von politischer Seite weitestgehend abgeblockt und die Petition als demokratisches Instrument de facto ignoriert. Die Chance auf einen demokratisch breit legitimierten Paradigmenwechsel, auf eine grundlegend andere Verkehrspolitik, wurde ein weiteres Mal bewusst vertan.

Eine andere Strategie wählten die Besetzer*innen der Baustellen eines Mega-Straßenprojekts rund um den geplanten Lobautunnel. Das breite Bündnis »#Lobaubleibt« von Gruppen aus der Umwelt- und Klimagerechtigkeitsbewegung sucht aktiv den Bruch mit der bisherigen Verkehrspolitik. Ihre klare Forderung: Die geplanten und teilweise schon begonnenen Bauarbeiten sofort stoppen, keine weiteren Straßen bauen und stattdessen die öffentlichen Verkehrsmittel ausbauen. Ein erster Teilerfolg ist bereits erzielt. Im Rahmen eines Evaluierungsverfahrens – das ohne die langjährigen Proteste wohl nicht stattgefunden hätte – wurde die Genehmigung für den Bau des Tunnels unter dem Lobau-Nationalpark entzogen. Die Regierung Wiens möchte an den Straßenprojekten festhalten, doch der Widerstand ist groß. Hier könnte ein richtungsweisender Bruch mit der bisherigen Verkehrs- und Infrastrukturplanung bevorstehen, in der bislang mächtige Wirtschaftsinteressen und die politische Ökonomie der Auto-Abhängigkeit[6] politische Entscheidungen prägen.

DIE SOLIDARISCHE POSTWACHSTUMSSTADT WIEN

Den Weg zur solidarischen Postwachstumsstadt verstehen wir von »Degrowth Vienna« daher als ein Mosaik an Strategien. Während eine Vielzahl von Akteur*innen mit unterschiedlichen Strategien und in verschiedenen Rollen an einem systemischen Wandel hin zu sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit arbeiten, bleiben diese Kämpfe aber noch allzu häufig getrennt voneinander oder werden sogar gegeneinander ausgespielt. Um diese zueinander in Beziehung zu setzen und Akteur*innen, die in Wien bereits am Wandel arbeiten, zusammenzubringen, organisieren wir die Workshopreihe „Solidarische Postwachstumsstadt Wien". Diese soll den Prozess einer gemeinschaftlichen Wissensproduktion von Wiener Aktivist*innen und Wissenschafter*innen anstoßen. Im Fokus steht dabei einerseits die Kritik an den destruktiven sozialen und ökologischen Auswirkungen des Wachstumszwangs auf relevante Bereiche in Wien und andererseits die Identifikation wesentlicher Hebelpunkte und daraus hervorgehender Strategien für eine sozial-ökologische Transformation Wiens.

Gleichzeitig sind wir aktuell gemeinsam mit anderen aktivistischen Gruppen und Kollektiven Teil eines lokalen Kampfes um selbstorganisierten Raum. Bis Ende 2020 waren wir gemeinsam Nutzer*innen der Räumlichkeiten der Initiative »Althangrund für Alle«, die sich für eine solidarische Stadt für alle einsetzt. Während diese Zeilen geschrieben werden, wird der Auszug aus den aktuellen Räumen an der Akademie der Bildenden Künste vorbereitet, nachdem uns trotz einjährigen Verhandlungen mit der Universität deren Unterstützung und Räume entzogen wurden. Der kollektive Raum war die Basis der Arbeit diverser Initiativen, es war ein Raum des Austausches und der Vernetzung, des Feierns und der nachbarschaftlichen Interaktion. Die Suche nach solch wichtigen alternativen Räumen gestaltet sich schwierig, während auf dem Gelände, in dem sich die aktuellen Räume befinden, tausende Quadratmeter in staatlicher Hand leerstehen.

▸ **Pedram Dersch, Max Hollweg und Lisette von Maltzahn** sind bei Degrowth Vienna aktiv. Das Kollektiv arbeitet an Ideen und Strategien für radikale Transformation hin zu ökologischer und sozialer Gerechtigkeit.

▸ **Weiterlesen**
Platz für Wien
▹ mosaik-blog.at/platz-fuer-wien-petition
Althanggrund für alle
▹ 4lthangrund.jetzt/4lthangrund

▸ **Anmerkungen**

1 **Die Armutskonferenz, ATTAC Österreich und Beigewum [Hrsg.]** (2021) Klimasoziale Politik: Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten, bahoe books Wien
2 ▹ **wien.gv.at**/presse/hintergrund/wohnbau
3 ▹ **mietmonitor.wien**
4 ▹ **ots.at**/presseaussendung/OTS_20211110_OTS0173/neos-wienarapovic-leerstandsabgabe-ist-kein-teil-des-wiener-regierungsprogramms
5 **Schmelzer, Matthias & Vetter, Andrea (2020):** Stadt für alle jenseits des Wachstums – Was kann die Stadtforschung aus der Degrowth-debatte lernen? Postwachstumsstadt, oekom verlag München.
6 **Mattioli, G., Roberts, C., Steinberger, J. K., & Brown, A. (2020):** The political economy of car dependence: A systems of provision approach. Energy Research & Social Science, 66, 101486.

DIE GRUPPE »DEGROWTH VIENNA«

»Degrowth Vienna« ist eine Gruppe von jungen wissenschaftlichen Aktivist*innen, deren Entstehung auf die Organisation der Konferenz »Degrowth Vienna 2020« zum Thema Strategien für sozial-ökologische Transformation zurückgeht. In Folge haben wir uns auf vielfältige Weise speziell mit dem Thema Strategien und Degrowth beschäftigt und ausgetauscht. Mit unserem neuen Projekt „Solidarische Postwachstumsstadt Wien" wollen wir diese Diskurse auf Wien-Ebene bringen und das transformatorische Potential der Postwachstumsperspektive am konkreten Beispiel erkunden.

Die Postwachstumsperspektive ermöglicht es, die unvermeidliche Verknüpfung von Kämpfen um soziale Gerechtigkeit mit denen um ökologische Nachhaltigkeit zu erkennen und lokale Kämpfe im Kontext der übergeordneten, globalen Themen zu verorten, bezugnehmend auf die Analyse der „imperialen Lebensweise".[1] Um das gute Leben für alle innerhalb planetarer Grenzen denkbar zu machen, brauchen wir auch neue Narrative und Bilder. Wesentliches Ziel unseres Projektes ist es daher auch, eine Utopie der solidarischen Postwachstumsstadt Wien zu skizzieren und damit der Frage näherzukommen, was eine sozial-ökologische Transformation Wiens bedeuten kann.

»Degrowth Vienna« will langfristig eine Plattform bieten, auf der strategische Diskussionen zur sozial-ökologischen Transformation Wiens stattfinden und Wiener Aktivist*innen, Wissenschafter*innen und andere Akteur*innen sich vernetzen können. Die starke Verflechtung unseres Kollektivs mit Wissenschaft, Aktivismus und unterschiedlichen Wiener Institutionen ermöglicht es uns, die Postwachstumsperspektive in diverse lokale Diskurse zu bringen. Schwerpunkt dabei wird das Aufzeigen von Potenzialen der Stadtpolitik Wiens jenseits wachstumszentrierter, neoliberal geprägter Stadtentwicklung sein und die Einforderung notwendiger sozial-ökologischer Transformation.

▸ **degrowthvienna.org**

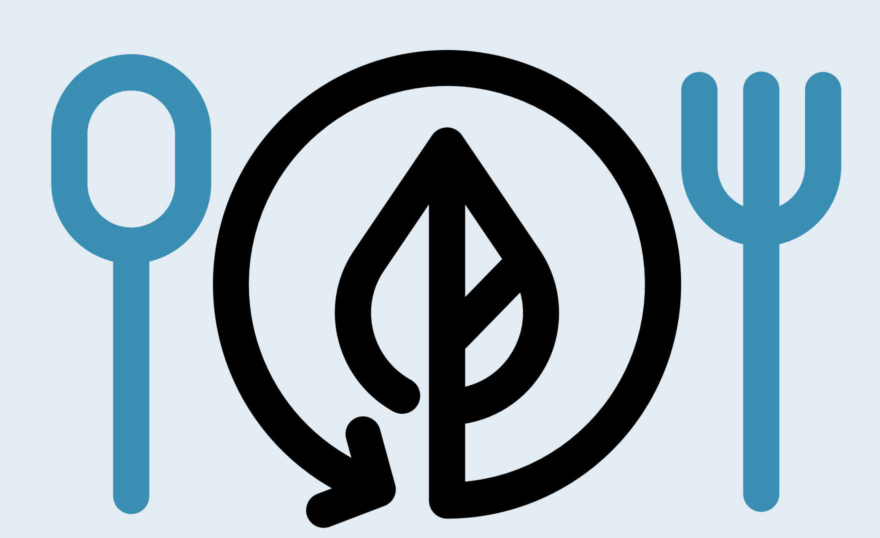
▸ **Anmerkungen**

1 **Brand, Ulrich (2020):** Sozial-ökologische Transformation konkret – Die solidarische Postwachstumsstadt als Projekt gegen die imperiale Lebensweise Postwachstumsstadt, oekom verlag München.

GESUNDES ESSEN IN DER STADT?

Wie eine Ernährungswende gestaltet werden kann – am Beispiel Leipzig

KATRIN HÜNSCHE



Zu Beginn der Corona-Pandemie führten Hamsterkäufe zu teilweise leeren Supermarktregalen. LKWs steckten vor allem in den Grenzregionen eine gefühlte Ewigkeit im Stau. Es fühlte sich surreal an in einer Welt einkaufen zu gehen, die sonst im Überfluss lebt.

Gleichzeitig offenbaren sich in der Corona-Pandemie vielschichtige Probleme bei der Versorgung mit alltäglichen Lebensmitteln: In den letzten Jahren haben Supermärkte ihre Ladenflächen zunehmend vergrößert, sind aber an immer weniger Standorten verfügbar. Dadurch wird die Nahversorgung destabilisiert und ist insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen, die an den Stadträndern leben, schwerer zugänglich. Zusätzlich ist infolge intransparenter Wertschöpfungsketten für kaum jemanden mehr nachvollziehbar, wie unser Essen produziert wird, wie viel die Landwirt*innen auf den Feldern während der Ernte verdienen und wie sich die Preise letztlich zusammensetzen. Eine Beziehung zwischen Produzent*innen und Konsument*innen ist praktisch nicht vorhanden.

An dieser Stelle kommen Ernährungsräte ins Spiel. Diese Netzwerke bestehen aus Akteur*innen der Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik. Ihren Ursprung hatten Ernährungsräte 1981 an der Universität in Knoxville (USA). Darüber hinaus etablierte sich ein solches Netzwerk 1990 im kanadischen Toronto, bevor Anfang der 2000er Jahre in Großbritannien sogenannte Food Policy Councils die breite Öffentlichkeit erreichten. Erst im Frühjahr 2016 entstanden die ersten Ernährungsräte in Deutschland, nämlich in Köln und Berlin. Inzwischen gibt es hierzulande 59 Ernährungsräte, wovon etwa die Hälfte noch im Gründungsprozess steckt. Im Mai 2019 hat sich der Ernährungsrat Leipzig mit einem gleichnamigen Verein gegründet.

Eine aktuelle Untersuchung der Martin-Luther-Universität Halle ergibt, dass auf 1.838 Hektar stadteigenen, landwirtschaftlichen Flächen knapp 20 Prozent des Obst- und Gemüsebedarfs für alle Leipziger*innen produziert werden könnte. Auf sämtlichen Flächen im Stadtgebiet, das heißt 9.723 Hektar, wären es sogar über 90 Prozent.[1] Leipzig zählt inzwischen zu den am schnellsten wachsenden Städten Deutschlands, gleichzeitig sind laut kommunalem Quartalsbericht (IV 2020) 22,7 Prozent der Leipziger*innen armutsgefährdet. Das vergleichsweise geringe Durchschnittseinkommen führt zu einer sozialen Ungleichheit, deren Bewältigung eine große Herausforderung darstellt. Und diese überschneidet sich mit einem der wichtigsten Ziele des Leipziger Ernährungsrats: der Ernährungssouveränität.

Dieses Konzept, das erstmals 1996 durch die transnationale Bewegung »La Via Campesina« auf dem UN-Welternährungsgipfel erwähnt wurde, zielt auf einen gerechteren Zugang zu Land und Wasser ab. Damit sollen eine faire Verteilung von Land und Boden gewährleistet und die Biodiversität geschützt werden. Als Fundament der tatsächlichen Ernährungssicherheit erhalten Menschen somit das Recht auf faire Produktion, Verteilung und Konsum von Nahrung ebenso wie eine basisdemokratische Mitbestimmung. Die Ziele des Ernährungsrats Leipzig, wie sie im Rahmen meiner Interviews von den Beteiligten genannt wurden, sind beispielsweise:

- die Förderung der lokalen Kreislaufwirtschaft durch den Einsatz einer ökologischen, nachhaltigen und sozial fairen landwirtschaftlichen, regionalen Produktion,
- die Unterstützung von Akteur*innen der regionalen Wertschöpfungsketten und der Einsatz für faire Arbeitsbedingungen und erfolgreiche Produktvermarktung,
- der Austausch und die Vernetzung mit Akteur*innen des lokalen Ernährungssystems,
- die Schaffung eines Think Tanks als Ort, an dem Wissen zu ernährungsspezifischen Themen gebündelt wird, und Akteur*innen sich austauschen, vernetzen, beraten und weiterbilden können rund um das Thema „gutes Essen für alle“,
- die Förderung der demokratischen Teilhabe und die Möglichkeit, das lokale Ernährungssystem mitgestalten zu können.

Bereits seit 2016 arbeiten Vertreter*innen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Kultureinrichtungen, Vereinen und kommunale Verwaltung an einem gemeinsamen Konzept zur „Essbaren Stadt". Hierzu gehören primär der Anbau von Lebensmitteln im öffentlichen Raum, das heißt Flächen, die bedingungslos allen Menschen zur Verfügung stehen, oder öffentliches Grün, auf dem bereits diverse Früchte und Kräuter wachsen und wo über entsprechende Erntemöglichkeiten informiert wird. Des Weiteren ist der Ernährungsrat Leipzig seit 2021 an der Ausarbeitung eines städtischen Landwirtschaftskonzepts beteiligt und erarbeitete hierfür einen Kriterienkatalog für die Verpachtung landwirtschaftlicher Flächen.

Neben insgesamt rund 30 Bildungs- und Gemeinschaftsgärten gehören rund sieben Solidarische Landwirtschaften (SoLawi) zum Ernährungsrat, die sich überwiegend am östlichen Stadtrand befinden. In SoLawis schließen sich Menschen zusammen, die sich für eine lokale Ernährungssouveränität einsetzen. Sämtliche Risiken (wie Ernteausfälle) und Kosten werden innerhalb des von ihnen gegründeten landwirtschaftlichen Betriebes gemeinsam getragen und die Ernte fair untereinander aufgeteilt. Die Mitgliedsbeiträge finanzieren über ein jährliches Abo langfristig die Gemeinschaft und im Voraus alles Notwendige für einen agrarökologischen Landwirtschaftsbetrieb – vom Saatgut bis hin zur fairen Entlohnung der Gärtner*innen.

In Leipzig konnten also bereits eine Vielzahl von Projekten (neben den Genannten auch FoodCoops, Marktschwärmereien usw.) realisiert und das Netzwerk des Ernährungsrats Leipzig erweitert werden. Die lokale Ernährungspolitik erreicht jedoch auch Grenzen, da bislang die Zuständigkeiten auf nationaler und globaler Ebene liegen. Ungeachtet der zunehmend lauteren Rufe nach staatlicher Einmischung haben Städte bislang „keinen signifikanten Einfluss auf die eigene Versorgung […] und keine Möglichkeiten, das eigene städtische Ernährungssystem zu gestalten"[2] (Stierand, 2012, S. 4). Derzeit erarbeitet die Stadt ein Landwirtschaftskonzept, das unter anderem vom Ernährungsrat kritisch begleitet wird, um beispielsweise eine verbesserte Verfahrensweise zur Vergabe von Cateringleistungen der Kita- und Schulverpflegung zu erreichen. In der Vollversammlung des Ernährungsrats unter dem Motto „Gutes Essen für Alle" im Juni 2020 wurde unter anderem über einen Kriterienkatalog für die Verpachtung landwirtschaftlicher Flächen diskutiert, der wahrscheinlich in diesem Landwirtschaftskonzept berücksichtigt wird. Darüber hinaus entsteht in Taucha westlich von Leipzig mit der »Kooperativen Landwirtschaft« (KoLa) eine der größten solidarischen Landwirtschaften Europas auf derzeit 35 Hektar Fläche. Diese kann bereits 650 Haushalte wöchentlich versorgen. Ziel ist hier die Versorgung von 1.000 Haushalten.[3] Und: Leipzig ist DIE Stadt der Schrebergärten – auf über 39.000 Parzellen mit einer Gesamtfläche von etwa 1.240 Hektar gibt es 278 Kleingartenvereine. Entsprechend bietet sich hier weiteres Austausch- und Vernetzungspotential zur Selbstversorgung mit Obst und Gemüse.

OBWOHL DIE KOMMUNEN NICHT VERPFLICHTET SIND, DIE ERARBEITETEN STRATEGIEN UMZUSETZEN, KANN ES EINEN GEWISSEN DRUCK „VON UNTEN" AUSLÖSEN, DASS SICH IM BISHERIGEN ERNÄHRUNGSSYSTEM ETWAS VERÄNDERN MUSS.

Im „Integrierten Stadtenwicklungskonzept Leipzig 2030" spielt das Thema Ernährung bislang keine Rolle, obwohl die Stadt sich seit 2009 Nachhaltigkeit und Klimaschutz auf die Agenda gesetzt hat. Auch im kommunalen Sofortmaßnahmenprogramm zum Klimanotstand 2020 greift das Thema noch immer zu kurz, obwohl das bisherige konventionelle Ernährungssystem ein erheblicher Verursacher für den Klimawandel ist und die Auswirkungen auf lokaler Ebene spürbar sind.

Erste deutsche Städte, wie Köln und Berlin, haben in den letzten Jahren eine kommunale Ernährungsstrategie zusammen mit Bürger*innen erarbeitet. Leipzig hat mit großen kommunal verfügbaren Flächen, diversen Gemeinschaftsgärten, SoLawis usw. das Potential, diesen Beispielen zu folgen. Die Strategien wurden zusammen mit vielen Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft erarbeitet, es bietet sich hier also die Möglichkeit, einen solchen Teilhabeprozess so divers und breit gefächert wie möglich zu gestalten. Obwohl die Kommunen nicht verpflichtet sind, die erarbeiteten Strategien umzusetzen, kann es einen gewissen Druck „von unten" auslösen, dass sich im bisherigen Ernährungssystem etwas verändern muss.

Doch um eine Ernährungsstrategie zu erarbeiten oder das Thema Ernährung in anderen strategischen Konzepten zu berücksichtigen, bedarf es neben den finanziellen Ressourcen zusätzlich politischen Willen. Seit Juli 2021 ist ein Klimaschutzreferat in der Leipziger Stadtverwaltung angesiedelt. Hier könnte das Thema Ernährung stärker berücksichtigt werden. Der Ernährungsrat Leipzig kann dabei eine wichtige Schnittstelle sein, um die Stadtverwaltung zu beraten und Wissen an relevante Akteur*innen zu vermitteln.

▸ **Katrin Hünsche** studierte Urbanistik an der Bauhaus-Universität Weimar. Durch ihr Interesse an gesunder Ernährung und der Vielzahl an Gemeinschaftsgärten in Leipzig hat sie sich in ihrer Masterthesis mit der sozial-ökologischen Transformation des Ernährungssystems am Beispiel des Ernährungsrats Leipzig auseinandergesetzt.

▸ **Weiterlesen**

▹ **ernaehrungsrat-leipzig.org**

▹ **Philipp Stierand:** Speiseräume. Die Ernährungswende beginnt in der Stadt, 2014, oekom-Verlag

▹ **Valentin Thurn, Gundula Oertel, Christine Pohl:** Genial lokal. So kommt die Ernährungswende in Bewegung, 2018, oekom-Verlag.

▸ **Anmerkungen**

1 **Hubatsch, Carl (2020):** Potentiale und Perspektiven der landwirtschaftlichen Selbstversorgung in der Region Leipzig. Masterarbeit. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

2 **Stierand, Philipp (2012):** Food Policy Councils: recovering the local level in food policy, in: Viljoen, André; Wiskerke, Johannes S. C. (Hg.): Sustainable Food Planning. Evolving Theory and Practice. Wageningen, S. 67–78

3 **https://ernaehrungsrat-leipzig.org**/neues-aus-den-solawis; Zugriff: 04.01.2022

BODEN IN DER STADT. DIE QUADRATUR DES KREISES?

Ein Widerspruch in den guten Absichten

ROLF NOVY-HUY

Eigentlich funktioniert das alles nicht! Wir benötigen mehr Grün und Wasser in den Städten, um dem Klimawandel entgegenzuwirken. Deshalb müssen wir Flächen entsiegeln und mehr Grün schaffen. Gleichzeitig hören wir jedoch einen ständigen Ruf nach mehr Flächen. Im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP steht die Forderung nach 400.000 neuen Wohnungen pro Jahr (davon 100.000 öffentlich geförderte Wohnungen). Die Industrie ruft nach mehr Gewerbegebieten.

Die Forderung nach mehr offenen, versickerungsfähigen Flächen, um Grundwasser zu speichern und Überschwemmungen vorzubeugen, greift allerdings viel zu kurz. Vielmehr geht es auch um die Abkühlung durch Pflanzen als Gegenmaßnahme zum Klimawandel, die CO²-Speicherungsfähigkeit von Humus, Biodiversität, das Filtern von Staub und um den Erholungsfaktor insbesondere für die Stadtbewohner*nnen. Andererseits rufen auch Freund*innen der Nachhaltigkeit nach mehr Eisenbahnen, Fahrradwegen und Windkraftanlagen. Auch die sind aber mit weiterer Flächenzerstörung verbunden.

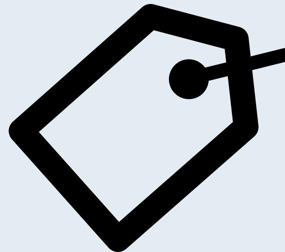
Die Erreichung des Ziels der Bundesregierung, bis 2030 den Verbrauch von Siedlungs- und Verkehrsflächen auf 30 Hektar zu reduzieren, kann ebenso angezweifelt werden. Derzeit liegt laut Statistischem Bundesamt der Verbrauch bei ca. 52 Hektar pro Tag. Bis 2050 wird eine Flächenkreislaufwirtschaft angestrebt, das heißt, es sollen dann netto keine weiteren Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke beansprucht, sondern nur Brachen oder durch Abrisse entstandene Flächen in eine neue Nutzung gelangen. Analog zu den geforderten Fristverkürzungen in der Klimadebatte muss auch hier unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit eine Fristverkürzung und die Forderung nach einer Null-Hektar-Versiegelung stehen.

FLÄCHENNUTZUNG ALSO DOCH EINE QUADRATUR DES KREISES?

Für sich gesehen erscheinen fast alle Forderungen sinnvoll: Wohnungen werden in den Ballungsräumen benötigt. Gewerbeflächen schaffen Arbeitsplätze, Radwege tragen zur Mobilitätswende und Windkraftanlagen zur Energiewende bei. Und trotzdem: Wenn unsere Gesellschaft so weiter agiert, bauen wir das Land bald vollständig zu. Global betrachtet liegt Deutschland in einer Zone mit (noch) ausreichenden Regenfällen und guten Bodenverhältnissen. Trotzdem „verwüstet“ Deutschland zunehmend – wir zeigen dann aber lieber mit dem Zeigefinger auf Brasilien und Indonesien, die ihre Regenwälder abbrennen.

Es braucht neue Wege, neue Lösungen, eine neue „Denke“: Warum nehmen wir die Radwege nicht, soweit möglich, dem motorisierten Verkehr weg? Siehe die PopUp-Fahrradwege in Berlin. Warum





werden keine innerstädtischen Parkplätze in überdachte Fahrradabstellplätze umgebaut? Warum sind fast alle Gewerbebauten einstöckig und die Parkplätze nicht auf dem Dach oder unter der Erde? Warum reden wir von der Innenentwicklung in den Städten, weisen aber neue Baugebiete für Einfamilienhäuser aus? Warum gibt es nicht mehr und durchsetzungsfähigere Instrumente im Baugesetzbuch, um gegen Missbrauch und Spekulation vorzugehen? Warum sind Planungen so geregelt, dass auf Veränderungen und Aktualität nicht mehr eingegangen werden kann? Und nicht zuletzt: Warum entscheidet der meistbietende Investor zum Schluss über die Nutzung und nicht die Stadtgesellschaft? Die Widersprüche sind nicht aufzulösen, aber neben dem Mut zu neuen Wegen und dem Schaffen neuer gesetzlicher Instrumente benötigen wir auch die Erkenntnis, dass das Ringen um die Nutzung des Bodens eine zutiefst demokratische Frage ist.

BODEN IST EIN GEMEINGUT

Wenn der Klimawandel einen positiven Effekt hat, so den, dass ein Bewusstsein dafür heranwächst, dass es Fragen jenseits jeglicher Nationalstaatlichkeit und jenseits jeden Eigeninteresses gibt. Klima ist ein Gemeininteresse, und das Klima, im weiteren Sinne natürlich die Natur als Ganzes und auch der Boden, ist ein Gemeingut. Die Silbe „Gemein" beinhaltet aber auch, dass über ein solches Gemeingut auch nur gemeinsam entschieden werden kann.

Aber was heißt denn gemeinsam? Haben wir in unserer parlamentarischen Demokratie nicht alles aufs Beste geregelt? Wer entscheidet wirklich? Der Stadtrat über einen abstrakten und allgemein gehaltenen Bebauungsplan? Die Bau-Verwaltung nach der umgebenden Bebauung? Der Baustadtrat nach eigenen Vorlieben? Die Nachbarn, die alles gutheißen, so lange es nicht bei Ihnen entsteht? Um über das „Gemeingut Boden" demokratisch zu entscheiden, benötigen wir neue Instrumente in unserem demokratischen Gefüge. Das betrifft sowohl die Frage der Zusammensetzung von Gremien als auch die Fähigkeit, Entscheidungen inhaltlich und zeitlich flexibler an Veränderungen anzupassen.

1. Demokratie wagen – alle Beteiligten an einen Tisch holen: Wir benötigen Planungsinstrumente, die – bei allem Verständnis für die Einbindung aller Träger (öffentlicher) Belange – eine Abänderung aufgrund der aktuellen Bedürfnisse zulässt.

Bei der Entscheidung um den Ausstieg aus der Kohle oder bei der Zukunftskommission Landwirtschaft wurden gute Erfahrungen damit gemacht, alle Betroffenen an einen Tisch zu holen. So ist es in diesen Gremien offensichtlich gelungen, tragfähige Kompromisse zu erreichen. Gleichzeitig befördern solche Instrumente eine breite gesellschaftliche Diskussion des Themas.

2. Politikwandel ermöglichen: Sinnvolle Dinge nachhaltig umzusetzen ist nur möglich, wenn die Bevölkerung sie mitträgt. Das Verständnis dafür zu wecken, ist nicht allein Aufgabe der Politik. Hier sind die Zivilgesellschaft und Organisationen außerhalb des Politikbetriebs gefordert, ehrlich und herausfordernd Stellung zu beziehen. Gesetze werden dann folgen, wenn die gesellschaftliche Stimmung den Boden dafür bereitet hat. Den Mut zur Umsetzung muss dann aber die Politik selbst finden. Ohne eine klare Vision, ein Zukunftsbild, wird das nicht möglich sein.

3. Entscheidungen umsetzen: Gesetze müssen umgesetzt werden. Wenn eine Straßenbauverwaltung in NRW Bedenken, äußert eine für Stahltransporte gebaute Brücke könnte Schaden nehmen, wenn eine der vier Spuren für Fahrradfahrer reserviert wird, ist das, vorsichtig ausgedrückt, nicht mehr nachvollziehbar. Somit geht der Ball wieder an die Politik zurück. Vom Wählerwillen über das Parlament bis zu Behördenleiter*innen und zu den letzten Sachbearbeiter*innen müssen die „neuen Bilder" und demokratisch gewollten Veränderungen durchgesetzt werden. Was in Paris und Barcelona möglich ist, verhindert die deutsche Bürokratie und die Angst vor der Zukunftswende?

Einfach sind sie nicht, die beschriebenen Wege. Aber hier und da ein Programm oder ein Förderzuschuss bringen uns nicht wirklich weiter. Die Klimadiskussion zeigt, dass wir die Kreislaufwirtschaft benötigen, aber auch, wie hart der Weg dorthin ist. Eine Quadratur des Kreises ist es allerdings nicht. „Nur" eine Frage des Willens.

BEISPIELE DER VERÄNDERUNG

Der Community Land Trust (CLT) ist eine Konstruktion aus dem anglo-amerikanischen Raum. Die Verfügung über den Boden wird darin mit einer Gewaltenteilung erreicht. Über ein Siedlungsprojekt entscheiden zu je einem Drittel die Bewohner*innen, die Nachbar*innen und neutrale, übergeordnete Institutionen. Umsetzungsinstrument ist das Erbbaurecht. Durch die Drittelparität wird sowohl der Projekt-Egoismus verhindert als auch die Fremdbestimmung durch die Nachbarschaft. Die „Neutralen" sind



die vermittelnde Instanz. Praktisch kann man sich das gut an einem Neubaugebiet, aber auch an der Umnutzung zum Beispiel ehemals industriell genutzter Flächen vorstellen. Die Vereinbarungen im CLT können unterschiedlich getroffen werden. So findet man in den USA eher ein Konstrukt der Gewinnbegrenzung beim Verkauf, die es einkommensschwächeren Bevölkerungsteilen ermöglicht den Kaufpreis aufzubringen.[1] In Deutschland wäre der anti-spekulative Aspekt bzw. die Nutzung für oder durch sozial benachteiligte Gruppen vielleicht stärker. Europaweit gibt es inzwischen eine ganze Reihe von Initiativen, die diesen Gedanken vorantreiben.

Die Stiftung trias, in Hattingen (Ruhr) wurde 2002 gegründet und hat sich in ihrer Satzung der Verhinderung von Spekulation mit Grund und Boden sowie der Schonung von Grünland verschrieben. Auch die Stiftung arbeitet über das Erbbaurecht. Zusätzlich wird über die Zweckbindung auch eine Sicherung der Immobilie für den ursprünglich vorgesehenen Zweck (zum Beispiel Atelier und Wohnen) erreicht. Obwohl sie sich als Community Land Trust versteht, ist die Drittelparität nur schwer umsetzbar. Bei Einzelhaus-Projekten fehlt es an der engagierten Nachbarschaft, die sich mit Zeit und Engagement einbringen würde. Vorgesehen ist jedoch, dass neben dem Vorstand auch die benachbarten Projekte der Stiftung mitentscheiden. Die „Neutralen" sind das Kuratorium, welches aus Fachleuten und Projektvertreter*innen besteht.

Über eine fast 20-jährige Arbeit sind in der Stiftung inzwischen 47 Projekte aufgenommen worden, rund 912.000 Quadratmeter Land „freigekauft" und weitere 23 Immobilien einer sozial-ökologischen Nutzung zugeführt worden. Die Erträge aus den Grundstücken fließen über die Gemeinnützigkeit zurück in die Gesellschaft.

BEST PRACTICE: EXROTAPRINT GGMBH IN BERLIN-WEDDING

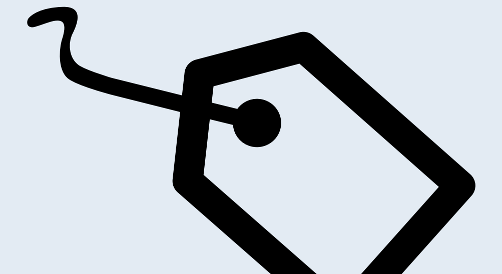
Warum Projektaktive sich bewusst dafür entscheiden, das Bodeneigentum in die Hand von Stiftungen zu geben, erläutern sie auf ihrer Homepage: „Um den von uns verhandelten und erzielten Kaufpreis gegen Spekulationsgewinne abzusichern und unsere Arbeit an dem Projekt »ExRotaprint« abzusichern, hat sich das Projekt entschieden ein Erbbaurecht mit den Stiftungen trias und Edith Maryon einzugehen. Der 99-jährige Erbbaurechtsvertrag mit den Stiftungen wurde am 3. September 2007 unterzeichnet und ist bis 2106 gültig. Beide Stiftungen arbeiten an einem neuen Umgang mit Grund und Boden und sind daher ideale Partner für unsere profitferne Projektentwicklung."

Im Erbbaurechtsvertrag ist festgehalten, dass je ein Drittel der Nutzfläche für Künstler*innen und Kreativgewerbe, für gemeinnützige Institutionen und für gewerbliche Zwecke genutzt wird. Bis heute ist »ExRotaprint« ein Beispiel für eine engagierte, zivilgesellschaftliche Stadtentwicklung. Gute Kontakte ins Quartier sorgen für einen Ansatz, der die Gentrifizierung verhindern soll.

EIN „BODENRAT"

In Basel wurde 2016 über eine Volksabstimmung entschieden, dass kommunaler Boden nicht mehr verkauft, sondern nur noch im Erbbaurecht vergeben wird. Über die Vergabe entscheiden nach wie vor die städtischen Gremien. Wäre das für Deutschland nicht ein Ansatz, „mehr Demokratie zu wagen" und Demokratie weiterzuentwickeln? Zusammengesetzt aus Vertreter*innen von Politik, Verwaltung und Quartiersvertreter*innen sowie neutralen Vertreter*innen wäre im kommunalen Bereich die Gründung von Bodenräten möglich, welche über das „nicht vermehrbare Gut des Bodens" entscheiden. Boden nur noch im Erbbaurecht abzugeben, wird inzwischen von den Städten zunehmend als sinnvolle Vorgehensweise akzeptiert.

Ein Bodenrat, der transparent und nachvollziehbar entscheidet, wäre ein Schritt den Boden als Gemeingut zu behandeln. Man käme damit im Übrigen der Rechtsauffassung des Bundesverfassungsgerichtes nach, das sich 1967 grundsätzlich zum Inhalt der Eigentumsgarantie und ihrer Einschränkbarkeit in Bezug auf das Grundeigentum geäußert und diese Auffassung bis heute mehrfach bestätigt hat: „Die Tatsache, dass der Grund und Boden unvermehrbar und unentbehrlich ist, verbietet es, seine Nutzung dem unübersehbaren Spiel der freien Kräfte und dem Belieben des Einzelnen vollständig zu überlassen; eine gerechte Rechts- und Gesellschaftsordnung zwingt vielmehr dazu, die Interessen der Allgemeinheit beim Boden in weit stärkerem Maße zur Geltung zu bringen als bei anderen Vermögensgütern. Der Grund und Boden ist weder volkswirtschaftlich noch in seiner sozialen Bedeutung mit anderen Vermögenswerten ohne weiteres gleichzustellen; er kann im Rechtsverkehr nicht wie eine mobile Ware behandelt werden."



▸ **Rolf Novy-Huy** (*1957) ist gelernter Bankkaufmann. Nach 20-jähriger Tätigkeit in deutschen Großbanken wechselte er zur GLS Gemeinschaftsbank eG und war dort zwölf Jahre lang für die Finanzierung gemeinschaftlicher Wohnprojekte zuständig. Zehn Jahre kommunalpolitische Erfahrung sowie aus dem Beruf aufgebaute Kenntnisse hinsichtlich Rechtsformbildung und Gemeinnützigkeit setzt er seit 2002 in der Geschäftsführung der Stiftung trias in Hattingen ein.

▸ **Anmerkungen**

1 **Horlitz, Sabine** (2017): Community Land Trusts in den USA

▸ **Weiterlesen**

▹ exrotaprint.de
▹ neue-bodeninitiative.ch
▹ stiftung-trias.de

DIE STRUKTUR DER STIFTUNG TRIAS

Die Gründung erfolgte nicht zuletzt als Selbsthilfeinstrument für gemeinschaftlich organisierte Wohnprojekte. Gründungsgruppen sollten mit Fachliteratur, einem Berater*innen-Netzwerk und möglichst auch finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Zusätzlich kam der Ruf nach einem „Bodenträger" hinzu. Die Stiftung war als Rechtsform geeignet, Grundstücke ins Vermögen aufzunehmen und dauerhaft dem Markt zu entziehen.

Heute kann die Stiftung mit über 200 Stifter*innen auch als „Bürgerstiftung" bezeichnet werden. Die beiden zusätzlichen Ziele „Ökologie und Boden" werden aktuell über eine Offensive unter der Bezeichnung „Faktor Wohnen" in die Öffentlichkeit getragen. Boden- und Wohnnutzung fängt bei der Grundstücksfrage an, aber auch beim Erhalt von Bausubstanz (graue Energie), den eigenen Wohnraumansprüchen sowie dem Teilen von Flächen und Ressourcen und sie endet bei den nachwachsenden Rohstoffen.

Mit 74.500 Euro gestartet, sieht sich die Stiftung trias heute bei knapp 30 Millionen Euro Eigenkapital als ein Instrument der Gemeinwohlökonomie. Das spiegelt sich auch in der Tatsache, dass sie vermehrt Schenkungen und Erbschaften erreichen, um Häuser „in gute Hände zu geben".

MEHR WERDEN!

Einblicke in den Maschinenraum der Kampagne »Deutsche Wohnen und Co. enteignen« – Ein Interview mit Judith und Leonie von der Sammel-AG

INTERVIEW: HANNES STROBEL

Der Erfolg der Berliner Initiative »Deutsche Wohnen und Co. enteignen« (DWE) hat weltweit Furore gemacht. Etwa 60 Prozent der wahlberechtigten Berliner*innen stimmten beim Volksentscheid am 27. September 2021 für eine Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne. Der Weg dorthin war lang und steinig. Zunächst mussten in zwei Phasen Unterschriften gesammelt werden. In der ersten Sammelphase waren es 20.000. Deutlich mehr Unterschriften, nämlich 77.000, kamen zusammen. In der zweiten Sammelphase – den vier Monaten von April bis Juni 2021 – galt es 175.00 Unterschriften zu sammeln. Auch diese Marke wurde mit 350.000 deutlich überschritten. Es folgte ein intensiver Wahlkampf mit Kundgebungen, Straßenaktionen und Haustürgesprächen, der schließlich zum fulminanten Triumph beim Volksentscheid führte. Möglich war das alles nur, weil es gelang viele hundert Aktive zum Mittmachen zu motivieren. Die Strategie hinter diesem Organisierungserfolg hat sich die Sammel-AG der Kampagne ausgedacht. Mit den beiden Aktiven Judith und Leonie hat Hannes Strobel darüber gesprochen.



Was ist die Sammel-AG und was ist eure Aufgabe in der Kampagne?

Judith: Die Sammel-AG ist eine der sechs Arbeitsgruppen der Kampagne. Derzeit besteht ihr Kern aus zehn bis 15 Leuten. Die AGs übernehmen verschiedene Querschnittsaufgaben in der Kampagne. Zum Beispiel ist die Aktions-AG für Kundgebungen und Demos zuständig, die Öffentlichkeits-AG für Pressearbeit und Social Media und so weiter. In der ersten Sammelphase hatte sich die Sammel AG noch als die Gruppe verstanden, die selbst die nötigen Unterschriften sammelt. Aber in der zweiten Sammelphase haben wir ja viel mehr Unterschriften benötigt. Das kannst du nicht mit zehn oder 20 Aktiven stemmen und auch nicht mit ein paar mehr Leuten aus der Kampagne drum herum. Sondern es war klar, wir müssen uns eine berlinweite Struktur überlegen, die das stemmen kann.

Leonie: Unser Konzept ist letztlich voll aufgegangen. Es sah vor, das Sammeln in vier Säulen zu organisieren. Erstens Sammeln am Arbeitsplatz oder an der Hochschule. Letzteres ist wegen Corona leider weggefallen. Zweitens die großen Bündnispartner wie Mieterverein, Gewerkschaften und Parteien, die einige Unterschriften beigesteuert haben. Drittens die Gelegenheitsaktivist*innen, die wir mit Hilfe unserer App gut einbinden konnten. In die App wurden hunderte Sammelaktionen eingestellt, an denen man sich niedrigschwellig und spontan beteiligen konnte. Und viertens – die wichtigste Säule – unsere eigenen Strukturen. Wir wollten von Anfang an nicht „nur" Unterschriften sammeln, sondern Menschen politisieren und nachhaltige Strukturen aufbauen.

Wie sehen die Strukturen aus, die ihr aufgebaut habt und wie habt ihr das gemacht?

Judith: Uns war klar, die Unterschriftensammlung in der zweiten Phase muss dezentral funktionieren. Es ging darum, überall in Berlin Anlaufstellen zu schaffen, damit Leute eigenständig losziehen können zum Sammeln. So sind wir auf die Idee mit den sogenannten Kiezteams gekommen – eine Gruppe die vor Ort die Unterschriftensammlung koordiniert und logistisch betreut, aber auch überlegt, wie man mehr werden kann. Davon gibt es mittlerweile in allen zwölf Berliner Bezirken, wie zum Beispiel Tempelhof-Schöneberg, mindestens eins. In manchen Bezirken wie Friedrichshain-Kreuzberg auch zwei, jeweils eins für Kreuzberg und eins für Friedrichshain.

An den Kiezteams beteiligten sich auch viele Leute ohne große politische Vorerfahrung. Manche, weil sie selber betroffen waren, etwa ihr Haus verkauft wurde, andere weil ihnen das Thema steigende Mieten ein Anliegen war. Die haben dann in unseren Strukturen ihre ersten politischen Erfahrungen gesammelt. Viele der neuen Leute sagen, dass sie viel gelernt und mitgenommen haben. Die solidarische Arbeitsweise in den Kiezteams half da natürlich total.

Leonie: Am Anfang gab es echte, physische Treffen, zu denen wir berlinweit an einen zentralen Ort eingeladen hatten. Das erste war Ende 2019, also vor Corona. Bei diesen Treffen stellten wir unseren Leitfaden vor. Also quasi als Anleitung dazu, wie erste Schritte zu einer Organisierung als Kiezteam aussehen könnten. Anschließend setzten sich die Leute dann nach Bezirken zusammen und überlegten gemeinsam, wo sich das Sammeln in ihren Bezirken lohnen könnte. Und dann kam Corona.

Wie hat sich Corona auf die Kampagne ausgewirkt? Wie seid ihr mit der Situation umgegangen?

Leonie: Erst mal war völliger Stillstand. Unser Konzept basierte auf Begegnung, darauf, dass Leute zusammenkommen. Das ging alles nicht mehr. Letztlich haben wir aber mit unseren digitalen Treffen für Neue dann sehr gut auf diese Corona-Situation reagiert. Die Treffen fanden abends online statt. Sie waren gut strukturiert, abwechslungsreich und es gab kurze Inputs zur Kampagne. Vor allem waren diese Treffen interaktiv. Es ging schnell in Kleingruppen, in denen die Leute inhaltlich diskutieren konnten. Die Treffen haben einfach Lust darauf gemacht mitzumachen und die Leute waren danach hoch motiviert.

FAST 80 PROZENT DER LEUTE KAMEN ÜBER FACEBOOK, INSTAGRAM UND CO. ZU DEN NEUEN-TREFFEN.

Geholfen hat uns die gute Social Media Arbeit der Öffentlichkeits-AG. Fast 80 Prozent der Leute kamen über Facebook, Instagram und Co. zu den Neuen-Treffen. Am ersten Treffen im Juni 2020 nahmen 17 Leute teil, im September dann 40, im Oktober dann schon 100, dann 120, 150. Insgesamt haben wir 600 bis 700 Leute in die Strukturen von »DWE« gespült, die alle ein erstes motivierendes Treffen hatten. Wir haben die Kontakte der Neuen dann an das jeweilige Kiezteam oder die AG weitergeleitet, bei dem oder der sie mitmachen wollten. Die Kiezteams haben diese Interessierten dann kontaktiert und eingebunden.

Judith: Dadurch sind die Kiezteams rasant gewachsen. Bis dahin waren in den Kiezteams höchsten fünf bis sechs Leute aktiv, das hat sich dann multipliziert. Das war ganz schön aufregend. Von Woche zu Woche sind neue Leute dazugekommen. In Kiezteams wie in Neukölln kamen jede Woche zehn bis 20 neuen Leute dazu. Es war für viele total motivierend dort politisch aktiv zu werden, wo sie wohnen, wo sie sich auskennen. Die Treffen fanden in der Regel online statt. Das hatte Vor- und Nachteile. Auf der einen Seite wurden sicher einige ausgeschlossen. Gerade Ältere, die nicht so technikaffin waren. Das wurde auf den Kiezteamtreffen teilweise auch heiß diskutiert. Auf der anderen Seite war es für viele eine Möglichkeit, einfach mal dazuzukommen. Das hat uns durch den Corona-Winter gerettet.

Leonie: Auffällig war, dass es in den Kiezteams am schnellsten voran ging, in denen einzelne Zugpferde quasi das Zepter in die Hand genommen hatten.

Was meinst du mit „Zugpferde"?

Leonie: Zugpferde sind Einzelpersonen, die proaktiv Kiezteams organisiert und zu den ersten Treffen eingeladen haben. Einige Zugpferde kamen von uns aus der Sammel-AG. Die Dynamik war die: Wir überlegen uns die Konzepte. Die Bildungsarbeit findet in der Sammel-AG statt. Die Leute nehmen das Wissen mit und bauen dann ein Kiezteam auf.

Judith: Sie haben sich auch um die Rückbindung zur Gesamtkampagne gekümmert. Also eine wichtige Mittler*innenrolle übernommen. Sie haben auch dafür gesorgt neue Leute einzubinden. Ein entscheidender Punkt war es, neue Personen dazu zu bringen selbst Aufgaben und Verantwortung zu übernehmen. Das war teilweise sehr schwierig. Deshalb braucht ein Zugpferd einen guten Überblick und ein Gespür dafür, wer welche Aufgaben übernehmen könnte. Es ging auch darum Leute zu ermutigen zum Beispiel mal ein Kiezteamplenum zu moderieren, sie zu ermächtigen und Erfahrungen machen zu lassen.

Das hört sich jetzt so an, als ob viel von einzelnen Leuten und vom Zufall abhing, stimmt das?

Leonie: Nein. Wir sind da schon sehr strategisch vorgegangen. Anfangs wurden das Unterschriftensammeln und die entsprechenden Strukturen dafür von einigen in der Kampagne etwas belächelt. Als eine Sache die gemacht werden muss, aber politisch nicht so wichtig ist. Eben als Dienstleistungsmaschine. Deshalb konnten wir als Sammel-AG sehr frei agieren.

Wir haben zu Beginn sozialräumliche Potenzialanalysen angefertigt. Jeden einzelnen Stadtteil sind wir durchgegangen nach Kriterien wie Mieter*innen-Anteil, Bestände der Wohnungskonzerne die wir enteignen wollen, zurückliegende Wahlergebnisse etc. Wir haben einen Strategieplan geschrieben und den dann Schritt für Schritt umgesetzt. Zum Beispiel gab es am Anfang nur ein Kiezteam für die Stadtteile Mitte, Wedding, Moabit, Tiergarten und Prenzlauer Berg zusammen. Aber unsere Potenzialanalyse hat klar gezeigt, dass es sich lohnt in jedem dieser Stadtteile ein eigenes Kiezteam aufzubauen. Hier haben wir dann enschieden: Ab sofort gibt es ein Kiezteam für Mitte, eins für Wedding und so weiter. Am Anfang fanden die Aktiven aus dem ursprünglichen großen Kiezteam es gar nicht so cool, dass wir das einfach ohne sie entschieden haben. Letztlich ist es aber dabei geblieben, weil klar war, dass es sinnvoll ist.

Zusätzlich wurden verschiedene Workshop-Formate von der Sammel-AG entwickelt die immer auch das Ziel hatten mit Train-the-Trainer-Formaten Multiplikator*innen auszubilden. Thematisch ging es zum Beispiel um die Frage „Wie sammele ich gut Unterschriften?“ oder es gab Argumentationsworkshops.

Judith: Das hat total gut funktioniert. In den Kiezteams gab es dann einen Pool von Aktiven, die diese Workshops für neue Leute durchführen konnten. Die Kompetenz einen Workshop zu geben, hat sich in der Kampagne vervielfältigt. Es war immer klar, dass es keine Schablone gibt, die man auf jedes Kiezteam gleich anwenden kann. Jeder Bezirk hat seine eigene Bevölkerungsstruktur und Eigenarten. Es wird überall in bisschen anders funktionieren und so war es im Endeffekt dann ja auch. Mit dem Kiezteamrat haben wir dann einen Ort für einen übergreifenden Austausch geschaffen.

Welche Bedeutung hatte der Kiezteamrat?

Judith: Uns wurde schnell klar, dass es einen Ort der Vernetzung und des Austauschs für die Kiezteams geben muss, um effizient arbeiten zu können. Der Kiezteamrat wurde bewusst als Parallelstruktur zum DWE-Plenum geschaffen, damit die Kiezteams ein größeres Gewicht und eine eigene Stimme in der Kampagne bekommen. Denn von Teilen der Kampagne wurden die Kiezteams ja am Anfang noch ein bisschen belächelt. Den ersten Kiezteamrat gab es im Dezember 2020. Jedes Kiezteam hat zwei oder drei Delegierte entsandt. Wir haben als Sammel-AG die Vernetzung und den Wissensaustausch zwischen den Kiezteams moderiert und viele Informationen aus der Gesamtkampagne dort hineingetragen. Zum Beispiel: „Was diskutiert die Vergesellschaftungs-AG gerade zum Entwurf des Vergesellschaftungsgesetzes?“ Die Kiezteams konnten voneinander lernen und Skills austauschen, zum Beispiel wie man gut neue Leute einbindet oder was erfolgreiche Sammel- oder später dann Wahlkampfstrategien sind.

Stichwort Wahlkampf. Was war da eure Rolle als Sammel-AG?

Judith: Das war eine etwas schwierige Phase. Wir haben ja bis Ende Juni 2020 noch Unterschriften gesammelt und Anfang August ging dann schon der Wahlkampf los. Bis zum Ende der zweiten Sammelphase erschien es sehr knapp, ob genug gültige Unterschriften zusammenkommen. Deshalb haben wir uns erst relativ spät mit dem Wahlkampf auseinandergesetzt. Es war aber klar, dass die Kiezteams den Wahlkampf bestreiten müssen. Wer denn auch sonst? Als Sammel-AG sahen wir unsere Rolle weiterhin darin, die Kiezteams zu koordinieren und für Wissensvermittlung untereinander zu sorgen. Im Wahlkampf hat sich gezeigt, wie wichtig es war, vor Ort Strukturen aufgebaut zu haben.

Leonie: Es gab auch Konflikte darum. Einzelne in der Kampagne haben zum Beispiel den Strukturaufbau in den Außenbezirken kritisch gesehen. Das sei Energie- und Ressourcenverschwendung. Stattdessen sollten Leute aus der Innenstadt ab und zu dort hinfahren, um die Unterschriften einzusammeln. Aber eine große Mehrheit in der Kampagne war sich einig, dass es keinen Sinn macht die Außenbezirke zu vernachlässigen. Etwa Marzahn-Hellersdorf. Dort ist von alleine gar nichts entstanden. Deshalb sind wir schon relativ früh auf die AG-Starthilfe zugegangen und haben gefragt, ob sie Lust hat, uns zu unterstützen. Weil uns klar war, dass wird wahnsinnig aufwendig und schwierig und wir haben nicht die Kapazitäten uns da so reinzuhängen, halten diesen Bezirk aber für total wichtig.

Wie geht‘s jetzt weiter mit »DWE« und was ist nun die Rolle der Sammel-AG?

Leonie: Hätten wir den Volksentscheid verloren, wäre es wahrscheinlich sehr unrealistisch gewesen, die entstandenen Strukturen aufrechtzuerhalten. Jetzt geht es irgendwie weiter. Ohne den Druck Unterschriften sammeln oder einen Wahlkampf gewinnen zu müssen haben wir die Chance alles nochmal neu zu denken. Es besteht die Möglichkeit, dass wir uns als Kampagne noch breiter aufstellen. Drei Säulen stehen gerade im Mittelpunkt: Lobbyarbeit für ein Vergesellschaftungsgesetz machen, Organizing und über die eigenen Strukturen nachdenken.

Judith: Am Anfang hatten wir uns vorgenommen mehr lokale Mieter*innen-Inis mit einzubeziehen beim Sammeln. Aber da ist relativ schnell klar geworden, dass viele keine Zeit und Kapazitäten dafür haben, weil sie mit eigenen Kämpfen und Auseinandersetzungen beschäftigt sind. Jetzt stellen wir uns gemeinsam mit den Kiezteams die Frage, wie können mehr Leute Teil unserer Strukturen sein? Wie können sich die Kiezteams diverser aufstellen? Als Sammel-AG fragen wir uns aber auch, ob wir weiter die Mittlerin sind, zwischen Kiezteams und Kampagne. Die Kiezteams sind jetzt gewachsene Gruppen und auch selbstbewusster geworden. Für bestimmte Sachen braucht es uns nicht mehr so richtig.

▸ **Hannes Strobel** ist Soziologe und beschäftigt sich insbesondere mit dem Zusammenhang von Arbeit und Gesundheit. Er engagiert sich seit vielen Jahren in der stadtpolitischen Bewegung, derzeit in der »AG-Starthilfe« der Kampagne »Deutsche Wohnen und Co. enteignen« in Berlin (▹ dwenteignen.de). Von ihm sind auch Beiträge in Común #1 und #5 erschienen.

AUF HALBER STRECKE

Der Weg für »Deutsche Wohnen und Co enteignen« ist noch nicht zu Ende

EIN KOMMENTAR VON HANNES STROBEL

Der Erfolg unserer Kampagne »Deutsche Wohnen und Co enteignen« (DWE) ist historisch. Mehr als eine Million oder 59,1 Prozent der wahlberechtigten Berliner*innen haben am 27. September 2021 für die Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen gestimmt. Erstmals seit Jahrzehnten gibt es in der BRD eine Mehrheit für ein Vorhaben, das offensiv die Eigentumsfrage stellt. Jahrzehnte neoliberaler Vorherrschaft konnten durchbrochen werden. Doch dies war nur ein Etappensieg. Das Ziel ist erst erreicht, wenn die Viertelmillion Wohnungen tatsächlich vergesellschaftet und demokratisch verwaltet werden. Wie das gehen könnte, ist weitgehend offen. Zunächst lohnt sich ein Blick zurück, auf die Wurzel des Erfolges von DWE.

Der Triumph beim Volksentscheid war nur möglich, weil auf die jahrelangen Kämpfe der stadt- und mietenpolitischen Bewegung in Berlin aufgebaut werden konnte. Gemeint ist die Arbeit von Initiativen gegen Zwangsräumungen, der Widerstand gegen Privatisierungsprojekte oder der Einsatz für eine demokratische Stadtentwicklung. Ein wichtiger konkreter Bezugspunkt waren die Auseinandersetzungen organisierter Mieter*innen von Deutsche Wohnen, Vonovia, Akelius und Co. mit diesen Konzernen. Hierbei wurde das Geschäftsmodell der Unternehmen immer wieder aufs Neue öffentlich angeprangert: Nebenkostenabzocke, Verdrängung durch Modernisierung oder mangelhafte Instandsetzung bei gleichzeitigen Mieterhöhungen. Diese Proteste haben den Betroffenen ein Gesicht gegeben, die Sympathien der Berliner*innen erobert und die Wohnungskonzerne gesellschaftlich unmöglich gemacht. Ein weiterer wichtiger Impuls waren vorangegangene Volksentscheide in Berlin um die Privatisierung von Wasser, die Bebauung des Tempelhofer Feldes oder der erste Mietenvolksentscheid 2015. Das alles zusammen hat es ermöglicht 2018 den Startschuss für DWE zu geben.

DAS ZIEL IST ERST ERREICHT, WENN DIE WOHNUNGEN TATSÄCHLICH VERGESELLSCHAFTET WERDEN.

Der bisherige Weg der Kampagne war lang und voller Hürden. Nach zwei Phasen der Unterschriftensammlung stand als vorläufiger Höhepunkt der Wahlkampf zum Volksentscheid an. Hier haben die verschiedenen Teile der Kampagne gut ineinandergriffen und sich perfekt ergänzt. Wir haben einen kreativen Straßenwahlkampf geführt mit zahlreichen Kundgebungen, Aktionen und Haustürgesprächen insbesondere in den Beständen der Enteignungskandidaten. Außerdem hängten wir tausende gut gestalteter Wahlplakate an Straßenlaternen, verteilten 300.000 Exemplare einer Massenzeitung und starteten eine offensive Öffentlichkeits- und Social Media-Kampagne. Eine strategische Entscheidung der Kampagne hat sich dabei als sehr tragfähig erwiesen. Einerseits hat die zugespitzte Forderung nach Enteignung viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Andererseits war der Bezug auf Artikel 15 im Grundgesetz wichtig, der vorsieht „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel (…) zum Zwecke der Vergesellschaftung (…) in Gemeineigentum“ zu überführen. Unsere Forderung war dadurch radikal und realistisch zugleich.

Zeitgleich zum Volksentscheid fand die Wahl zum Berliner Landesparlament, dem Abgeordnetenhaus statt, bei der die SPD mit Franziska Giffey als Spitzenkandidatin die meisten Stimmen holte. Dadurch ergibt sich für die Umsetzung unseres Volkentscheids eine komplizierte Gemengelage. Denn die neue Regierung wird von einer Partei angeführt werden, die den Volksentscheid mehrheitlich ablehnt. Die Grünen, als zweitstärkste Kraft, wollen das Votum pro Vergesellschaftung lediglich als Druckmittel benutzen, um die Wohnungskonzerne zu Zugeständnissen zu bewegen. Lediglich die Linkspartei, mit 14 Prozent der Wählerstimmen der kleinste der Koalitionspartner, spricht sich klar für eine Umsetzung aus. Dadurch wird, obwohl das Ergebnis eindeutig war, die Umsetzung des Volksentscheids kein Selbstläufer. Deshalb haben Kritiker*innen unserer Initiative vorgeworfen, selbst schuld daran zu sein, wenn die Vergesellschaftung nicht umgesetzt wird. Unser Fehler sei es gewesen, auf einen sogenannten Beschlussvolksentscheid anstatt auf einen Gesetzesvolksentscheid zu setzen. Beide Wege sind in Berlin möglich. Der Gesetzesvolksentscheid hat den vermeintlichen Vorteil, dass ein bereits fertiges Gesetz zur Abstimmung steht, welches im Erfolgsfall sofort zur Anwendung kommt. So viel zur Theorie. Denn Erfahrungen aus der Vergangenheit haben gezeigt, dass dieser Weg voller Tücken ist. Für eine Verwaltung wäre es ein Leichtes gewesen, unseren Gesetzesentwurf wegen vermeintlicher juristischer Mängel zur Prüfung an Gerichte zu verweisen und damit auf Jahre aufzuhalten.

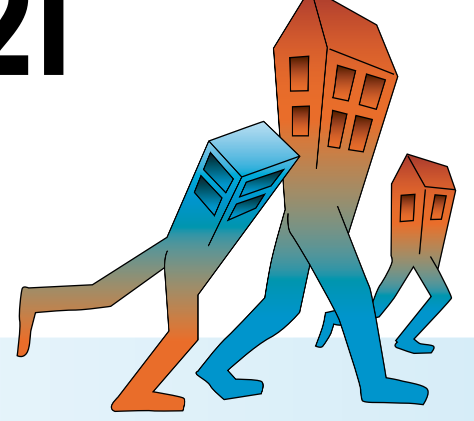
Unterm Strich findet sich im Koalitionsvertrag der neuen Berliner Landesregierung keine klare Absichtserklärung die profitorientierten Wohnungskonzern tatsächlich zu enteignen. Und das, obwohl die Verhandlungen zu diesem Vertrag von zahlreichen Aktionen unserer Aktiven lautstark begleitet wurden. Stattdessen steht nun ein Kompromiss, der vorsieht zunächst eine Expertenkommission einzusetzen, die „Möglichkeiten, Wege und Voraussetzungen der Umsetzung des Volksbegehrens“ prüfen soll. Nach einem Jahr soll dann eine Empfehlung an die Berliner Landesregierung erfolgen, die dann entscheidet, was passiert. Einerseits besteht dadurch die Gefahr, dass der Volksentscheid politisch entsorgt und niemals umgesetzt wird. Andererseits ist das Rennen noch offen und es besteht die Möglichkeit, dass Vergesellschaftung rechtssicher umgesetzt wird. Letztlich hängt der Ausgang von den Kräfteverhältnissen in der Stadt ab.

Deshalb wird es für uns als DWE nun darum gehen, den Druck weiter zu erhöhen. Das ist keine leichte Aufgabe, wir müssen uns dafür ein Stück weit neu erfinden und unsere soziale Basis verbreitern. Denn bislang sind unsere Aktiven, unabhängig von deren Alter, in der Regel Akademiker*innen mit politischer Vorerfahrung. Nun wird es aber auch darum gehen, weitere Teile der Stadtgesellschaft aktiv für unser Anliegen zu mobilisieren. Unser Vorteil: Wir wissen das mindestens eine Million Berliner*innen für uns ist, mit den Nicht-Wahlberechtigten dürften es noch viel mehr sein. Als ein Baustein werden wir dafür an die Wurzeln unseres Erfolges anknüpfen und noch stärker auf Mieter*innen-Organisierung setzen. Es wird insbesondere darum gehen noch mehr Mieter*innen der Enteignungskandidaten ins Boot zu holen. In mehreren Kiezteams haben sich hierzu schon Organizing-Arbeitsgruppen gebildet, die das anpacken wollen. Es geht darum mehr zu werden und uns noch stärker in den Stadtteilen zu verankern. Dadurch können wir echte Gegenmacht aufbauen und letztlich die Vergesellschaftung durchsetzen.

DIE MIETENDEMO 2021

Ein erfolgreiches Experiment der bundesweiten stadt- und mietenpolitischen Bewegung?

ARMIN KUHN, BIRGIT OTTE UND FELIX LACKUS



Die Mietendemo am 11. September 2021 war ein bis dahin nie gewagtes Experiment der stadt- und mietenpolitischen Bewegung. Erstmals mobilisierten Mieter*innen-Initiativen und stadtpolitische Gruppen gemeinsam mit Mietervereinen, Gewerkschaften und Verbänden aus dem gesamten Bundesgebiet für eine zentrale Demonstration in Berlin. Trotz eines regnerischen Tages gingen unter dem Motto „Wohnen für alle! Gemeinsam gegen hohe Mieten und Verdrängung" 20.000 Menschen auf die Straße, um im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 einen radikalen Kurswechsel in der Mieten- und Wohnungspolitik zu fordern.

Die Demonstration war bunt, laut und vielfältig. Die Bilder vom langen Demonstrationszug sowie die kämpferischen Redebeiträge erzeugten einen der wenigen Momente im Wahlkampf, in dem steigende Mieten, Verdrängung und Existenzangst vieler Mieter*innen medial präsent waren.

Neben dem positiven Erleben von gemeinsamer Stärke gab es in unserem bundesweiten »Aktionsbündnis gegen Verdrängung und #Mietenwahnsinn« wie im gesamten Demobündnis bei der Auswertung auch kritische Töne. Die Vorbereitungen wurden als aufwendig und kräftezehrend erlebt. Sie wurden größtenteils von wenigen Aktiven getragen, die im Verlauf des Sommers noch weniger wurden. Außerdem haben wir als überregionale Bewegung keinen großen Demoblock auf die Straße bringen können. Wie ist es dazu gekommen? Ist schlicht aller Anfang schwer oder ist das Experiment einer gemeinsamen zentralen Mietendemo gescheitert? Was bedeutet das für die Zukunft einer bundesweiten Vernetzung von Mieter*innen-Initiativen und stadtpolitischen Gruppen?

VERSPRECHEN UND SCHWIERIGKEITEN EINER BUNDESWEITEN MOBILISIERUNG

Schon einige Jahre geisterte die Idee einer zentralen Demonstration durch unser Bündnis. Die stadt- und mietenpolitischen Initiativen stoßen immer wieder an die Grenzen des an Vermieter- und Eigentümerinteressen ausgerichteten Miet- und Bodenrechts, das der Bundesgesetzgebung unterliegt. Eine große, zentrale Mietendemo erschien als gutes Mittel, die weitergehenden Anliegen lokaler Initiativen zu bündeln und die Bundespolitik zu adressieren. Die Idee bekam im April 2021 einen kräftigen Schub, als das Bundesverfassungsgericht den Berliner Mietendeckel für nichtig erklärte.

Das Zeitfenster vor der Bundestagswahl schien günstig, um dem Frust und der Wut über die Mietenkrise Ausdruck zu verleihen und unsere Forderungen nach einer radikal am Recht auf Wohnen und nicht an Profiten orientierten Mieten- und Wohnungspolitik auf die bundespolitische Agenda zu setzen. Das wollten wir in einem breiten Bündnis tun. Im Februar 2021 war aus gewachsenen Kontakten und gemeinsamen Aktionserfahrungen einiger Mieter*innen-Initiativen, Mietervereine, Gewerkschaften und Verbände die bundesweite »Mietenstopp!«-Kampagne hervorgegangen. Sie konnte schnell für eine zentrale Mietendemo in Berlin gewonnen werden. Als dritte aufrufende Organisation kam die Initiative »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« (DWE) dazu, die für ihren Volksentscheid am Wahltag mobilisierte. Die anstehenden Berliner Wahlen waren für das lokale Bündnis »Gemeinsam gegen Verdrängung und #Mietenwahnsinn« zusätzlicher Ansporn, sich an der Demo-Organisierung zu beteiligen.

Die Breite des Demobündnisses und die Verschiedenheit der Akteur*innen waren zweifellos eine Stärke, die sich dann auch auf der Demo zeigte. Doch mit so vielen unterschiedlichen Akteur*innen gemeinsam eine Großdemonstration zu planen, stellte kein leichtes Unterfangen dar.

Dass unterschiedliche Organisationsformen, Handlungsweisen und politische Kulturen großer Organisationen einerseits und lokaler Basisgruppen andererseits auch zu Konflikten führen können, war schon beim »Alternativen Wohngipfel« im September 2018 deutlich geworden. Diskussionen über den Umgang mit unterschiedlichen zeitlichen Kapazitäten, finanziellen Ressourcen und Möglichkeiten der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie über eine passende Arbeitsweise und einen Modus der Entscheidungsfindung nahmen entsprechend viel Zeit ein.

In einem Bündnis, das wiederum aus Bündnissen besteht, mussten Entscheidungen immer erst vermittelt, besprochen und wieder zurückgetragen werden, was auch zu Missverständnissen führte und die Zeit der oft in mehreren Arbeitsgruppen gleichzeitig Aktiven zusätzlich beanspruchte.

Zudem erschwerte die unklare Corona-Infektionslage die Mobilisierung, denn insbesondere der DGB und der Paritätische Gesamtverband wollten nicht aktiv bundesweit mobilisieren, um ihre Mitglieder nicht zu gefährden und um nicht in den Ruf eines fahrlässigen Umgangs mit der Pandemie zu geraten.



ERFOLG ODER SCHEITERN?

Am Ende blieb die Zahl der Teilnehmenden deutlich hinter früheren Berliner Mietendemos zurück. Zwar gab es in einigen Städten lokale Mobilisierungsaktionen und es konnten auch einige Busse und gemeinsame Zugfahrten aus dem gesamten Bundesgebiet organisiert werden. Doch die Anreise nach Berlin war für viele offenbar eine zu hohe Hürde: zu teuer, zu zeitaufwändig. Dazu kam die Sorge sich mit Corona anzustecken. So war gerade unser bundesweites Bündnis der Mieten- und Recht-auf-Stadt-Initiativen, das zuletzt dezentrale Aktionstage in mehr als 20 Städten organisiert hatte, auf der Demo kaum als eigener starker Akteur sichtbar – zumal das Berliner Bündnis einen eigenen Block organisierte und viele beim DWE-Block mitliefen. Zwar blieben auch andere Großmobilisierungen in diesem Sommer weit hinter den Erwartungen zurück. Was unsere bundesweite Mobilisierungsfähigkeit betrifft, betrachten wir das Experiment einer gemeinsamen zentralen Mietendemo dennoch als nicht erfolgreich.

Erfolgreich waren wir jedoch in den Medien. Unsere Forderungen waren in den Berichten im Vorfeld und über die Demonstration selbst sehr präsent. Die schon früh auf unseren Plakaten und online veröffentlichten Forderungen „Bundesweiter Mietendeckel“, „Wohnungskonzerne enteignen“ und „Wohnungen für alle“ wurden vielfach aufgenommen. Unsere Befürchtung, als Basisinitiativen könnten wir im medialen Schatten der großen Verbände stehen, hat sich nicht bewahrheitet. Obwohl die Pressearbeit in unserem Bündnis auf nur wenigen Schultern lag, haben wir das Ziel, den bundespolitischen Diskurs mitzubestimmen – ohne von den wahlkämpfenden Parteien vereinnahmt zu werden – erreicht.

Die Demonstration war außerdem, trotz aller hier beschriebenen Schwierigkeiten, ein wichtiger Meilenstein in der Bündnisarbeit. Der Ansatz, wie zuvor schon in vielen Städten, ein breites Demobündnis zu bilden, hat sich bewährt. In weiteren Städten war die Berliner Großdemo Anlass für eine entsprechende Zusammenarbeit. Gerade Mietervereine und der »Deutsche Mieterbund« scheinen durch positive Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit Initiativen kampagnenwilliger zu sein und auch offener zu werden für weitergehende Forderungen. Das gewachsene Interesse der Mietervereine mit lokalen Initiativen zusammenzuarbeiten, lässt hoffen, dass diese Erfahrung auch zu einer Stärkung der Bewegungen vor Ort beitragen kann.

WIE WEITER?

Unter den Aspekten der medialen Aufmerksamkeit und der Bündnisarbeit war die Mietendemo also ein Erfolg der mietenpolitischen Bewegung. Gleichzeitig ist deutlich geworden, dass wir als Initiativenbündnis im Rahmen einer zentralen Demonstration offenbar nicht viele Menschen auf die Straße bringen können – auch wenn die Rolle von Corona hier schwer einzuschätzen ist. Mit den dezentralen Aktionstagen, die seit 2019 unter dem Namen »Housing Action Day« europaweit stattfinden, waren wir trotz der Corona-Einschränkungen erfolgreicher. Diese stärkten und inspirierten die Initiativen vor Ort und ließen sie spüren, Teil einer gemeinsamen, wirkungsmächtigen Bewegung zu sein.

Einen solchen Effekt hatte zuletzt der riesige Erfolg des Berliner Volksentscheides »Deutsche Wohnen & Co. enteignen«. In zahlreichen Städten haben sich Initiativen gegründet, die überlegen, wie sie den Schwung der Vergesellschaftungsforderung mit in ihre lokalen Kämpfe nehmen und ähnliche Kampagnen aufziehen können. Doch der Erfolg in Berlin ist auch das Resultat den langen Aufbaus einer breiten und vielfältigen Mietenbewegung, die in vielen Städten und erst recht bundesweit erst am Anfang steht.

Als mieten- und stadtpolitisch Aktive müssen wir uns immer wieder die Frage stellen: Lohnt die zeitaufwändige bundesweite Vernetzung, für die viele Initiativen und lokale Bündnisse kaum Kapazitäten haben? Sollten wir uns nicht eher auf die Stärkung unserer Initiativen und Recht-auf-Stadt-Gruppen vor Ort konzentrieren, zum Beispiel, indem wir uns für die Vergesellschaftung von Wohnungen einsetzen? Oder suchen wir weiter das breite Bündnis, auch mit den großen Verbänden und Gewerkschaften?

Wir sehen in diesen Fragen keinen Widerspruch. Die jährlichen Recht-auf-Stadt-Foren, die gemeinsamen Aktionstage und die Existenz eines gewachsenen bundesweiten Bündnisses sind Momente der Stärke und zugleich eine Ressource auch für die mieten- und stadtpolitische Bewegung vor Ort. Umgekehrt brauchen Vernetzung, dezentrale Aktionen und auch der Kampf um Vergesellschaftung bundesweiten Austausch und Organisierung.

Deshalb laden wir alle mieten- und stadtpolitischen Initiativen und Aktiven dazu ein, sich in das bundesweite Aktionsbündnis einzubringen. Der »Housing Action Day« im März und das »Recht auf Stadt Forum« im Juni 2022 sind bereits in Planung. Helfende Hände, aber auch Kritik und Reflexion unserer Strategie werden gebraucht, um als mieten- und stadtpolitische Bewegung stärker zu werden – lokal, bundes- und auch europaweit.

▸ **Armin Kuhn, Birgit Otte und Felix Lackus**
sind aktiv im bundesweiten Aktionsbündnis gegen Verdrängung und #Mietenwahnsinn

▸ **Weiterlesen und Kontakt**
▹ mietenwahnsinn.net
▹ info@mietenwahnsinn.net

▸ **Illustration**: Rainer Midlaszewski

DEN FINGER IN DIE WUNDE LEGEN

In der Kleinstadt Merseburg in Sachsen-Anhalt kämpft eine Initiative für die Aufarbeitung eines zweifachen Mordes und eine multiperspektivische Erinnerung an die DDR. Ein Interview mit Tobi von der »Initiative 12. August«

INTERVIEW: KATHI KING



Ihr setzt euch mit der »Initiative 12. August« für das Erinnern an zwei rassistische Morde, die vor mehr als 40 Jahren in Merseburg begangen wurden, ein. Worum genau geht es?

Wir wollen an den ungeklärten Mord an den zwei kubanischen Vertragsarbeitern Delfin Guerra und Raùl García Paret am 12. August 1979 erinnern. Die »Initiative 12. August« hat sich 2019, am 40. Jahrestag, gegründet, um die Geschehnisse aufzuarbeiten. Es gibt nur wenige Quellen zu diesem Fall. Sie stammen größtenteils aus den Archiven von DDR-Behörden. Augenzeug*innenberichte gibt es kaum, keine Berichte von Betroffenen und nur wenige von Zeitzeug*innen. Aus den wenigen Quellen, die uns vorliegen, entstehen Widersprüche. Gerade deutsche DDR-Bürger*innen meinen häufig, dass alles anders abgelaufen sei.

Zur historischen Einbettung: Die DDR schloss Ende der 1970er Jahre mit Kuba ein Abkommen zur Arbeitskräftevermittlung. 1979, ein paar Monate vor dem Mord, kamen die ersten kubanischen Vertragsarbeiter Merseburg. Sie arbeiteten vor allem in den »Leunawerken«, einem Chemiekomplex im Süden der Stadt. Ramón Cruz, ein Kollege der Ermordeten, berichtet in einem von uns geführten Interview, dass von Anfang an insbesondere Schwarze kubanische Vertragsarbeiter*innen von Rassismus im Alltag und auf der Arbeit betroffen waren.[1] Er spricht von Beleidigungen, dem Ignorieren durch Verkäufer*innen beim Einkaufen, bis hin zu Gewalt. Die Wochen vor dem 12. August 1979 waren sehr aufgeladen: Berichten nach gab es viele Auseinandersetzungen, Fälle rassistischer Übergriffe und Gewalt. Am 12. August kulminierten die Ereignisse in einer rassistischen Hetzjagd entlang der Saale nach einem Zwischenfall in der Diskothek »Strandkorb«.

Eine Gruppe von kubanischen Vertragsarbeitern hatte sich wohl dazu entschlossen, sich zur Wehr zu setzen, die vermuteten Täter dort zu konfrontieren. Doch sie waren in der Unterzahl. Sie wurden gejagt, flohen in die Saale oder wurden hineingetrieben, dort dann mit Flaschen und Steinen beworfen. Raúl und Delfin überlebten den Angriff nicht. Sie wurden erst mehrere Tage später aus dem Fluss geborgen. Die überlebenden Vertragsarbeiter wurden nach Kuba abgeschoben und dort teilweise sogar inhaftiert. Von den deutschen Beteiligten ist nicht bekannt, dass auch nur eine Person strafrechtliche Konsequenzen tragen musste. Mehrmals wurde der Fall bereits durch die Staatsanwaltschaft Halle geprüft. Ermittlungen einzuleiten, wurde jedoch jedes Mal abgelehnt: Es gäbe keine Hinweise auf Mord. Wir sind allerdings der Auffassung, dass den Akten nach mindestens versuchter Mord als Tatbestand erfüllt wäre. Auch auf Social Media tauchen immer wieder Berichte von möglichen Zeug*innen auf, die von Mord sprechen. Trotzdem sieht die Staatsanwaltschaft keinen Anlass für neue Ermittlungen.

Habt ihr noch weitere Themen auf der Agenda?

Für uns ist zentral, die Geschichten und Erfahrungen von Migrant*innen in der DDR sichtbar zu machen. Die Erzählung, dass es in der DDR keine „Ausländer“ gab, verharrt in vielen Köpfen. Dabei gab es eine ganze Reihe von verschiedenen Migrationen in die DDR: Vertragsarbeiter*innen, Asyl-

suchende, Studierende und Fachkräfte. Teils wohnen diese Personen noch in Deutschland, teils wurden sie abgeschoben oder sind zurückgekehrt. All das ist unsichtbar gemacht worden. Ziel unserer Arbeit ist es, die Geschichte der DDR, der Wende, der Nachwendezeit und Ostdeutschlands aus der Perspektive der Migrant*innen zu erzählen. Deren Perspektiven sind sehr unterschiedlich, und auch das wollen wir sichtbar machen. Gerade die Stimmen, die die Harmonieerzählung der Wiedervereinigung und der Überwindung des Nationalsozialismus stören, die unbequem sind und den Finger in die Wunde legen, werden häufig leise gedreht. Wir machen diese wieder laut, indem wir das hegemoniale Narrativ infrage stellen – aus der Position der Marginalisierung. Das steckt auch im Titel des 2020 erschienenen, sehr wichtigen Bands „Erinnern stören", für den wir auch einen Beitrag verfasst haben.[2] All diesen Perspektiven gebührt ein Platz in einem kollektiven gesellschaftlichen Erinnern.

Wie sieht das dann in der Praxis aus?

Wir wollen diese Perspektiven an konkreten Orten sichtbar machen, wie hier in Merseburg. Hier soll ein Erinnerungsort entstehen. Wie diese Erinnerung aussehen kann und soll, sehen wir als Ergebnis eines kollektiven Prozesses mit diversen Stimmen, darunter auch die der Familien der Ermordeten, zu denen wir Kontakt haben – und auch Vertreter*innen von BIPoC und Migrant*innen-Selbstorganisationen. Wir wollen unbedingt den Effekt vermeiden, dass ein Gedenkort der Entlastung der eigenen Geschichte dient, ohne eine kritische Auseinandersetzung mit dem Geschehenen und eine Integration der Perspektive von Betroffenen. So war das beispielsweise bei dem städtischen Gedenken an die Opfer des NSU in Zwickau. Dort wurden die Hinterbliebenen gar nicht erst gefragt, welche Form des Gedenkens sie sich wünschen würden. Es wurden Bäume gepflanzt, auf denen sogar die Namen falsch geschrieben wurden. Das war ein Gedenken, das keine Idee der Betroffenen beinhaltete, sondern nur mit eigener Publicity und Entlastung zu tun hatte.

Wir haben in Merseburg Demonstrationen veranstaltet, auch eine Fahrradtour. Dabei haben viele sonst eher leise Stimmen gesprochen: eine ehemalige Vertragsarbeiterin, eine vietnamesische Übersetzerin, auch Gruppen der sogenannten zweiten Generation, Nachkommen von Vertragsarbeiter*innen. In Staßfurt arbeiten wir mit einem engen Freund des 1987 ermordeten Carlos Conceição zusammen. Jaime Don Antonio möchte an den Mord an Carlos und die „Schule der Freundschaft" erinnern, auf die sie beide gegangen sind. Kinder und Jugendliche aus Mosambik und Namibia gingen zwischen 1982 und 1988 auf diese Schule, die als eine Mischung aus Internat und Gefängnis beschrieben wird. Wir setzen uns gemeinsam mit ihm und anderen für eine Plakette oder Erinnerungstafel an diesem Ort ein.

Wie genau wollt ihr auf die Stadtgesellschaft, das Leben in der Stadt Merseburg, einwirken?

Zunächst haben wir einen offenen Brief mit über 200 Unterzeichner*innen aus dem ganzen Bundesgebiet und aus der Stadt selbst an den Oberbürgermeister geschickt. Dieser wurde einfach ignoriert. Seitdem haben wir jedes Jahr eine Demonstration und eine Gedenkveranstaltung organisiert. 2020 wurde von Unbekannten am Tatort unter der Brücke ein großes Wandbild gestaltet. Dieses Graffiti hat nur ein paar Wochen bestanden. Dann haben Behörden es entfernen lassen. Das versinnbildlicht dieses Unsichtbarmachen: Bloß nicht daran erinnern. In Merseburg gibt es nicht das aufgeschlossenste Umfeld für diese Themen, weder stadtpolitisch noch gesellschaftlich. Antirassistische oder generell linke Politik zu machen ist dort mit viel Widerstand und Herausforderungen verbunden und verbleibt oft in der lokalen linken Bubble. Doch unsere Arbeit ruft auch Reaktionen hervor, gerade von Merseburger*innen, die sich an die Zeit noch erinnern. Bei öffentlichen Veranstaltungen kommen oft Zeitzeug*innen, die dazu etwas sagen möchten, im Positiven wie im Negativen.

ES GILT, DIE STRUKTURELLEN GEMEINSAMKEITEN RASSISTISCHER GEWALTTATEN HERAUSZUARBEITEN UND VERSCHIEDENE ORTE DES TRAUERNS, GEDENKENS UND ERINNERNS ZU SCHAFFEN.

Die DDR galt bei vielen als antifaschistischer Staat. Auch Leute, die sich damals wie heute als links verstehen, lehnen unsere Erzählung ab, weil sie meinen, dass es in der DDR keinen Rassismus gegeben habe. Außerdem gibt es in Merseburg rechte Mobilisierungen, eine starke AfD, eine starke rassistische Einstellung in der Gesellschaft, auch in der CDU. Die wehren jede antirassistische Arbeit ab und machen einem das Leben schwer.

Wie geht es weiter bei euch?

Wir sind gut vernetzt mit anderen Gedenkinitiativen, etwa aus dem Netzwerk des »Tribunal NSU-Komplex auflösen«. Auch im Kontext DDR-Geschichte kommen immer mehr Stimmen und Initiativen zusammen, die hartnäckig daran erinnern, was wir die „doppelte Mauer" nennen. Dieser Begriff wurde von Paulino Miguel geprägt, ehemals Schüler der »Schule der Freundschaft« und Vertragsarbeiter aus Mosambik. Er beschreibt damit die doppelte Abgeschiedenheit von Migrant*innen in der DDR. Neben der Betonmauer zwischen Ost- und Westdeutschland erlebten Migrant*innen eine zweite unsichtbare Mauer zwischen ihnen und der DDR-Gesellschaft. Doch nicht nur historische, sondern auch aktuelle Fälle sind wichtig. Wir haben beispielsweise in den letzten Monaten eng mit Talya Feldmann zusammengearbeitet, einer Überlebenden des Anschlags von Halle 2019. Es gilt, die strukturellen Gemeinsamkeiten rassistischer Gewalttaten herauszuarbeiten und verschiedene Orte des Trauerns, Gedenkens und Erinnerns zu schaffen. Auf öffentliche Strukturen und offizielle Berichte kann man sich nicht verlassen. 2021 hatten wir einen Schulworkshop zum 30-jährigen Jahrestag des Pogroms in Hoyerswerda und 2022 wird sich das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen zum 30. Mal jähren. Das wird auf jeden Fall eine Rolle für uns spielen. Wir planen den Antrag für einen Gedenkort dieses Frühjahr im Stadtrat einzubringen. Und wir wollen ermöglichen, dass Angehörige von Raúl und Delfin nach Merseburg reisen, an dem Gedenken teilnehmen und es mitgestalten können.

▸ **Tobi** ist Mitglied der »Initiative 12. August« und lebte bis vor kurzem in Halle (Saale).

▸ **Kathi King** ist Teil der Común-Redaktion.

▸ **Weiterlesen**
▹ initiative12august.de

▸ **Anmerkungen**

1 **Ich habe sehr viel Rassismus miterlebt.** Interview mit dem ehemaligen Vertragsarbeiter Ramón Cruz. ▹ transit-magazin.de/2019/12/ic h-habe-sehr-viel-rassismus-miterlebt/

2 **49 Jahre Schweigen in Merseburg.** In Erinnerung an Delfin Guerra und Raùl Garcia Paret. In: Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive. Verbrecher Verlag 2020, S. 261–276

▸ **Foto:** »Initiative 12. August«

WIR MACHEN STADTENTWICKLUNG VON UNTEN

20 Jahre Stadtteilinitiative Münzviertel Hamburg

GÜNTER WESTPHAL

Die Stadtteilinitiative Münzviertel schaut auf 20 Jahre Bestehen zurück. Sie ist ein nachbarschaftliches Netzwerk, das sich in die soziale und städtebauliche Entwicklung ihres Viertels in Hamburg einbringt.

Das Münzviertel, im engen Gleisdreieck unterhalb des Hamburger Hauptbahnhofs gelegen, befindet sich aktuell im sozialen und städtebaulichen Umbruch. Über Jahrzehnte diente dieses Viertel als Standort für jene sozialen Zentraleinrichtungen, die die Stadt oberhalb des Hauptbahnhof nicht im Stadtbild haben wollte. Einrichtungen wie »hoffnungsorte hamburg« für wohnungslose Menschen, »Drob Inn« für drogenabhängige Menschen oder »alsterdorf assistenz ost« für Menschen mit Assistenzbedarf. In den letzten Jahren rückten die ehemaligen städtischen Brachflächen mit ihren Nischen und Lücken in und um das Viertel herum in den renditesüchtigen Fokus des Immobilienmarktes. Fast im Monatstakt werden hier neue Hotels gebaut und geplant.



„Mietenmove“ Klosterwall Hamburg im Juni 2018



Kunst und Soziales sind die inneren Triebfedern des Gemeinwesens Münzviertel und damit tief verankert in den Kapillaren der zwanzigjährigen Geschichte der Stadtteilinitiative: Wir sind ein nachbarschaftliches Netzwerk mit dem Ziel eine identitätsstiftende Stadtteilumgestaltung im emanzipatorischen Dialog und partizipativer Praxis auf den Weg zu bringen. Dabei setzten wir auf Empathie, Solidarität, Toleranz und Transparenz.

Das Feld der Kunst speist sich aus dem energetischen Widerstreit zwischen elitärer Hochkultur des „L'art pour l'art“ und einer Kunst, die dort hingeht, wo die Menschen mit ihren Träumen, Empfindungen und Gestaltungskräften sind. Das Feld des Sozialen hingegen speist sich aus der überdurchschnittlichen Anzahl zentraler Sozialeinrichtungen innerhalb des Quartiers. Beide Felder bedingen einander.

Die Kunst benötigt das Soziale im Kampf gegen die Gentrifizierung des Viertels und das Soziale benötigt den kreativen Einspruch der Kunst, um gegen Vertreibung und Ausgrenzung zu kämpfen. Mittendrin, als Identität stiftende Herzkammer, steht das von uns seit 2013 betriebene »Werkhaus Münzviertel«. Dort werden die Felder verschränkt, dort machen wir Projekte in Pädagogik, Kunst und Quartiersarbeit.

Das ständige Näherrücken der Hotelneubauten ist problematisch für unser über Jahrzehnte gewachsene soziale Miteinander im Viertel. Deshalb fordern wir mit allem Nachdruck: „Kein Verkauf der letzten städtischen Brachfläche im Münzviertel an externe Investor*innen!“ Stattdessen: Überlassung der Grundstücks-

Das 17. Straßenfest auf dem Münzplatz im Juni 2018

fläche in Erbpacht an eine nachbarschaftliche Wohngenossenschaft, die der sozialen Infrastruktur im Viertel Rechnung trägt.

Ende 2020 haben wir mit den Ergebnissen einer Nachbarschaftsbefragung „von Tür zu Tür“ unsere Ansprüche und Wünsche für die Neubebauung des Grundstücks im Viertel plakatiert und warten zurzeit auf die Antwort des Senats. Im Frühjahr 2022 gehen wir in die nächste Runde und organisieren einen öffentlichen Diskurs mit den verantwortlichen Politiker*innen. Wir bleiben dran! Nach 20 Jahren: Jetzt erst recht!



Plakataktion in der Münzstraße im November 2020

▸ **Günter Westphal** ist in der Stadtteilinitiative Münzviertel aktiv

▸ **Fotos:** © Stadtteilinitiative Münzviertel

PLÄTZE UND PLATEAUS

Ausschnitte aus dem Buch „Skizzen mediterraner Urbanität“

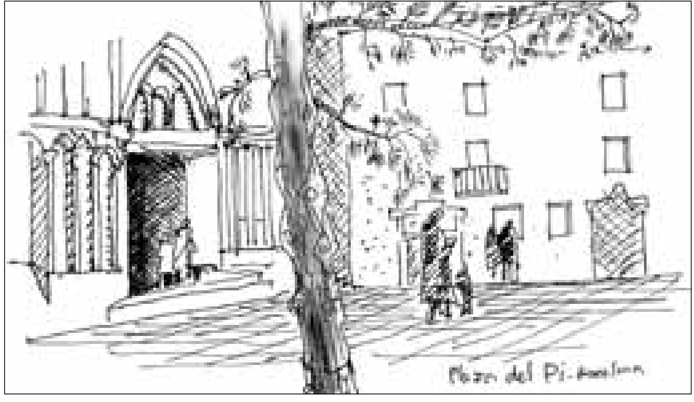
COSTIS HADJIMICHALIS



Das Buch „Skizzen mediterraner Urbanität“ spürt den Eigenschaften und der Wahrnehmung des Vertrauten auf den Plätzen, den Straßen, den Märkten, den kleinen Tavernen und den Kaffeehäusern nach, die die mediterrane Urbanität konstituieren. Die Bilder entstammen dem Kapitel über die Plätze und Plateaus, denn sie sind vielleicht das bedeutendste Merkmal mediterraner Urbanität.

Auf den Platz des Mittelalters folgen der durch namhafte Architekten geplante Platz der Renaissance, der aristokratische Platz des Barocks und der Platz der Bürger des 19. Jahrhunderts. Manche Plätze spiegeln den Ehrgeiz der jeweiligen Herrscher wider, andere die Einfachheit der lokalen Gesellschaft. Dort finden Handel, Begegnungen und Feste ebenso statt wie die zur Zurschaustellung prestigeträchtiger Herrschaftsbauten, Kirchenpaläste und Rathäuser.

Ursprünglich im Mittelmeerraum entstanden, sind Plätze untrennbarer Teil von Urbanität und ein maßgebliches Merkmal der europäischen Kultur, der sie vom Islam unterscheidet. An den islamisch geprägten südlichen Mittelmeerküsten ist der Platz eine relativ neue Erfindung. In den historischen Siedlungen





Nordafrikas, wie zum Beispiel in Fès und Meknès in Marokko, befindet er sich außerhalb der Stadtmauern und der Medina.

Die mediterranen Plätze, seien sie groß oder klein, weisen analog zur Entstehungszeit, der Größe und dem Vermögen der Stadt eine bewundernswerte Form- und Funktionsvielfalt auf. In den kleinen festungsartigen Siedlungen, beispielsweise der griechischen Kykladen und der Gebirgsregionen Italiens und Spaniens, lässt die räumliche Enge keine großen Plätze zu, dort sprechen wir eher von Plateaus.

Plätze haben vielfältige Formen, sie sind viereckig oder rechtwinklig mit einheitlichen Gebäuden und Stoen (Säulengängen) vom Typ der Plaza Mayor und Plaza Real oder sechseckig wie im Fall der einzigartigen Planstadt Palmanova. Wir begegnen Plätzen, deren eine Seite sich gleich einem großen öffentlichen Balkon auf eine Aussicht öffnet, wie die Piazzetta San Marco in Venedig oder die Piazza Grande in Gubbio.

Der Platz verbindet vielfältige Nutzungen, doch seine wichtigste Funktion ist das Spektakel: Kirchliche Prozessionen, Akrobaten und Zauberkünstler, Volksfeste, Theaterdarbietungen oder sportliche Wettkämpfe. Auf dem Platz Santa Croce im Florenz des 15. Jahrhundert wurde eine Vorläuferart des Fußballs gespielt.

Wie sprechen die Einwohner*innen über ihre Plätze, wie beschreiben sie deren Bedeutung und Funktion? Der „Square" geht auf die Kämpfe um die Besitzsicherung der Commons in England zurück. Aber wie kann eine italienische „Piazza" beschrieben werden? Die lokal genutzten Wörter verweisen auf die Sozialgeschichte der Stadt; es gibt also nicht nur die Geschichte der Städte, sondern auch die Geschichte der Wörter, die über die Städte sprechen.

▸ **Costis Hadjimichalis** ist Professor Emeritus an der Fakultät für Geografie an der Harokopio Universität Athen. Er ist Autor mehrerer Bücher, darunter „Schuldenkrise und Landraub in Griechenland", Münster, 2016 (Westfälisches Dampfboot) u. „Crisis Spaces – Structures, Struggles and Solidarity in Southern Europe", 2020 (Routledge-Abingdon, Oxon). Kürzlich erschien sein Buch: „Skitsarontas astikotites sti mesogeio" („Skizzen mediterraner Urbanität"), Athen 2021 (Nisos).

▸ **Übersetzung** aus dem Neugriechischen von Céline Spieker

DER KATALANISCHE MIETSTREIK VON 1931

Ein Mietstreik solidarischer Hausgemeinschaften und nachbarschaftlicher Netzwerke

JULIAN FÜRST

Heutzutage ist Wohneigentum in Spanien weit verbreitet. Das ist kein Ergebnis einer zufälligen Entwicklung, sondern die Folge franquistischer Wohnpolitik. Denn neben dem ökonomischen Interesse der Immobilienwirtschaft wurde auch das Ziel verfolgt, das Klassenbewusstseins der Arbeiter*innen zu untergraben. „Wir wollen ein Land der Eigentümer, nicht der Proletarier", so brachte es Francos Minister für Wohnen, José Luis Arrese, 1959 auf eine Formel. Die klassenkämpferischen Arbeiter*innen sollten einer Art verbürgerlichtem Lohnabhängigen weichen und somit Klassenkämpfen von unten im Immobiliensektor vorgebeugt werden. Mit der Industrialisierung und Urbanisierung verschärfte sich in den 50er Jahren die Wohnungsfrage und viele Eigentümer*innen und die Immobilienwirtschaft fürchteten soziale Kämpfe, wie den katalanischen Mietstreik, der sie in den 30er Jahren an den Rand der Verzweiflung brachte.

„Der Tag, an dem die Barcelonesen aufhörten, die Miete zu zahlen", nannte die spanische Tageszeitung »El País« den Mietstreik. Dieser Mietstreik, der in seiner Hochzeit bis zu 100.000 Haushalte in Katalonien erfasste, war einer der längsten sozialen Kämpfe in der prärevolutionären Phase der Zweiten Spanischen Republik. Die Bedeutung des Mietstreiks sei in der Historiographie lange Zeit unterschätzt worden, so Manel Aisa Pàmpols, der die bisher erste Monographie über diesen Streik verfasst hat.

Einen „Akt des kollektiven Ungehorsams gegen die Immobilienspekulation" nannte ihn der Historiker Xavier Diez, der in gewisser Weise der eigentliche Anfang der sozialen Revolution darstelle: „Die Revolution begann nicht im Sommer 1936. Sie begann viel früher. Eines der ersten revolutionären Dekrete im Sommer 1936 senkte die Mieten auf 10 Prozent des Einkommens und sei kein Zufall gewesen, so Diez.

Der Mietstreik ist als Folge zweier, sich überschneidender Entwicklungen zu sehen. Zum einen ist hier der Kontext des „Regime Change", der Übergang von der monarchistischen Diktatur zur demokratischen Republik im April 1931, von Bedeutung. Viele Arbeiter*innen hofften auf einen sozialen Wandel, der auch ihre Interessen berücksichtigen würde. Zum anderen verschlechterte sich die sozioökonomische Lage der Arbeiter*innenklasse bereits seit Ende der 20er Jahre und die Arbeitslosigkeit stieg stark an. Dies lag an den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die katalanische Industrie, aber auch an dem Verhalten der katalanischen Bourgeoisie, die aufgrund des Regimewechsels zurückhaltend agierte. Außerdem waren einige Großprojekte, wie die Weltausstellung von 1929, beendet, die zuvor eine Vielzahl an Arbeitskräften gebunden hatten. Die Massenarbeitslosigkeit verschärfte die sozialen Verhältnisse und führte zu einer Zunahme der Schattenwirtschaft. Viele Betroffene standen vor der Frage, wie sie nun ihre Miete bezahlen sollten. Denn für viele reichten die Einkünfte nicht einmal für den Kauf von Lebensmitteln. Der Mietstreik entsprang also aus einer konkreten, sozialen Notlage.

Als im April 1931 die Baugewerkschaft der anarchosyndikalistischen »Confederación Nacional del Trabajo« (CNT) in Barcelona die »Comisión de Defensa Económica« (CDE; ökonomische Verteidigungskommission) ins Leben rief, war der Mietstreik bereits seit etwa einem halben Jahr im Gange. Die »CDE« bündelte und politisierte den Streik, und riet den Menschen: „Esse gut und wenn du kein Geld hast, dann zahle die Miete nicht". Zudem versuchte die »CDE« die diversen Forderungen zu einigen Hauptforderungen zu bündeln: Die Schaffung sozialen Wohnraums in öffentlicher Hand, eine allgemeine Mietsenkung um 40 Prozent und die Befreiung der Arbeitslosen von Mietzahlungen.



Die eigentlichen Träger*innen des Streiks waren aber die Hausgemeinschaften und nachbarschaftlichen Netzwerke. Ob man sich dem Streik anschloss und wenn ja, wie man sich gegen Zwangsräumungen oder das Abstellen von Strom und Wasser zur Wehr setze, wurde hier entschieden.

Die »CDE« besaß keine wirkliche Kontrolle über den Streik. Dies sollte sich im Sommer 1931 als vorteilhaft erweisen. Als auf Druck von Eigentümervereinigungen der Staat zu einem repressiven Schlag gegen die »CDE« ausholte und viele Aktive der »CDE« ohne Gerichtsverfahren ins Gefängnis steckte, hatte dies keine direkten Auswirkungen auf die Mobilisierung der Streikenden.

Eher setzten die vielen durchgesetzten Zwangsräumungen den Streik unter Druck. Im Frühjahr 1931 waren diese noch sporadisch gewesen und hatten oft damit geendet, dass die Betroffenen unterstützt von Nachbar*innen oder Gewerkschafter*innen der »CNT« wieder in ihre Wohnungen zurückkehren konnten. Ab dem Sommer war dies aufgrund massiver Polizeieinsätze schwieriger geworden und artete häufig in heftige Straßenkämpfe aus. Die Memoiren des Anarchisten Abel Paz, der den Mietstreik als Kind miterlebte, geben ein eindrückliches Bild über die Verteidigungsmaßnahmen der Streikenden:

„Anfang 1932 griff der Mietstreik auch auf unser Haus über. Es gab Drohungen, wie zu erwarten war. Die Elektrizitätsgesellschaft drehte uns den Strom ab, aber kurz danach kamen andere Arbeiter der Gesellschaft und stellten ihn wieder an. Das war die Taktik der E-Werker: Die einen befolgten die Anweisungen der Firma und kappten den Strom, aber wenig später kamen die von der Gewerkschaft und schlossen ihn wieder an.

In unserem Haus wurden die üblichen Verteidigungsmaßnahmen ergriffen. Das Eingangstor war immer verschlossen und wir Kinder hielten auf der Straße Wache, um die Leute drinnen zu warnen, falls wir Bereitschaftswagen der »Guardia de Asalto« sichteten […]. Wir waren gut vorbereitet. Dieser Streik dauerte mehrere Monate, während derer keine Miete, kein Strom und keine Gebühren für das Wasser bezahlt wurden, aber die Polizisten griffen unser Haus nicht an, wahrscheinlich, weil es etwas abgelegen war. Anderswo erschienen die Polizisten sehr wohl, um Gebäude zu räumen, und es kam zu regelrechten Schlachten zwischen Frauen, Kindern und Polizisten. In Allgemeinen gingen diese Schlachten zugunsten der zu Räumenden aus […]. Der Erfolg sprach sich herum und motivierte die Menschen, sich noch radikaler zu verteidigen.“

„DIE ELEKTRIZITÄTSGESELLSCHAFT DREHTE UNS DEN STROM AB, ABER KURZ DANACH KAMEN ANDERE ARBEITER DER GESELLSCHAFT UND STELLTEN IHN WIEDER AN.“
Aus den Memoiren des Anarchisten Abel Paz

Die Lage spitzte sich im Spätsommer 1931 zu. Ende August 1931 traten 57 Gefangene, die im Zuge des Mietstreiks inhaftiert worden waren, in einen Hungerstreik. Daraufhin rief die »CNT« Anfang September aus Solidarität zu einem Generalstreik auf. Der Staat reagierte auch hierauf mit Repression und Gewalt. Nach offiziellen Angaben wurden mindestens sechs Streikende getötet, 20 schwer verletzt und mehr als 300 verhaftet. Bis Jahresende wurden 3425 Personen, die einst aus anderen Regionen in Spanien migriert waren, aus Katalonien ausgewiesen.

Die Frage nach dem Erfolg des Mietstreiks lässt sich nur schwer beantworten. Die meisten Forderungen blieben unerfüllt. Nur wenigen gelang es eine Mietsenkung um 40 Prozent zu erlangen und wenn, dann ging es meist um Eigentum in öffentlicher Hand.

Auch in den Jahren nach 1931 ging der Mietstreik weiter, allerdings in einem anderen, weniger zugespitzten Rhythmus. Hierin lag wohl der größte Erfolg des Streiks: Er schuf Abhilfe für viele Menschen in prekären Verhältnissen, und das aufgrund der Verteidigungsmaßnahmen oft sogar über Monate oder Jahre hinweg. Wegen der zeitweisen massiven Repression konnte der Preis für manche allerdings recht hoch sein.

Aufgrund der unterschiedlichen sozialen und politischen Ausgangslagen lässt sich nur schwer sagen, was für heutige Mietkämpfe daraus gelernt werden könnte.

Zwei Dinge seien trotzdem erwähnt: Zum einen zeigte die »CDE«, dass ein organisatorischer Überbau, der zwar der Politisierung und Kräftebündelung dient, jedoch keine Kontrolle ausübt, nützlich ist. Ein repressiver Schlag gegen die Organisation kann dann nur bescheidenen Einfluss auf die Mobilisierung des sozialen Kampfes haben. Zum anderen lehrt uns der Mietstreik die Wichtigkeit von Kollektivität und Solidarität. Haus- und nachbarschaftliche Gemeinschaften waren die Träger*innen des Streiks und wenn in Zukunft erfolgreiche soziale Kämpfe auf dem Wohnungsmarkt ausgefochten werden sollen, ist die Überwindung von Vereinzelung und das Pflegen guter sozialer Beziehungen zu unseren Nachbar*innen die Grundvoraussetzung.



▸ **Julian Fürst** ist Historiker aus Freiburg und in Sozialen Bewegungen aktiv.

▸ **Weiterlesen**
▹ **Manel Aisa Pàmpols:** La huelga de alquileres y el comté de defensa económica, Barcelona 2014.

TOOLBOX: WAS IST EINE POLITISCHE KAMPAGNE UND WIE BAUT MAN SIE AUF?

Kampagnen begegnen uns tagtäglich. Aber was ist eigentlich eine politische Kampagne? Und was sollte man sich als Aktivist*in von kapitalistischer Werbung abschauen? Der Versuch einer Anleitung.

VON: WANN STRAHLST DU?



Man kann Kampagnen verschieden kategorisieren. Eine erste Möglichkeit der Definition ist der Unterschied bzw. die Abgrenzung zur klassischen Werbung. Werbung oder Marketing möchte dir ein bestimmtes Produkt oder eine Dienstleistung verkaufen. Das können Schuhe, eine Reise oder ein Fernseher sein.

Eine politische Kampagne möchte nichts verkaufen, eher überzeugen. Meist sogar eher etwas Ideelles vermitteln. Das kann etwas Progressives, wie Feminismus oder Umweltschutz sein, aber natürlich auch etwas Reaktionäres (geschlossene Grenzen, Rasen auf der Autobahn usw.). Wir wollen uns mit Ersterem beschäftigen.

PHASE 0: DER START

Die meisten politischen Kampagnen haben einen ganz klaren Startpunkt. Das ist das politische Element bzw. eine politische Idee. Die Kampagne selbst ist eigentlich nur die Art der Vermittlung, die Sprache, die Übersetzungsarbeit. Das politische

Element wird meist schon über das Betätigungsfeld eurer Gruppe definiert (soziale Stadtteilgruppe, ökologische Initiative, gewerkschaftliche Hochschulgruppe). Der Kern steht also. Jetzt geht's um die Verpackung.

PHASE 1: WER?

Wenn wir von »wann strahlst du?« eine Anfrage für eine Kampagne bekommen, ist die erste Frage, die wir stellen: Wer ist eigentlich die Zielgruppe? Obwohl die Frage sehr simpel erscheint, verbergen sich hier bereits die ersten Fallstricke.

Ein erster Fallstrick ist es, aus aktivistischer Sicht auf diese Frage mit „ALLE" zu antworten. Das ergibt sich meistens daraus, dass Aktivist*innen eine andere Gesellschaft anstreben, und wollen, dass „ALLE" Menschen (aka die Gesellschaft) feministischer oder ökologischer werden. Dies ist ein politisches Ziel, aber aus Kampagnensicht nicht zu erreichen.

Der zweite Fallstrick ist, die Frage nach der Zielgruppe erst gar nicht zu beantworten. Denn dann beantwortet sie sich von allein. Ein Großteil der Kampagnen aus dem aktivistischen Spektrum adressiert deswegen ungewollt nur eine einzige Zielgruppe: nämlich sich selbst. Sticker haben den gleichen Look, Demos die immer gleichen Sprüche und Texte sind vollgestopft mit schweren Fachtermini. Der*die klassische akademische Uni-Aktivist*in fühlt sich hier wohl und angesprochen – alle anderen oftmals nicht.

Möchte eine politische Kampagne Wirkmächtigkeit erreichen, macht es deswegen großen Sinn, die Zielgruppe irgendwie zwischen „Alle" und „eigene Bubble" einzugrenzen. Hier ein paar Möglichkeiten:

- Möchte ich Personen ansprechen, die mich und meine Gruppe bereits kennen, oder ganz neue Personen?
- Sind die Personen mit den politischen Zielen bereits in Berührung gekommen, vielleicht sogar Expert*innen, oder komplett neu auf dem Feld?
- Möchte ich Einzelpersonen, Multiplikator*innen, Machträger*innen, eine bestimmte Szene oder eine breite Masse erreichen?
- Demografische Abfrage: Alter, Milieu, Geschlecht, Stadt/Land, Einkommen…



PHASE 2: DAS ZIEL

Was ist eigentlich euer Kampagnenziel? Es ist gut, sich das Ziel einer Kampagne klar zu machen. (Und nein, „Revolution" ist nicht das Ziel einer Kampagne.) Nur so hat man die Möglichkeit einen Erfolg zu messen, oder bei Misserfolg auch nachzujustieren.

Wir unterscheiden in den meisten Fällen zwischen drei Arten von Kampagnen: die **Eventkampagne**, die **Produktkampagne** und die **Diskurskampagne**.

Eine **Eventkampagne** kann die Bewerbung einer Veranstaltung oder einer Demo sein. Man bewirbt ein bestimmtes Event an Tag X und kann sich überlegen wie man eine Anzahl von x Personen dorthin bewegt.

Bei einer **Produktkampagne** bewirbt man ein bestimmtes Produkt. Da Aktivist*innen aber selten etwas Konkretes verkaufen (außer Soli-T-Shirts), besteht dieses Produkt oftmals aus etwas anderem als einem konkreten Gegenstand. Das Produkt kann zum Beispiel Geld für eine Kickstarter-Kampagne oder Direktkredite für ein Hausprojekt sein. Oder aber Unterschriften bei einer Petition und einem Bürgerbegehren.

Die **Diskurskampagne** ist schwieriger zu fassen und auch schwieriger zu gestalten. Bei der Diskurskampagne geht es darum, ein bestimmtes Thema oder Anliegen allgemein an einem Ort zu bewerben. Also sowas wie oben erwähnt, eine feministischere oder ökologischere Gesellschaft. Meist muss man diese Art der Kampagne mit einer der anderen kombinieren, um sichtbar zu werden (etwa Feminismus mit der Eventkampagne Frauen*kampftag).

Die drei Arten der Kampagne sind nur Orientierungen und vermischen sich in der tatsächlichen politischen Praxis oft.

Nehmen wir zur Analyse einmal die Kampagne »Deutsche Wohnen & Co enteignen«, über die ja auch weiter vorne im Heft berichtet wird. Hier finden sich alle drei Arten wieder:

Die Produktkampagne, indem zwei Mal hunderttausende Unterschriften gesammelt wurden; die Eventkampagne, indem zur Urnenabstimmung soundsoviel Menschen erscheinen und mit „Ja" abstimmen sollten; und die Diskurskampagne, indem der Diskurs um die Themen Wohnraum und Vergesellschaftung mit neuen Begriffen bespielt wurde.

PHASE 3: TALK!

„Kauf dieses Eis!" „Kauf dieses Auto!" „Kauf dieses Handy!" Und, würdest du diese Produkte kaufen? Natürlich nicht.

Was der Kapitalismus tatsächlich ziemlich gut kann, ist es, Träume, Erwartungen und Utopien in Produkte einfließen zu lassen. Erwähnen wir statt den drei Kaufaufrufen die Worte „Magnum-Eis", „Tesla" und „iPhone", hast du nicht nur direkt das Produktbild im Kopf, sondern auch eine bestimmte Idee, eine Atmosphäre und ein Bedürfnis. Der Kapitalismus spielt über Bande.





Interessanterweise kommunizieren Aktivist*innen selten auf diese Art. Oft wird die politische Forderung („Mehr Wohnraum!“) auf ein Plakat geschrieben und das soll wirken.

Als wir 2018 die Kampagne zum Frankfurter Bürgerbegehren „Mietentscheid Frankfurt“ konzipiert haben, standen wir vor einem Dilemma: Einerseits ist das Wohnraumthema höchst komplex (niemand weiß wirklich, was eigentlich der „Förderweg 2“ ist), andererseits hat jede*r eine Meinung dazu. Außerdem wurde es schon in etlichen Wahlkämpfen der letzten 15 Jahre durchgespielt – jede Partei verspricht irgendwie bezahlbaren Wohnraum. Auf uns hat also niemand gewartet.

Wir mussten als progressive Kampagne einen klaren Unterschied zum bestehenden Diskurs machen. Wir haben es mit Emotionen versucht. Statt zu erklären, was nun „Förderweg 2“ ist oder ein 5-minütiges Video zu drehen, das den komplexen Frankfurter Wohnungsmarkt erklärt, haben wir eine Kampagne gestaltet, die auf ungefähr 15 Slogans basierte.

Das Konzept war ziemlich simpel: Wir haben Sprüche entworfen, die das Thema Wohnraum erwähnen oder anschneiden und gleichzeitig Emotionen berühren. Das konnte lustig, sarkastisch, traurig oder lokalpatriotisch sein. Das Problem haben wir auf einer sachlichen Ebene nicht nochmal erwähnt – jede*r weiß schließlich aus dem eigenen Leben, wie schwer es ist, eine bezahlbare Wohnung zu finden.

Der Unterschied zu all den anderen Parteien oder Kampagnen war (neben der Emotionalisierung), dass wir ein echtes Mitmach-Element hatten: Ein Bürgerbegehren, das man unterschreiben konnte. Dieser Call-of-Action war elementar wichtig und gab den Menschen nicht nur das Gefühl „dabei zu sein“, sondern wirklich was politisch bewegen zu können (vor allem für Menschen, die nicht jede Woche auf Plena sitzen, ein nicht zu unterschätzender Faktor).

Unser Tipp: Schau dir an, welche Werbung dich persönlich anspricht und wie dort über Bande gespielt wird. Vielleicht kannst du dir was für deine politische Kampagne abschauen.

PHASE 4: DAS MEDIUM IST DEINE BÜHNE

Wir haben uns über die Art der Kampagne und über die Sprache Gedanken gemacht. Jetzt ist es an der Zeit sich das Format zu überlegen.

Heute gibt es mehr Möglichkeiten denn je, auf eine Kampagne aufmerksam zu machen – und das meist kostengünstig. Viele Initiativen entscheiden sich für das „Standard-Kampagnen-Paket“ (Sticker, Poster, Flyer, Facebook und Insta) und lassen dabei viel Potenzial liegen. Poster, Sticker und Flyer werden zu oft nur in den eigenen Räumen verteilt, Facebook und Instagram werden bespielt, weil sich dem Gefühl nach dort die meisten Menschen aufhalten (und weil man oftmals diese Kanäle bereits hat). Man gerät hier sehr schnell in den oben beschriebenen Zielgruppen-Fallstrick, zu fein und/oder zu grob zu streuen.

Ein altgedienter Spruch kann hier aus der Mottenkiste geholt werden und ist dabei ziemlich nützlich: „Die Leute dort abholen, wo sie sind!“

Man sollte sich gezielt Gedanken machen, wo sich die anvisierte Zielgruppe überhaupt bewegt und updatet. Die Antwort ist in vielen Fällen: im Internet (und weniger in der „analogen“ Welt), und dort auf einer der bestehenden Social Media-Plattformen.

Fangfrage: Wie viele Social Media-Plattformen fallen dir auf Anhieb ein? Antwort: Es gibt mehr.

Deswegen hier ein kurzer Überblick, was gerade State oft the Art der Plattformen ist: Facebook, Instagram, Twitter, Snapchat, TikTok, Twitch, YouTube, Vimeo, Pinterest, Steam, Telegram, Whatsapp, Patreon, Soundcloud, Mixcloud, Spotify, Dating Apps (wie Okcupid und Tinder), Podcatcher, Reddit, Imgur, Petitionsseiten und Fundraisingseiten. Und standardmäßig natürlich die gute alte Website, der Blog, die Mailingliste.

Jede dieser Plattformen spielt auf ihre ganz eigene Art mit den Begriffen „social“ und „media“.

Das Stichwort ist hier: weniger ist mehr. Man sollte jetzt nicht auf all diesen Plattformen Seiten eröffnen. Und auch nicht unbedingt eine Plattform bespielen, nur weil sie die meisten User*innen hat. Sondern lieber schauen, wo sich die jeweilige Zielgruppe bewegt, dort ein bis zwei sehr gut bespielte Channel mit regelmäßigen Posts einrichten und seine Zielgruppe gezielt mit einer Community-Betreuung ansprechen.

Als ungewöhnliches Beispiel werfen wir mal Folgendes in die Plattform-Medium-Ideenrunde ein: Man kann für seine politische Initiative ein Tinderprofil eröffnen und so sehr lokal gezielt mit Leuten „matchen“ und gegebenenfalls in Diskussion kommen. Den Jingle, den man für seine Demo aufgenommen hat, kann man kann vorher in Spotify als Werbung laufen lassen. Oder man kann zu einem lokalen politischen Problem Memes basteln und diese auf Reddit und Imgur teilen.

Jede dieser Ideen kann scheitern oder genau richtig sein – je nachdem, wo sich eure anvisierte Zielgruppe befindet.



PHASE 5: WAS KÖNNT IHR?

Neben der Plattform-Frage ist auch die Frage von Bedeutung, was für technische Skills und Fähigkeiten ihr als Gruppe habt. Einen Youtube-Channel zu bespielen ohne eigenes Kamerawissen und Equipment kann sehr aufwändig und kräftezehrend sein. Ist dies aber vorhanden, ist ein Tiktok-Account oder ein Livestream kein großer Sprung mehr.

Ohne Wissen über Grafik-Programme kann die Erstellung von Sharepics sehr mühsam sein – habt ihr in dem Bereich bereits Erfahrung, ist die Erstellung von Digital- und Printprodukten sehr einfach und immer wieder reproduzierbar. Macht eure Kampagne auch von diesem Wissen abhängig und holt euch notfalls Leute ins Kampagnen-Team, die ihr Wissen mit euch teilen (die müssen euch nicht mal politisch besonders nahe sein).

Neben der technischen Frage ist auch die Frage des Auftretens wichtig. Aktivist*innen sind sehr erprobt im Veranstalten von Demos und Kundgebungen mit zahlreichen Redebeiträgen. Doch diese Formate sind auf ihre Weise repetitiv und haben keinen hohen Spannungsfaktor. Oftmals ist auch die Partizipationsmöglichkeit sehr gering. Es ist vielleicht überraschend, aber Menschen, die sich nicht als Aktivst*innen verstehen oder als politisch bezeichnen, gehen ziemlich ungern auf Demos.

Manchmal reicht schon ein neues Framing (aus „Demo" wird „kritischer Stadtspaziergang", aus „Kundgebung" wird „Stadtteiltreffen") und der Charakter (und die Erwartungshaltung) der Veranstaltung verändern sich. Aber probiert im Laufe der Zeit auch neue, ungewöhnliche Formate aus, wo es auch für Neu-Interessierte Partizipationsmöglichkeiten gibt. Hier eine beispielhafte Formatliste, mit der wir selbst arbeiten: digitale Story durch einen realen Ort (digitale Ortsführung), Livestream einer Pressekonferenz, ein Podcastformat, ein leichtverständliches FAQ zu einem Thema im Hosentaschenformat, der gezielte Versuch eines digitalen „Shitstorms" durch Provokation oder Hashtag-Übernahme, eine kindergerechte Fahrraddemo, aktivierende und persönliche Haustürgespräche zu einem lokalen Anliegen, eine Schnitzeljagd mit der Verwendung von QR-Codes, ein Siebdruckworkshop, wo Merchandise mit Logos und Forderungen bedruckt wird, ein Tag der offenen Tür.

PHASE 6: WIE WEITER?

Nehmt euch während und am Ende jeder Kampagne genügend Zeit euch zu reflektieren. Was hat gut funktioniert, was nicht? Hat es euch Spaß gemacht? Wurden politische Ziele erfolgreich verfolgt, wenn nicht, welche Zwischenetappen wurden erzielt? Was hat die Gegenseite gemacht? Wie haben Medien darauf reagiert? Welches Equipment kann man fürs nächste Mal anschaffen?

Gebt euer lokal gesammeltes Wissen weiter und unterstützt befreundete Gruppen, damit eure nächste Kampagne nochmal ein bisschen besser wird.

▸ **wann strahlst du?** sind die beiden Medienheinis **Valentin** und **Filou**. Sie haben ihre Bürogemeinschaft 2021 in Frankfurt/Offenbach gegründet, und machen Kampagnenplanung, Beratung, Pressearbeit, Workshops und politische Kommunikation für progressive Bewegungen.

Website: ▹ wannstrahlstdu.org
Projekte: ▹ instagram.com/wann_strahlst_du
Anfragen: hallo@wannstrahlstdu.org

▸ **Illustrationen**
Jens Feddersen ▹ jensfeddersen.com

TEILEN IN DER NACHBARSCHAFT

Das Forschungsprojekt »StadtTeilen« entdeckt in Praktiken des Teilens ein Potential für eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung

FORSCHUNGSTEAM »STADTTEILEN«

Steigende Konkurrenzen um Raum, Gentrifizierungsprozesse und die Spekulation mit (Wohn-) Immobilien führen gerade in innerstädtischen, sozial gemischten Quartieren oftmals zur Verdrängung nicht ausschließlich renditeorientierter Nutzungen. Praktiken des Teilens können Widerstand und Handlungsspielräume der Bewohner*innen ermöglichen. Das Forschungsprojekt »StadtTeilen« beschäftigt sich mit zwei wichtigen Perspektiven des Teilens: Raum teilen und Wissen teilen. Dazu wurden unter anderem Projekte in Stuttgart und Berlin untersucht.

PRAKTIKEN DES TEILENS

Praktiken des Teilens werden in den letzten Jahren besonders unter dem Label der „sharing economy“ und jüngst auch der „share city“ diskutiert. Ein bekanntes Beispiel für Teilen im urbanen Raum ist das Carsharing. In den letzten 15 Jahren haben Praktiken und Plattformen des Teilens international einen großen Aufwind erlebt. Dies betrifft nicht nur den Bereich der Mobilität (zum Beispiel Bike- oder Ridesharing), sondern ebenso Bereiche wie das Wohnen (Airbnb oder Co-Living), Arbeiten (Coworking oder FabLabs), sowie digitale Technologien (Filesharing oder Opensource Software). In der Stadtentwicklung spielt sowohl das Teilen von Gütern und insbesondere Flächen (RaumTeilen), als auch das Teilen von Informationen und Erfahrungen (WissenTeilen) eine Rolle. Der Bedeutungsgewinn von Praktiken und Angeboten des Teilens wird einerseits auf die Digitalisierung zurückgeführt, da hierdurch neue Möglichkeiten der Vernetzung zwischen Menschen, Gütern, Diensten und Wissen entstehen. Andererseits wird auf einen Wertewandel verwiesen, der eine auf Nutzen statt Besitzen orientierte Konsumkultur fördert, die insbesondere die jüngeren Generationen prägt (Georgi et al. 2019; Weiber und Lichter 2020).

Wenngleich Praktiken des Teilens erhebliche Potenziale hinsichtlich eines ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltigeren Wirtschaftens aufweisen, haben sie auch Schattenseiten. Etwa wenn Arbeits- oder Hygienestandards bei Anbietern wie Uber oder Airbnb unterlaufen werden. Auch die Einspareffekte durch das Teilen von Ressourcen werden konterkariert, wenn diese, wie zum Beispiel Wohnraum in bestimmten Co-Living- oder Airbnb-Angeboten, durch hohe Preise nur bestimmten Nutzer*innen zur Verfügung stehen. Zur Unterbindung solch negativer Effekte sind Regulierungen der Ökonomie des Teilens erforderlich. Dabei ist zwischen kommerziell und auf Gemeinwohl ausgerichteten Teilen-Praktiken zu unterscheiden, da besonders erstere die positiven Effekte des Teilens aushöhlen (Loske 2019). Um den Charakter von Teilhabe, bottom-up und Gemeinwohl an Teilen-Praktiken zu kennzeichnen, werden diese auch als Commoning-Praktiken bezeichnet und von kommerzialisierten Angeboten abgegrenzt, die eine Tendenz zur Monopolbildung aufweisen (Shareable 2018). Gemeinwohlorientierte Praktiken des Teilens lassen sich nicht allein auf Trends wie Digitalisierung und Wertewandel zurückführen, sondern sind zugleich Ausdruck eines Widerstands gegen Prozesse der Kommerzialisierung, Privatisierung und wachsender Raumkonkurrenzen, wie sie sich in Städten verdichten.

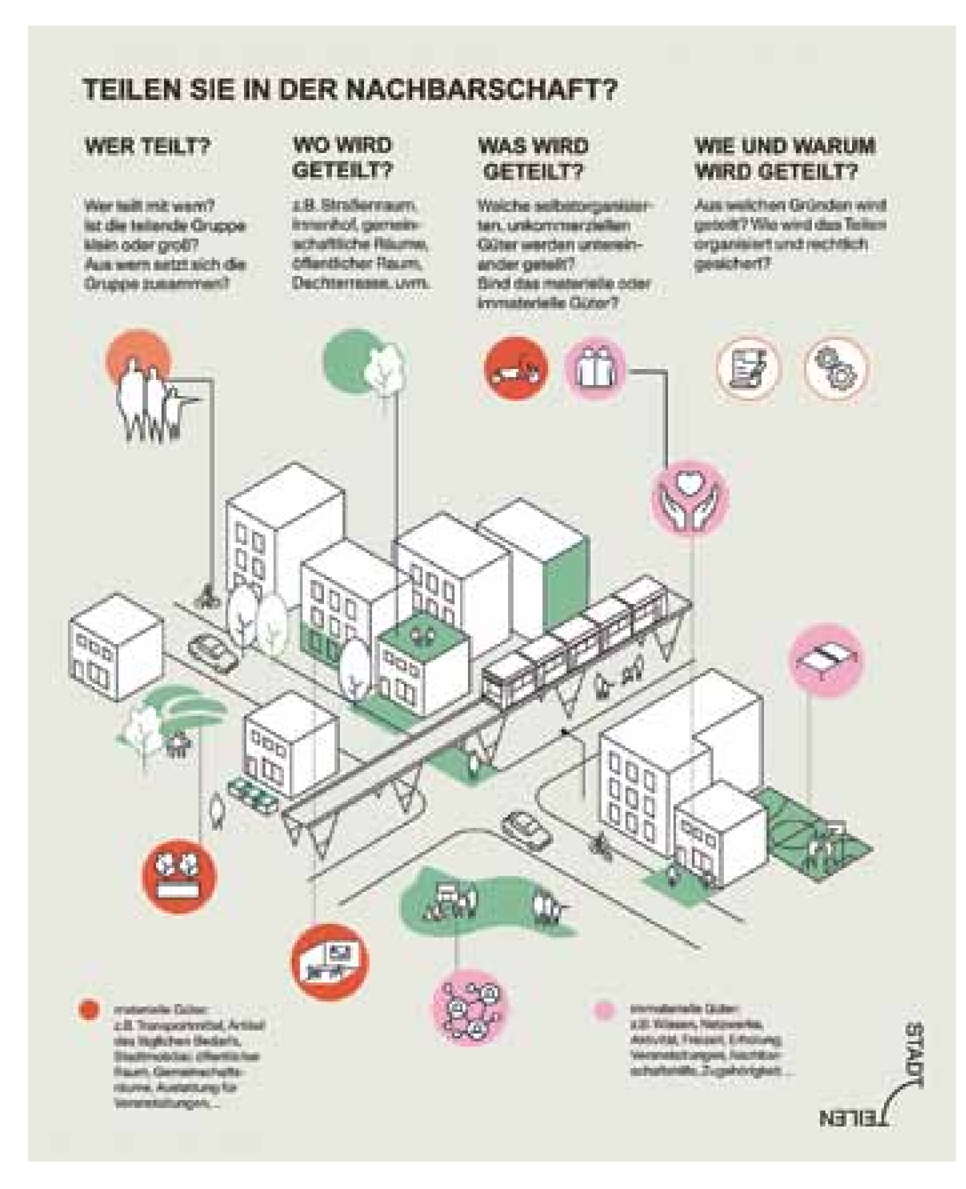
RAUM TEILEN

Durch Mehrfachnutzungen, multiple Codierungen und die Schaffung unterschiedlicher Zugänge können bestehende Räume durch verschiedene Formen des „Raum-Teilens“ besser genutzt werden. Beispiele hierfür sind experimentelles Wohnen im temporären Leerstand, Transformation von Parkplatzflächen zu Orten der Teilhabe, geteilte Räume im genossenschaftlichen Wohnungsbau, zusammengelegte Innenhöfe in der Blockrandbebauung oder die Nutzung von Schulhöfen nach Schulschluss und in den Ferien. Bekannte Beispiele im Bereich des Wohnens sind durch das »Mietshäuser-Syndikat« ermöglichte Projekte oder Genossenschaftsbauten wie die »Kalkbreite« in Zürich. Sie verdeutlichen, dass eine langfristige Perspektive von Praktiken des Teilens im Wohnen nicht um die Frage herumkommt, wie sich Boden und Gebäude dauerhaft einem renditeorientierten Markt entziehen lassen. Allerdings können auch zunächst temporär angelegte Initiativen zu einer Entschärfung von Raumkonkurrenzen und zur Umsetzung neuer Visionen des Wohnens beitragen.

In Stuttgart-Mitte ist vor wenigen Jahren eine Initiative entstanden, die sich inzwischen als eingetragener Verein (»Adapter«) dafür einsetzt, leerstehenden Gewerberaum temporär als Wohnraum zu nutzen. Für die Gründer*innen war dabei das antreibende Motiv, Perspektiven zu schaffen, um in der Stadt langfristig wohnen bleiben zu können, aber gleichzeitig auch, neue Ideen gemeinschaftlichen Wohnens zu entwickeln. Dabei sollen neu gestaltete Erdgeschosszonen als Schnittstellen zwischen privatem und öffentlichem Raum vermitteln.

Stuttgart-Mitte verzeichnet steigende Immobilienpreise. Zudem wird die Stadt in markanter Weise von großen Straßen durchschnitten. Eine Initiative hat es sich zur Aufgabe gemacht öffentlichen Raum zurückzugewinnen. Als inzwischen eingetragener Verein wurde die Initiative »Stadtlücken« auch überregional bekannt, insbesondere mit der temporären Umgestaltung des Österreichischen Platzes, einem in den Automobilverkehr eingeschachtelten Un-Ort, über den eine Brücke der Stadtautobahn verläuft und unterhalb dessen ein Parkplatz liegt. Dieser Ort wurde in Kooperation mit der Stadtverwaltung mit unterschiedlichen Nutzungen wie öffentlichen Abendessen, Konzerten und Informationsveranstaltungen bespielt, um ihn als einen für Passant*innen und Bewohner*innen offenen und geteilten Raum anzueignen.

Beide Stuttgarter Initiativen entwickeln Vorstellungen neuer geteilter Räume, entschärfen temporär Raumkonkurrenzen und vernetzen unterschiedliche Akteur*innen, zu denen bei der Umsetzung auch Institutionen aus der Stadtpolitik und Immobilienwirtschaft gehören. Das Verhältnis zu diesen wird zugleich von den Initiativen als die kritische Größe bei der langfristigen Umsetzung kooperativer Planungsprozesse und geteilter Räume bezeichnet. So unterstreichen die Initiativen unter anderem, dass bei der Umnutzung von Räumen viele rechtliche und organisatorische Fragen entstehen, bei denen eine Beratung und Klärung seitens städtischer Akteur*innen wichtig ist.



WISSEN TEILEN

Neben Räumen können auch Wissen und Erfahrungen geteilt werden. Im Forschungsprojekt »StadtTeilen« geht es um die Frage, wie das Wissen und die Erfahrungen von Anti-Gentrifizierungsinitiativen geteilt und dadurch neue, ortsübergreifende Formen der Vernetzung geschaffen werden können. Aufgrund einer hohen Dichte von Initiativen und Aktionen in den untersuchten Kiezen in Berlin-Kreuzberg, von denen über Berlin hinaus vor allem die »Bizim Kiez-Kampagne« im Kampf gegen Verdrängung bekannt geworden ist, bietet sich ein vielschichtiges Bild. Das Teilen von Wissen und Erfahrungen der Initiativen kann dabei in die unterschiedlichen Dimensionen Kommunikation, Kooperation und Transformation untergliedert werden.

Im Bereich der Kommunikation geht es zunächst darum, auf die sozial-räumlichen Probleme, die durch Verdrängung entstehen, aufmerksam zu machen und somit Solidarisierungsmöglichkeiten zu schaffen. Ein Beispiel hierfür ist das Solidarische Netzwerk von Nachbarschaft und Gewerbetreibenden in Berlin-Kreuzberg (»NaGe-Netz«), das im Sommer 2020 eine Veranstaltungsreihe zum Erhalt des Kulturstandorts »Oranienstraße 25« organisiert hat. Dabei wurde auch weiteren Akteur*innen Raum gegeben, ihre eigenen Erfahrungen in Bezug auf Verdrängung zu kommunizieren. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor war dabei die breite Zugänglichkeit und die Anschlussfähigkeit an weitere, ähnliche Aktionen.

Weiterhin spielt der Aspekt der Kooperation eine wichtige Rolle, da hierdurch neue Allianzen angestoßen werden können. Das Teilen von Erfahrungen ist dabei die Grundlage, um gemeinsame Motivationen und Ziele erkennen zu können. Die »Arbeits- und Koordinierungsstruktur Gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung (AKS Gemeinwohl)« ist ein Beispiel hierfür. Die »AKS« ist als Schnittstelle zwischen der Verwaltung, Akteuren der Zivilgesellschaft und der Politik entstanden und hat das von allen Akteur*innen verfolgte gemeinsame Ziel der Unterstützung gemeinwohlorientierter Projekte und Räume. Hierfür bietet die »AKS« Informationsmaterialien an und schafft einen institutionellen Rahmen zur Vernetzung gemeinwohlorientierter Vermieter*innen mit entsprechenden Initiativen. Es geht darum, die Erfahrungen und das Wissen der Initiativen zu bündeln und zur Entwicklung neuer Strukturen und Formate beizutragen. Ein Beispiel ist das »Initiativenforum Stadtpolitik« (kurz »IniForum«). Diese neue Schnittstelle zwischen Initiativen, Politik und Verwaltung unterstützt und verstärkt den Austausch.

FAZIT

Die hier gezeigten Ansätze des „Raum Teilens" und „Wissen Teilens" können als Ergänzung zu anderen Instrumenten, etwa aus dem Bereich des Ordnungsrechts, zum Erhalt innerstädtischer Quartiere als Wohnstandorte für eine sozial heterogene Bevölkerung beitragen. Ausgehend von zivilgesellschaftlichen Impulsen werden neue, gemeinwohlfördernde Praxen der Stadtgestaltung kooperativ mit Akteur*innen aus Politik und Verwaltung entwickelt. Dazu werden immaterielle und materielle Güter wie Raum und Wissen geteilt und darüber hinaus auch neue Perspektiven für den langfristigen Erhalt der geteilten Güter geschaffen.

▸ **Mitglieder des »StadtTeilen«-Forschungsteams** sind: Floris Bernhardt, Nada Bretfeld, Josefine Buzwan, Helena Cermeño, Sina Doukas, Elisabeth Güde, Constantin Hörburger, Carsten Keller und Florian Koch

▸ **Weiterlesen**
▹ **Forschungsprojekt »StadtTeilen«** ▹ stadtteilen.org
▹ **Adapter e.V.** ▹ adapter-stuttgart.de
▹ **Stadtlücken e.V.** ▹ stadtluecken.de
▹ **AKS Gemeinwohl** ▹ aks.gemeinwohl.berlin/about/die-aks
▹ **NaGe-Netz** ▹ nage-netz.de

▸ **Quellen**
▹ **Georgi, Dominik et al. (2019):** ShareCity. Sharing-Ansätze, Sharing-Verhalten, Sharing-Strategien, Sharing-Cases in Städten. Springer
▹ **Loske, Reinhard (2019):** Die Doppelgesichtigkeit der Sharing Economy. Vorschläge zu ihrer gemeinwohlorientierten Regulierung. In: WSI Mitteilungen, 72. JG. (1), S. 64–70
▹ **Shareable [Hrsg.] (2018):** Sharing Cities. Activating the Urban Commons. Shareable
▹ **Weiber, Rolf / Lichter, David (2020):** Share Economy: Die „neue" Ökonomie des Teilens. In: T. Kollmann [Hrsg.]: Handbuch Digitale Wirtschaft. Springer

▸ **Schaubild:** Sina Doukas, © Projekt »StadtTeilen«

„WIRD STADT GESTALTET, WERDEN PLANUNGSPROZESSE GESTALTET“

Ein Interview mit Renée Tribble, Mitbegründerin der Hamburger »PlanBude«, über Stadtplanung als Prozess und die Rolle von Planer*innen

INTERVIEW: MILA ELLEE UND FLORIAN HEINKEL



Renée Tribble in der Hamburger »PlanBude« | Foto: © Frank Egel

Wie kann ein Stadtteil selbst planen? Renée Tribble ist seit September 2021 Professorin für Städtebau, Bauleitplanung und Stadtgestaltungsprozesse in Dortmund. Sie bringt frische Perspektiven in das Ruhrgebiet. Sie hat zu Prozessen der Stadtgestaltung geforscht und ist Mitbegründerin der »PlanBude« in Hamburg. Diese hat mit ihren berühmten Containern auf St. Pauli spannende künstlerische und innovative Methoden der Stadtentwicklung ausprobiert und das Beteiligungsverfahren für den Neubau am Spielbudenplatz (ehemalige Esso-Häuser) organisiert. Als eine Schnittstelle zwischen Aktivismus und professioneller Stadtplanung war der Prozess der »PlanBude« beispielhaft. Wir haben uns mit ihr über die Rolle von Planer*innen in Stadtgestaltungsprozessen unterhalten und darüber wie Vertrauen zwischen Akteur*innen entstehen kann und dass die Methoden zu den Menschen passen müssen.

Wie ist die »PlanBude« entstanden und wie bist du überhaupt zu dem Projekt gekommen?

Nachdem die »Esso-Häuser« evakuiert wurden, gab es Protest-Aktionen und eine unabhängige Stadtteilversammlung. In dieser wurde die sogenannte Ballsaalresolution mit der Forderung, selbst zu planen, verabschiedet. Daraus hat sich die Arbeitsgruppe (AG) Planung gebildet. Ein Kollege aus der Uni war bei der AG dabei und hat mich gefragt, ob ich mitmachen will. Da ich bereits viel Erfahrung in professionellen Planungsbüros gesammelt hatte, konnte ich mein Wissen gut einbringen. Beim nächsten Gespräch der AG Planung mit dem Bezirk war ich dann beteiligt. Teilweise kannte ich schon die Ansprechpartner*innen beim Bezirk, das hat die Kommunikation erleichtert. Im Laufe des Prozesses hat der Bezirk gesagt: „Wir können doch keinen Stadtteil beauftragen zu planen!“ Unsere Antwort darauf war, dass wir eine GbR gründeten, die auftragsfähig ist und in der Menschen arbeiten, die das nötige Wissen mitbringen. Die Stadt sollte nicht Nein sagen können. Die »PlanBude« bestand aus Architekt*innen, Planer*innen, Künstler*innen und Sozialarbeiter*innen. Einige hatten bereits »Park Fiction« gemacht [eine Parkfläche am Hafen, die 1997 von Anwohner*innen selbst geplant wurde; Anm. FH & ME]. Letztendlich gab es eine Ausschreibung des Bezirks, auf die wir uns dann mit unserem Konzept der »PlanBude« beworben haben. Mir war es wichtig, zu zeigen und daran mitzuwirken, dass Planung auch anders gehen kann.

Das klingt für mich nach einer Aktivierungsstrategie. Wir haben immer gesagt, dass wir die Interessen des Stadtteils herausfinden wollen, und auch das, was St. Pauli ausmacht. Daher der Slogan „Knack den St. Pauli Code“.

Es gibt momentan eher ein duales Verständnis: Wirtschaft und Planung sind starke Partner*innen. Die Wirtschaft ist eine starke Partnerin, weil sie das Geld hat. Aber die Frage ist ja: Wie kann die Zivilgesellschaft miteinbezogen werden? Es gibt diesen Spruch aus den 1960er Jahren: „Die Demokratie als Bauherrin.“ Früher waren die Verwaltungen und die Kommunen stärker involviert.

„ES GEHT NICHT DARUM OB DIE PARKBANK GELB WIRD. ES GEHT DARUM WIE UND WO DU DICH AUFHALTEN WILLST.“

Die Stadt hat eine Ausschreibung gemacht. Ihr habt ein Angebot geschrieben und wurdet beauftragt. War die »PlanBude« dann die Antwort auf die Frage: Wie können wir einen Stadtteil beauftragen?

„Der Stadtteil plant selbst“ war unsere Devise. Wir hatten immer einen engen Austausch mit der »Initiative Esso-Häuser« und haben an den Treffen teilgenommen. Im Nachhinein war das Besondere am Prozess, dass wir vom Bezirk beauftragt waren. Gleichzeitig waren einige Beteiligte auch diejenigen, die zuvor jahrelang gegen den Bezirk gearbeitet haben. Das war das Spannende und beide Seiten haben sich da auf ein Experiment eingelassen.

Es gibt Initiativen, die versuchen, Anwohner*innen und zukünftigen Nutzer*innen in die Lage zu versetzen, selbst Auftraggeber*innen für die Planung zu sein. War das eure Absicht mit der Devise „der Stadtteil plant selbst“?

Sie haben selbst mit eigenen Architekt*innen gebaut. Das gibt es jetzt nicht mehr. Und was willst du als Kommune gegenüber Investor*innen tun, wenn dir Projektentwicklungsfonds und Juristen gegenübersitzen? Da musst du ganz früh die Zivilgesellschaft einbeziehen.

Und die »PlanBude« hat versucht, die Zivilgesellschaft früh zu beteiligen.

Genau. Wir wollten mit künstlerischen Methoden an das Alltagswissen herankommen und Planung als Plattform verstehen: Wie können Leute selbst planen? Was brauchst du? Welche Fragen müssen gestellt werden? Durch Methoden wie „Post-It“-Participation oder das „Punktekleben auf Plänen“ entwickelst du ja keine Haltung. Du fängst auch nicht an, deine eigenen Vorstellungen auszudrücken. Wir haben versucht, Tools zu entwickeln, die das herauskitzeln. Tools, mit denen Menschen sich auf alle möglichen Arten ausdrücken können, auch abseits von Sprache und Schrift. Die Erfahrungen von »Park Fiction« waren da natürlich hilfreich.

Was waren solche Tools?

Wir haben zum Beispiel einen Fragebogen entwickelt. Wenn du ihn ausfüllst, musst du ihn drehen, du musst da anfangen, kannst da malen und dann da nochmal schreiben. So hast du den Fragebogen schon anders behandelt und musstest anders denken.

Es gab trotzdem Anmerkungen, wie beispielsweise: „Das schränkt mich ein“. Für viele Leute ist es wichtig, Anhaltspunkte zu haben. Wenn du fragst: „Was stellst du dir hier vor?“ kommt eigentlich gar nichts. Vielleicht kommen dann Wünsche zu Bänken oder Bäumen. Wir haben aber Fragen gestellt zu Dachlandschaften oder zu der Tankstelle bei den »Esso-Häusern« und wollten wissen: Welche Orte zeigt ihr eurem Besuch? Was macht die Tankstelle für euch aus? Wie sieht der ultimative Laden aus? Was ist deine Traumwohnung und wie wohnst du jetzt? Es ist also weniger eine Auftraggeber*innenschaft als vielmehr das Ermitteln von Wünschen. Wir bezeichnen die Methode deshalb als „Wunschproduktion“.

Ihr hattet auch über ein Lego-Modell gesprochen. Bei einer Initiative haben wir uns eure Idee mit dem Lego-Modell abgeguckt. Das hat leider weniger gut geklappt. Was war ausschlaggebend für euren Erfolg?

Es war bei uns nicht sofort so, dass uns die Leute die Türen eingerannt haben. Wir hatten die Container vor Ort und sechs Tage die Woche jeweils fünf Stunden geöffnet. Wir mussten erst einmal die Menschen überzeugen: „Wir sind wirklich da und es wird eine Wirkung haben.“ Viele Leute haben nicht geglaubt, dass ihre Meinung relevant ist.

Menschen sind einfach unterschiedlich und der Prozess muss zu den Leuten passen. Die Menschen müssen etwas für sich finden, genauso wie sie Zeit dafür finden müssen. Es war wichtig, dass wir so lange vor Ort waren und uns aufteilen konnten. So konnte jede*r auch eine*n Ansprechpartner*in bei uns für sich finden. Wir hatten unterschiedliche Alter, Erfahrungen und Hintergründe. Jede*r hatte meistens einen festen Tag. Ich war immer samstags oder sonntags da.

Zusätzlich haben uns noch weitere Planbuddies unterstützt, die auch andere Sprachen außer Deutsch und Englisch gesprochen haben. Die Menschen konnten gucken: Wer passt zu mir? Und zu der- oder demjenigen gehen, die*der ihnen am meisten zugesagt hat.

Funktioniert sowas auch in Randbezirken, wie wichtig war euer Standort? Wären eure Methoden übertragbar?

Das hat schon etwas mit der Lage zu tun. Wir haben uns bewusst an die Reeperbahn gestellt, weil dort eben das Grundstück war. Es muss sich dort hingestellt werden, wo es guten Zulauf gibt. An eine Bushaltestelle oder aber auch auf einen Parkplatz vor Edeka. Es geht um die strategisch wichtige Lage. Da stehen, wo etwas passiert. Und am besten genau an dem Ort, um den es geht.

Aber wie können Planer*innen Ideen besser vermitteln?

Eigentlich geht es doch darum: Wie wollen deine Kinder wohnen? Das ist total simpel. Viele Menschen können sich nicht vorstellen, was am Ende eines Prozesses entstehen kann, weil sie nicht darin geübt sind, zu imaginieren. Und deswegen kommt der Protest auch immer so spät. Warum sollte man auch an einem leeren Haus oder einer grünen Wiese erkennen, dass da irgendwann ein Problem entsteht? Wichtig ist, dass man Fragen findet, die einen berühren.

Kommen wir zu deinem neuen Job. Du wurdest auf eine Professur an der TU Dortmund berufen und hast dort das Fachgebiet Städtebau, Bauleitplanung und Stadtgestaltungsprozesse übernommen. Neu ist die Ausrichtung auf Prozesse.

Ich hatte mit meiner Berufung die Möglichkeit, den Lehrstuhl umzubenennen.

„MENSCHEN SIND HALT AUCH EINFACH UNTERSCHIEDLICH UND DIE PROZESSE MÜSSEN EBEN AUCH ZU DEN MENSCHEN PASSEN."

Dahinter steckt die Idee, dass beim Entwerfen und Gestalten von Städten Prozesse eine wichtige Rolle einnehmen. Ich will den Fokus auf die Prozesse legen. Wird Stadt gestaltet, werden Planungsprozesse gestaltet.

Wie können gute Prozesse entwickelt werden? Gehört da auch eine Haltung dazu?

Ich glaube, ich kann meine eigene Haltung nicht verstecken. Aber mir ist wichtig, dass Leute kritisch hinterfragen und eine eigene Haltung entwickeln. Haltung entsteht schon in der Auseinandersetzung mit einer Sache. Es geht darum, sich als aktives Element zu verstehen. Sich zu fragen: Was ist mir wichtig? Was entspricht meiner Haltung? Was will ich machen? Was möchte ich umsetzen?

Das muss nicht jede*r machen. Wenn Planer*innen ganz sachlich mit Normen argumentieren können, dann finde ich das beeindruckend und richtig. Aber man soll sich bewusst machen, was man tut.

Wie kann denn eine Haltung und eine aktive Rolle entwickelt und eingenommen werden?

Das passiert dann, wenn ich den Alltag der Menschen kenne und die Menschen vor Ort ernst nehme. Wenn ich gut bin, dann kann ich in Planungsprozessen Zeiträume einbauen, in denen Menschen Methoden nutzen, um im besten Fall eine gemeinsame Vorstellung zu entwickeln, wie die Stadt oder der jeweilige Ort in Zukunft sein soll. Wen frage ich dazu und was kann ich mit welchen Prozessen wann machen? Nicht jeder alternative Prozess muss bessere Ergebnisse bringen. Wichtig ist mir aber, dass man die Möglichkeiten wahrnimmt und es probiert.

Es geht also darum, Menschen Möglichkeitsräume und Zeit zur Verfügung zu stellen: Ist das der Weg, eine Haltung als Planer*innen zu entwickeln?

Es sollten die Möglichkeitsräume offengehalten werden. Ich habe letztes Jahr ein Seminar in Kassel gemacht, in dem wir untersucht haben, wie selbstinitiierte Projekte und Do-it-together Projekte mit den Stadtverwaltungen agieren und kommunizieren. Es gibt wahnsinnig viel Kommunikation, vielfach Nichtwissen und fehlende Ansprechpartner*innen auf beiden Seiten. Und als Planer*in geht es natürlich auch um Zeit. Es kann dem Investor nicht immer gesagt werden: Warte mal ein Jahr. Oder zwei Jahre. Es ist eine Herausforderung unter diesen Gegebenheiten Gemeinwohl in die Stadtentwicklung einfließen zu lassen. Und ja, es geht auch darum Verantwortung für einen gewissen Zeitraum abzutreten und zu schauen: Was kommt zurück? Was hat geklappt?

Was hast du noch vor in Dortmund?

Vieles. Aber um an das eben gesagte anzuknüpfen: Viele Projekte haben einen Zwischennutzungscharakter und wollen, je länger sie existieren, sich verstetigen. Wenn es in die Verstetigung geht, stehen Fragen der Finanzierung und des Baurechts im Raum. Wie kann die Stadtplanung da unterstützen? Ist das überhaupt ein Thema für Stadtplaner*innen oder ist das ein Thema für ein anderes Ressort? Ist das vielleicht etwas für das Kulturamt? Lässt sich dauerhaft etwas mit fliegenden Bauten bauen und entwickeln?

Vielleicht gibt es darauf viele unterschiedliche Antworten.

Das stimmt und ich habe noch nicht über aktivistische Antworten geredet. Aufmerksamkeit erregen, damit Dinge anders oder überhaupt diskutiert werden, funktioniert lustigerweise meistens nicht mit einem freundlichen Anruf oder einem Brief. Offensichtlich muss man da andere Dinge tun und das finde ich sehr berechtigt. Es gibt ein legitimes Interesse.

▸ **Mila Ellee** ist stadtpolitisch im Ruhrgebiet aktiv. **Florian Heinkel** ist Teil der Común-Redaktion.

REZENSIONEN

EINE STADT, EIN SAMMEL-BAND - EINE INTERVENTION IM BUCHFORMAT

Frankfurt am Main. Eine Stadt für alle? Konfliktfelder, Orte und soziale Kämpfe

FLORIAN HEINKEL



447 Seiten. 36 Beiträge. 57 Autor*innen. Das sind die beeindruckenden Zahlen des Sammelbands mit dem Titel »Frankfurt am Main. Eine Stadt für alle.« In drei Kapiteln wird entlang übergeordneter Themen sowie am Beispiel konkreter Räume und Orte auf die Frage eingegangen, ob Frankfurt am Main eine Stadt für alle sei. Die vielfältigen Antworten bewegen sich im Spannungsfeld von globalem Wettbewerb und nachbarschaftlichen Initiativen, die vor Ort solidarische Alternativen schaffen. Der Neoliberalismus hat das Stadtbild von Frankfurt am Main immens geprägt und die direkte räumliche Nähe von Immobilien-Spekulation und deren Auswirkungen ergeben spannungsreiche Konfliktfelder, die sich im Buch widerspiegeln.

Schon der Spitzname „Mainhatten" deutet an, dass viele Finanzinstitutionen hier ihren Sitz mit Skyscrapern haben und formuliert das Anspruchsdenken als Global City. Mit der »Frankfurter Börse«, bei der auch viele Aktien von Wohnungsunternehmen gehandelt werden, die auf Kosten der Mieter*innen Renditen erzielen, sitzt in Frankfurt am Main eine Institution, die Plattform für die Verwertung von Wohnungen ist. Doch in der Stadt werden nicht nur Aktien gehandelt: Die »Europäische Zentralbank« hat in Frankfurt ebenfalls Ihren Sitz. Sie gehörte zur Troika, die den südlichen europäischen Ländern, wie Griechenland, harte Sparprogramme diktierte. Diese neoliberale Politik sorgte für viel Leid und Armut in den betroffenen Ländern. Im Zuge des »Brexit« galt Frankfurt am Main auch als Ausweichort, um mögliche Beschränkungen und Auflagen für Finanz-Transaktionen zu umgehen. Frankfurt am Main ist also eine Stadt, in der man den Puls der globalisierten Welt zu spüren bekommt.

Doch eine vielfältige Recht auf Stadt-Bewegung schafft Alternativen und lebt praktische Solidarität. Abseits der neoliberalen Stadtplanung, die sich in das Stadtbild eingebrannt hat, gibt es Räume und Orte, die sich dieser neoliberalen Stadtpolitik entgegenstellen. Das Buch »Frankfurt am Main. Eine Stadt für alle?« gibt einen tiefen und besonderen Einblick in die Arbeit und die Diskussionen der Bewegung. Die Autor*innen möchten das Buch als eine Intervention in die bestehenden Machtverhältnisse verstanden wissen. Eine Intervention die eine vielfältige Lebensweise in Frankfurt am Main propagiert und auch Grundlagen zur Diskussion für Aktivist*innen bietet.
Sozialwissenschaftler*innen, Geograph*innen, Mieter*innen, Soziolog*innen, Künstler*innen, Politikwissenschaftler*innen und Engagierte diskutieren über die globalen Einflüsse auf die Stadt oder die Datenlage zur Sozialberichterstattung. Sie berichten aus solidarischen Räumen und deren Arbeit oder von den Kämpfen in den Stadtvierteln um bezahlbare Mieten. Es werden nachbarschaftliche Initiativen vorgestellt, die Mieter*innen in der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützen oder ein autonomes Frauenhaus, dass seit den 1970er Jahren besteht. Auch gibt es Einblicke in den erfolgreichen »Mietentscheid Frankfurt«, dessen Gültigkeit momentan noch eingeklagt werden muss.

Die Stärke des Buches liegt in der Sichtbarmachung der Gegensätze zwischen den großen globalen, politischen und ökonomischen Einflüssen, die diese Stadt prägen und den kleinen, engagierten und sozialen Orten, in denen Menschen versuchen eine solidarische Alternative zu leben. Die Antwort auf die im Titel gestellte Frage „Eine Stadt für Alle?" lässt sich aus der Vielfältigkeit der Bewegung und der Initiativen ableiten, die sich im Buch wiederfinden. Die 57 Autor*innen haben ein oppulentes Werk verfasst, das die Vielschichtigkeit der Konfliktfelder neoliberaler Stadtpolitik in einer Global City greifbar macht und zugleich die lebendige Recht auf Stadt Bewegung in Frankfurt am Main darstellt sowie deren Wirken diskutiert. Nicht nur für Frankfurter*innen interessant.

▸ **Frankfurt am Main. Eine Stadt für Alle? Konfliktfelder, Orte und soziale Kämpfe.** Herausgegeben von Johanna Betz, Svenja Keitzel, Jürgen Schardt, Sebastian Schipper, Sara Schmitt Pacífico, Felix Wiegand. Transcript Verlag. 447 Seiten. 25,00 €

▸ **Florian Heinkel** ist Teil der Común Redaktion

▸ **Cover:** © 2021 transcript Verlag

A BERLIN IDEA

Die Erfolgsgeschichte der Kampagne »Deutsche Wohnen und Co. enteignen« als Dokumentation

JANIKA KUGE



Auf dem Fahrrad, zu Fuß, im Park, an der Straßenecke, in den sozialen Medien, im Hochhaus, in ganz vielen Sprachen und sogar im Badesee: Die Menschen in den lila Westen mit der Aufschrift »Deutsche Wohnen und Co. Enteignen« waren 2021 in Berlin für die Kampagne überall unterwegs. Um den Volksentscheid der Stadt und des Landes Berlin zur Abstimmung zu bringen, mussten zwischen Februar und Juni 2021 mindestens 180.000 Unterschriften gesammelt werden. Die Dokumentation „Start Wearing Purple" erzählt die Geschichte der Campaigner*innen; von ihren Hoffnungen und Ängsten, ihren Strategien und Zielen.

Eine Kampagne ist viel Arbeit. In acht Kapiteln wird der Weg zum Ziel der eingereichten Unterschriften beschrieben und von den Menschen kommentiert, die ihn gegangen sind. Neben rechtlichen Grundlagen, was ein Volksentscheid ist und wie er funktioniert, wird auch die Kampagnen-Arbeit erklärt: Wie wird mobilisiert, wie diskutiert und überzeugt. Aktivist*innen beschreiben ihre eigene Motivation für das Projekt, aber auch den politischen Anspruch und seine Tücken und Schwierigkeiten. Das Ziel ist nicht nur der Erfolg der Kampagne, sondern auch eine politische Willensbildung für viele – etwa für sonst nicht wahlberechtigte Menschen ohne deutschen Pass – und damit gleichsam ein Repräsentationsprojekt für Menschen, die sonst in politischen Entscheidungen unterrepräsentiert sind. Dabei gilt es, radikale Forderungen attraktiv und möglichst zustimmungsfreundlich zu verpacken, ohne dass die politische Schlagkraft eingebüßt wird. Wandel soll angestoßen werden, um damit etwas Erfolgsversprechendes, Positives für möglichst viele Menschen in Aussicht zu stellen. Es soll gezeigt werden, dass linke Politik auch praktisch funktionieren kann. Das Recht auf Stadt für alle bildet dabei die Grundlage. Und auch wenn die Kampagne eine „Berlin Idea" ist, so soll diese Idee Vorbild für andere Kampagnen und Volksentscheide sein und in andere Städte und Länder hineinwirken.

Dass die Ziele und Ideale umkämpft und politisch hoch brisant sind, machen immer wieder eingestreute Interview- und Videoeinspielungen klar, bei denen Vertreter*innen von CDU, SPD und Immobilienunternehmen klar betonen, wie falsch sie den Volksentscheid finden – gar, dass er gefährliche sozialistische Verhältnisse schaffe und stattdessen einfach mehr gebaut werden müsse. Auch der im Sommer 2021 parallel dazu gekippte Mietendeckel und die verheerenden finanziellen Folgen für viele Mieter*innen zeigen auf, wie politisch umkämpft das Ziel der Kampagne wirklich ist. Daher atmet der*die Zuschauer*in am Ende des Films erleichtert auf, als die erforderlichen Unterschriften – und darüber hinaus noch viele mehr, insgesamt über 350.000 (175.000 wären nötig gewesen) – im Juni schließlich eingereicht werden können. Damit ist es der erfolgreichste Volksentscheid in der Geschichte der Stadt.

Leider endet der Film an dieser Stelle in der Happy-End-Stimmung, in der bereits die nächste Kampagne (»Berlin autofrei«) anvisiert wird. Die Offenheit des folgenden politischen Prozesses (der tatsächliche Volksentscheid und vor allem dessen extrem schwierige Umsetzung und die fragliche Wirksamkeit), für die die Kampagne lediglich der Auftakt war, gerät dadurch ziemlich aus dem Blickfeld. Dennoch: Der Film zeigt explizit auf, was die Kampagne gebracht hat: Dass die Menschen sich trauen, bei großen politischen Themen mitzumischen. Dass Kampagnen, auch wenn sie aufwändig sind, sehr ermächtigend wirken und gesellschaftlichen Wandel anstoßen können. Und dass sie als Werkzeuge politischer Willensbildung gut funktionieren. Der Film verknüpft auch gezielt andere berlinerische politische Brandherde mit der Kampagne und zeigt, wie umkämpft Freiräume und linke Themen sind – und wie wichtig es daher ist, aktiv zu werden. Das ist die große Stärke der Dokumentation: Sie verbeugt sich bewundernd vor den Macher*innen und zeigt – mal zur Abwechslung – eine Erfolgsstory in lila.

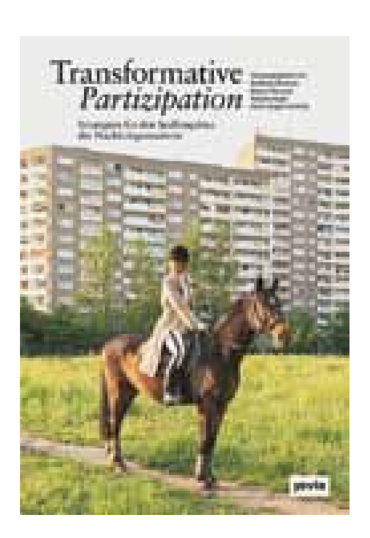
▸ **Start Wearing Purple** / 2022 / 74 Minuten / Regie und Drehbuch: Müge Süer, Hendrik Kintscher

▸ **Janika Kuge** ist Teil der Común Redaktion

GESCHICHTEN DES WANDELS - FÜR EIN NEUES FINGERSPITZENGEFÜHL

Transformative Partizipation. Strategien für den Siedlungsbau der Nachkriegsmoderne

FLORIAN HEINKEL



Die Erscheinung von Großwohnsiedlungen, Trabantenstädten und Plattenbauten wird in der allgemeinen gesellschaftlichen Wahrnehmung als negativ empfunden. Doch ein Trend zum nachhaltigen Umgang mit Ressourcen und ein differenzierter Blick auf diese Art Gebäude und Viertel verändern die Perspektive. Das Resultat ist ein sensiblerer Umgang mit den oft umstrittenen Bauwerken und eine Wertschätzung des kulturellen Schaffens dieser Architektur: Die Auseinandersetzung mit den Erfahrungen von Bewohner*innen solcher Quartiere, der Architektur selber und die Dokumentation der Beweggründe von Architekt*innen vermitteln ein wesentlich differenzierteres Bild von den vermeintlichen „Grauen Riesen". Für den Erhalt und den Weiterbau der Siedlungen ist diese Differenzierung hilfreich. Denn für ein erfolgreiches Weiterbauen braucht es einen unvoreingenommenen Blick auf den Alltag und das Leben in diesen besonderen Räumen.

Das Buch »Transformative Partizipation. Strategien für den Siedlungsbau der Nachkriegsmoderne« möchte zu einem solchen Blickwechsel beitragen – mit der Darstellung von künstlerischen Interventionen und Herangehensweisen in den Siedlungen der Nachkriegsmoderne und der Diskussion über Hindernisse, Hinweise und Erfolge. Für Stadtplaner*innen ist die Verbindung von Planung und Kunst nicht neu. Doch eine Herangehensweise, die sich künstlerischen Methoden bedient, könnte helfen, verbreitete Perspektiven zu reflektieren. Dazu werden in dem Buch unterschiedliche Projekte vorgestellt: Es wird von ersten Forderungen nach Partizipation in Berliner Großwohnsiedlungen der 1970er-Jahre berichtet, bei denen Studierende die dortigen Bewohner*innen zu eigenem Engagement motivieren wollten. Es wird von Anwaltsplaner*innen und Interessensgemeinschaften erzählt, die über mangelnde Infrastruktur nach Fertigstellung der Siedlungen klagten und sich für eine Verbesserung einsetzten. Und es werden zeitgenössische Prozesse vorgestellt, in denen künstlerische Interventionen im Vordergrund stehen. So werden in Theaterstücken vergangene und aktuelle Geschehnisse in den Vierteln aufgegriffen und Bewohner*innen erzählen als „Zeitbot*innen" aus unterschiedlichen Phasen der Siedlung. Ein temporärer Golfklub wird Anlaufpunkt und lädt zu Workshops mit echten Golfprofis ein.

Es sind nicht nur Geschichten des Wandels, sondern auch die Geschichten der Bewohner*innen, auf die in diesem Buch hingewiesen wird. Sie erzählen von der tiefen Verbundenheit mit ihren Vierteln und stehen im starken Kontrast zu der negativen gesellschaftlich Außenwahrnehmung. So ist das Buch eine Aufforderung, das eigene Fingerspitzengefühl zu nutzen im Umgang mit den Gebäuden und Quartieren der Nachkriegsmoderne und deren Bewohner*innen. Ob es Nachverdichtung ist oder die Sanierung der alternden Gebäude – »Transformative Partizipation« stellt Projekte und Prozesse vor, bei denen die Bewohner*innen im Vordergrund des Wandels stehen.

▸ **Transformative Partizipation. Strategien für den Siedlungsbau der Nachkriegsmoderne.** Herausgeben von Matthias Brunner, Maren Harnack, Natalie Heger, Hans Jürgen Schmitz. Jovis Verlag. 160 Seiten. 29,80 €

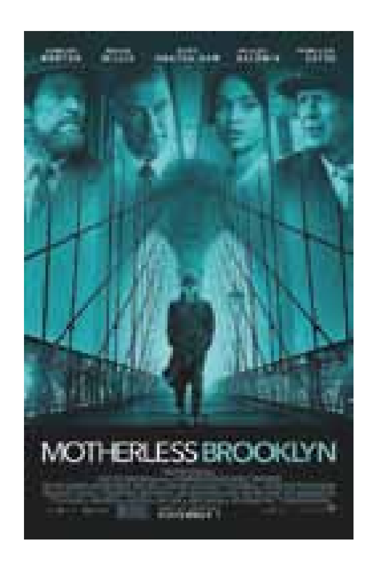
▸ **Florian Heinkel** ist Teil der Común Redaktion

▸ **Cover:** © JOVIS Verlag

WEM GEHÖRT NEW YORK?

Der Film „Motherless Brooklyn" von Edward Norton erzählt in Form einer Detektivgeschichte von Korruption und zerstörerischer Sanierungspolitik im New York der 1950er Jahre

JANIKA KUGE UND RAINER MIDLASZEWSKI



Edward Norton führt uns als Regisseur, Drehbuchautor und Hauptdarsteller Lionel Essrog in das New York der 1950er Jahre. Der dichte und spannungsvolle Film ist eine Buchadaption des gleichnamigen Romans „Motherless Brooklyn" (1999) von Jonathan Lethem. Großartiger Jazz, Männer mit Hüten und langen Mänteln und Frauen mit Dauerwelle-Frisuren, Autos mit Selbstmördertüren und die ikonischen Brownstone-Reihenhäuser Brooklyns dominieren den Film in düsterer Neo-Noir Stimmung. Im Zentrum steht eine rasante Detektivgeschichte, in die der mit Tourette-lebende Lionel eigentlich nur hinein gerät, weil er den Mord an seinem Chef (Bruce Willis) aufklären will. Dabei deckt er die Machenschaften des Stadtplaners Moses Randolph (Alec Baldwin) auf: Im Zuge des großen Modernisierungs- und Baubooms der 1950er konnte dieser sich ein Schattenkabinett aufbauen und hat die Stadt fest in seiner Hand.

Hintergrund der Geschichte sind die großen Flächensanierungen, die seit Anfang der 1940er-Jahre unter der Ägide von Robert Moses in New York City durchgeführt wurden. Oft unter dem Deckmantel der „Stadterneuerung" bei dem insbesondere arme, schwarze aber intakte Viertel, als „Slum" deklariert wurden, um sie dann durch Vertreibung, Abriss und Neubau „aufzuwerten" und sie höherpreisig zu vermarkten. Mit der Figur des Stadtplaners Moses Randolph ist eindeutig genau Stadtplaner Robert Moses (1888–1981) gemeint, der das Stadtbild von New York City von Beginn der 1930er bis Ender der 1960er Jahre maßgeblich geprägt hat, insbesondere durch brutale Kahlschlagsanierungen und Stadtautobahnen, aber auch durch das Anlegen von Parkanlagen und Zoos (wie dem Central Park Zoo). Er war sehr einflussreich und eitel und prägte als Stadtplaner sowie Politiker bis heute das Stadtbild New Yorks immens. Besonders umstritten sind seine Brückenbauprojekte, welche mittels ihrer Bauweise und einem Mautsystem dafür sorgten, dass arme Viertel der Schwarzen Communities in Harlem und Bronx stark ghettoisiert und isoliert wurden.

Die Gegenspielerin der Machenschaften der mächtigen „Bridge and Tunnel Authority" (eine real existierende Institution die heute bekannt ist unter dem Name »Triborough Bridge and Tunnel Authority«) unter Moses heißt im Film Gabby Horowitz (gespielt von Cherry Jones). Die Bürgeraktivistin ist eine Anspielung auf die real existierende Aktivistin und Stadtforscherin Jane Jacobs (1916–2006). Neben ihrem einflussreichen Werk „Death and Life of Great American Cities" (1961), in dem sie die rassistische und klassistische Stadtplanung Moses´ kritisiert, ist Jane Jacobs für ihren engagierten und kreativen Aktivismus bekannt. Unter anderem initiierte sie im New York der 1960er-Jahre eine erfolgreiche Bürgerbewegung gegen die Abriss-Sanierung des Greenwich Village, das offiziell zum „Slum" erklärt worden war.

Vor diesem historischen Hintergrund zeichnet der Film, als unterhaltsame und aufwändig inszenierte Hollywoodproduktion mit großer Starbesetzung, ein Bild, das in seiner Aktualität und Brisanz nichts eingebüßt hat: Gentrifizierung, Spekulation und Wohnungsnot, Segregation und Rassismus sind auch heute ein großes Problem der Städte weltweit. Und die Figur des Mächtigen (in diesem Fall durch Lionel und Gabby) ins Wanken zu bringen, erfordert zwar viel Mut, ist aber unerlässlich.

▸ **Motherless Brooklyn** / 2019 / 145 Minuten / Regie und Drehbuch: Edward Norton / auf Netflix verfügbar

▸ **Janika Kuge** und **Rainer Midlaszewski** sind Teil der Común Redaktion

ARBEIT NERVT, WOHNUNGS-SUCHE ABER AUCH

Die Wohnungsfrage 150 Jahre nach dem Erscheinen von Friedrich Engels Werk „Zur Wohnungsfrage“

HEINRICH UHL UND RED KIT



„Die Wohnungsfrage ist die soziale Frage unserer Zeit“ verkündete der für den Wohnungsbau zuständige damailge Innenminister Horst Seehofer im Mai 2018. Von Coronaviren und Fridays For Future noch unbehelligt entsprach diese Aussage insbesondere dem Alltagsbewusstsein der stetig steigenden Zahl von Mieter*innen, die sich mit rasant steigenden Wohnpreisen und der zunehmenden Schwierigkeit, überhaupt eine leistbare Bleibe zu finden, konfrontiert sahen. Dass uns unter Beibehalt kapitalistischer Verhältnisse die Wohnungsfrage auch im 21. Jahrhundert als drängende soziale Frage beschäftigen würde, hat Friedrich Engels bereits vor bald 150 Jahren prognostiziert. Nachlesen lässt sich das in seinem gleichnamigen Werk „Zur Wohnungsfrage“ – veröffentlicht 1872 und 1873 als Artikelserie im sozialdemokratischen Blatt »Der Volksstaat«. Der Wohnungsforscher Andrej Holm hat sich dieses Befundes angenommen und versucht in „Objekt der Rendite“ wesentliche Elemente von Engels‘ Analyse auf die heutigen Auseinandersetzungen im Bereich des Wohnens zu übertragen.

Dem Stoff angemessen folgt Holm dabei grob dem klassischen Aufbau eines Dramas in fünf Akten. Mit Beschreibung verschiedener Perspektiven auf das Wohnen – als soziales Gut einerseits, als Wirtschaftsgut andererseits – wird der strukturelle Widerspruch benannt, der die anhaltende Spannung im Bereich der Wohnraumversorgung erklärt und die Notwendigkeit einer ganzheitlichen Auseinandersetzung mit der Wohnungsfrage begründet. Als Antriebskraft der Wohnungsnot beschreibt Holm mit Engels die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise, die die Arbeiter*innen in den Städten zusammendrängt und – dem Prinzip der rücksichtslosen Durchsetzung maximaler Profite folgend – die elenden Wohnverhältnisse produziert, die von Engels ausführlich beschrieben wurden. Die Wohnungsnot ist in diesem Sinne kein unglückliches Beiprodukt der kapitalistischen Urbanisierung, sondern ihr notwendiger Bestandteil. Sie zu überwinden könne demnach auch nur durch Beendigung der „Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Klasse durch die herrschende Klasse überhaupt“ gelingen (S. 83).

Dieser scheinbaren krachenden Absage an eine politische Handhabe der Wohnungsnot unterhalb der Revolution stellt Holm – wiederum mit Engels und unterlegt mit aktuellen Beispielen – verschiedene Modi der Wohnungspolitik an die Seite. Als Revanchismus beschreibt er bürgerliche Ansätze der „Rückeroberung der Stadt mit der blanken Faust“ (S. 130) – also der Verdrängung ärmerer Bevölkerungsschichten durch und für die besitzende Klasse. Als Reformismus werden Ansätze beschrieben, die die Wohnungsnot partiell zwar lindern sollen, der herrschenden Klasse jedoch keine allzu großen Zugeständnisse abverlangen oder gar den Warencharakter des Wohnens überwinden dürfen. Als Katharsis schließlich führt Holm in Ansätze transformativer Wohnungspolitiken ein, die auf Dekommodifizierung und Organisation der Mieter*innen setzen und das Wohnen als soziale Infrastruktur begreifen.

Holm versucht sich mit bester marxistischer Intention an einer Betrachtung des Wohnungswesens, die sich eben nicht in der Beschäftigung mit Einzelaspekten erschöpft, sondern das Wohnen in einen gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang setzt. Er bedient sich dabei an einem großen Portfolio von historischen und zeitgenössischen Ansätzen, die Wohnungsnot abzuschwächen, die er mit klarem Blick anhand ihrer Potentiale und Schwächen einordnet. Das ist für Aktivist*innen wertvoll, weil verdeutlicht wird, was von Ansätzen wie dem Genossenschaftswesen oder kommunalen Wohnungsbauprogrammen zu erwarten ist und wo diese an Grenzen geraten. Dadurch lernen die geneigten Leser*innen viel darüber wie in der Auseinandersetzung zwischen Staat, Kapital und Mieter*innen verschiedene Formen der Wohnungsbewirtschaftung entstehen, sich durchsetzen oder eben auch zugrundegehen.

Holm setzt seine Schlussfolgerungen und Ausführungen immer wieder in Bezug zur marxistische Kritik der politischen Ökonomie und Engels‘ Ausführungen zur Wohnungsfrage. Das ergibt einen inhaltlich starken Argumentationsstrang, der das Buch wie ein roter Faden durchzieht. Holm wendet Engels‘ Thesen nicht einfach nur an, sondern analysiert sie mit dem Anspruch, ihre Gültigkeit an der Realität zu prüfen. Er erhebt etwa deutlichen Einspruch gegenüber einem Engels, der vermeintlich nichts von Reformen zugunsten der Mieter*innen innerhalb des Kapitalismus wissen will.

Holm sucht allerdings eine inhaltliche Distanz, die oft eher zwischen den Zeilen mitschwingt und deshalb in ihrer Begründung manchmal unscharf bleibt. Das liegt auch daran, dass in seiner Hinzunahme zeitgenössischer Autor*innen teilweise Begriffe und Konzepte verschwimmen. Wenn es etwa darum geht, dass Engels zwischen Eigentümer*in und Mieter*in kein Ausbeutungs- und auch kein Klassenverhältnis sehen wollte, wird das mit teils unterschiedlichen Verständnissen von Ausbeutung und Klasse bejaht und verneint. Es bleibt der diffuse Eindruck, dass Engels „irgendwie“ richtig und „irgendwie“ falsch lag. Eine stärkere Trennung zwischen ökonomisch-analytischen und strategischen Argumenten hätte hier gutgetan, um Klarheit zu bewahren. Die Spitzfindigkeiten die der Autor Marx und Engels vorwirft, haben eben häufig den Zweck analytische Punkte zu unterstreichen und müssen einem pragmatischen, realpolitischen Vorgehen nicht zwingend widersprechen.

Insgesamt liefert Holm eine fundierte Analyse der politischen Ökonomie des Wohnens und damit das Rüstzeug für die bis tief in das sozialdemokratische Milieu ideologisch verbrämt geführte Auseinandersetzung um Mietendeckel, Enteignung und Co. Ganz im Sinne Rosa Luxemburgs benennt „Objekt der Rendite“ den unzertrennlichen Zusammenhang von radikaler Reform und sozialer Revolution. Die Lektüre lohnt sich unbedingt.

▸ **Andrej Holm, Objekte der Rendite** – Zur Wohnungsfrage und was Engels noch nicht wissen konnte. Dietz Verlag Berlin. 215 Seiten. 16 €

IMPRESSUM

COMÚN – MAGAZIN FÜR STADTPOLITISCHE INTERVENTIONEN

4. Jahrgang / 2022 / Ausgabe Nr. 6 / Februar 2022
info@comun-magazin.org
www.comun-magazin.org

Einzelpreis: 9 EUR

Herausgeber
Urbane Intervention e.V.
c/o Botopia
Griesenbruchstraße 9
44793 Bochum

V.i.S.d.P.: Kristin Schwierz (Adresse wie oben)

Redaktion: Florian Heinkel, Janika Kuge, Kathi King, Rainer Midlaszewski, Kristin Schwierz

Co-Redaktion Schwerpunkt: Anton Brokow-Loga

Korrektorat: Alexandra Brundiers, Alexandra Gehrhardt, Verena Heinkel, Chri Gutsmiedl, Johanna Tönsing

Satz und Gestaltung: Rainer Midlaszewski

Autor*innen/Beitragende: Nils Boeing, Anton Brokow-Loga, Marco Cremaschi, Pedram Dersch, Forschungsteam Stadtteilen, Julian Fürst, Costis Hadji Michalis, Florian Heinkel, Max Hollweg, Katrin Hünsche, Initiative 12. August, Kathi King, Red Kit, Janika Kuge, Armin Kuhn, Felix Lackus, Lisette von Mahltzahn, Rainer Midlaszewski, Rolf Novy-Huy, Birgit Otte, Öffentlichkeitsarbeit des Allmende e.V., Greta Pallaver, Kristin Schwierz, Recht auf Stadt Jena, Recht auf Stadt Eberswalde, Hannes Strobel, Heinrich Uhl, Elisabeth Voß, „wann strahlst du?“, Günter Westphal

Illustrationen: Sina Doukas, Jens Feddersen, Costis Hadjimichalis, Kathi King, Rainer Midlaszewski, Mietentscheid Frankfurt

Fotos: Frank Egel, Initiative 12. August, Jana Legler, Rainer Midlaszewski, Recht auf Stadt Eberswalde, Recht auf Stadt Jena, Stadtteilinitiative Münzviertel, Elisabeth Voß

Fotostrecke: Sévérine Kpoti

Druck: Klimaneutral gedruckt von S+G Druck GmbH & Co. KG auf Circleoffset Premium White (100% Recyclingpapier, FSC®-zertifiziert, ausgezeichnet mit dem Blauen Umweltengel und dem EU Ecolabel)

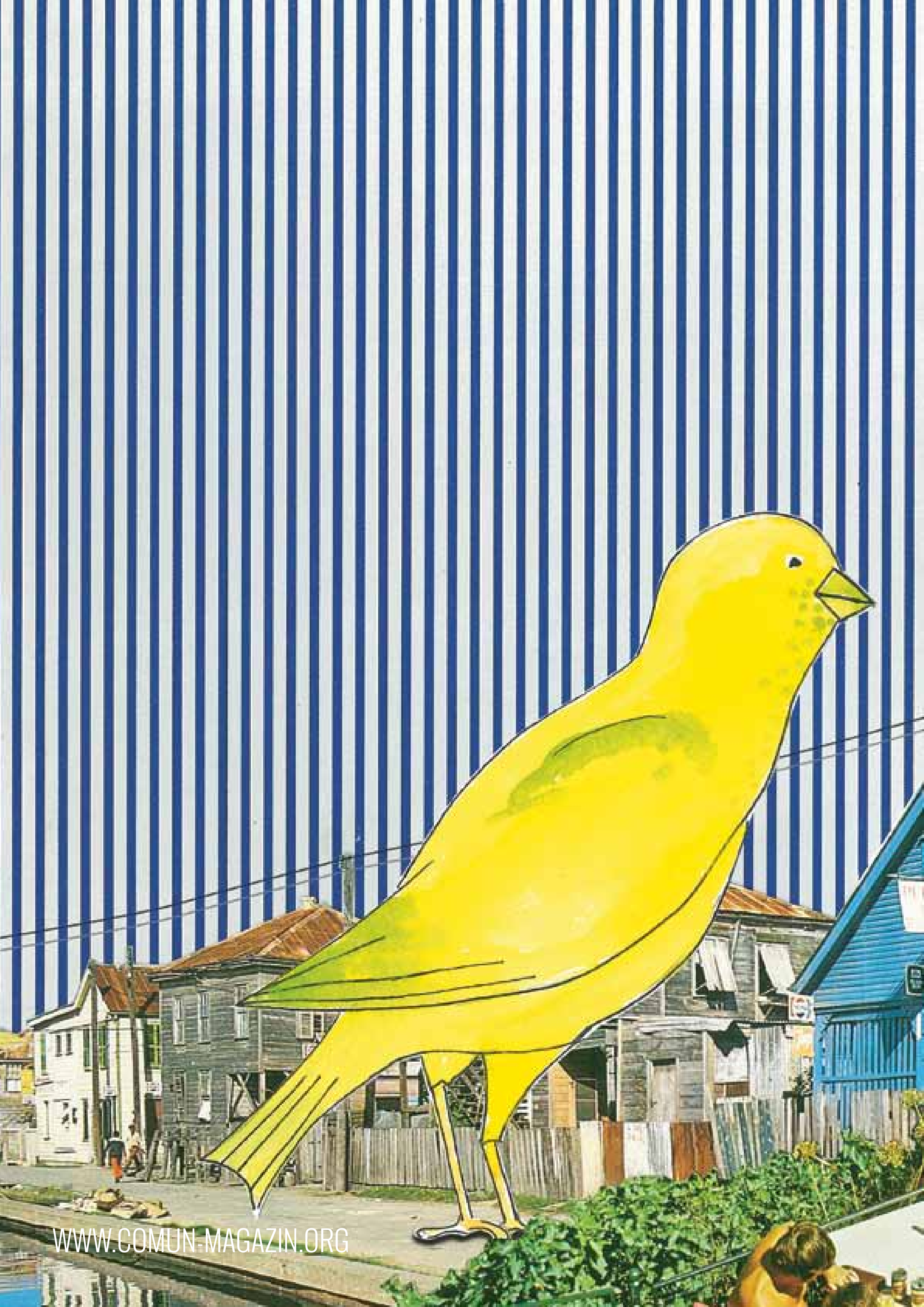


Gefördert durch: Rosa Luxemburg Stiftung



Kontoverbindung (auch für Spenden): Urbane Intervention e.V.
IBAN: **DE89 4306 0967 1108 2700 00** (GLS Bank)




WWW.COMUN-MAGAZIN.ORG